

Die Wahl in Stendal-Osterburg.

Am Freitag, den 15. Mai, findet im altmärkischen Kreise Stendal-Osterburg eine Wahl zum Reichstag statt. Bekanntlich ist das Mandat des Konservativen Oekonomierat Haasch für ungültig erklärt worden, weil größte amtliche Wahlbeeinflussungen festgestellt wurden. Zwar hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit, einschließlich der Nationalliberalen, den amtlichen Erlaß der Eisenbahninspektion, der den Beamten und Arbeitern den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen oder das Lesen sozialdemokratischer Flugblätter bei Strafe der Entlassung verbot, nicht für eine amtliche Wahlbeeinflussung erklärt, wohl aber ist diese in einem mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Ausruf für die Kandidatur Haasch gefunden worden, der auch die Unterschrift einer großen Anzahl von Amtsvorstehern und Bürgermeistern mit Polizeigewalt trug. Dieser Ausruf war in blauen Aktenbedeckeln seinerzeit von Haus zu Haus verbreitet worden, um die Unterschriften zusammenzuschorten. Deshalb nennt man ihn im Kreise heute noch das „konservative Blaue“, über das der Agrarier Haasch gestolpert ist.

Der Wahlkampf ist ein ungemein erbitterter. Die Nationalliberalen, die diesen altkonservativen Kreis in der Hurrwahl von 1907 erobert, aber 1912 wieder verloren hatten, setzen alles daran, ihn wieder zu holen. Deshalb haben sie den „nationalliberalen“ Sachverwalter Fuhrmann, der 1907 noch sehr jungliberal ist, abgehaftert, und hoffen, mit der Kandidatur des Bauernbündlers Wachholtz de Wente bessere Geschäfte zu machen. Nachdem durch einen Frontangriff der Bauern gegen die Großgrundbesitzer der Nachwahlkreis Solzmedel-Gardelegen dem Oberjunker Kröcher entzogen worden ist, fürchten die Konservativen nicht ohne Grund, der gleiche Erfolg könne in Stendal-Osterburg eintreten. Deshalb haben sie den ganzen Heerhaufen der landwirtschaftlichen Agitatoren aus dem Kreise aufgebunden, um ihrem „Heimatkandidaten“ Haasch Beistand zu leisten, während andererseits die Bauernbündler in Waffe antreten, um ihren „Präsidenten“ herauszuholen.

Es liegt auf der Hand, daß die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Interessengruppen immer lebhaftere Formen annehmen, und die Nationalliberalen stimmen daher immer lautere Klagen über den unerbittlichen Terror an, der sich in der rücksichtslosesten Sozialadretzung, oder auch in planmäßiger Sühne gegnerischer Versammlungen äußert. Zunächst schieden die Konservativen in jede Versammlung der nationalliberalen Kandidaten drei landwirtschaftliche Dauerredner, die an jedem Ort daselbst Gesandte hervorriefen. Dagegen gewöhnte man in konservativen Versammlungen nationalliberalen Rednern nur 10 oder 15 Minuten Redezeit. Sozialdemokraten schloß man vorsichtigerweise von vornherein ganz aus.

Zu allem kam noch hinzu, daß Wachholtz de Wente erkrankte und die Agitation seinen Helfern überlassen mußte, deren Führung der an Kröcher Stelle gewählte Dr. Böhmke hat. Sofort hielten die konservativen Klaffschüler über den gegnerischen Kandidaten, den „Fremdling aus Hannover“, der „den Wahlkreis bereits verlassen“ habe, und richteten ihre vornehmste Agitation um so heftiger gegen die zurückgelassenen Bauernbündler. So hatten sie kürzlich im Dorfe Vinde eine nationalliberale Versammlung dadurch unmöglich gemacht, daß sie den Saal „mieten“ und während Dr. Böhmke in der Gaststube sprechen wollte, im Saal ein Regelspiel veranstalteten und gleichzeitig vor dem Gasthause fortwährend die Orgel eines Karussells spielen ließen. Als das alles nicht half, wirkte man so lange auf den Wirt ein, bis dieser Böhmke veranlaßte, seine Rede abbrechen und das Lokal zu verlassen.

Nach alledem ist es leicht verständlich, daß die Sozialdemokratie, für die wieder Stadtvorordner Peimz (Magdeburg) kandidiert, in diesem Wahlkampf einen besonders schweren Stand hat. Nur in zwei Orten — Stendal und Tangermünde — stehen und säße zur Verfügung. Sonst muß die Versammlungsfähigkeit zumeist unter freiem Himmel erfolgen, liefern nicht ein Witzwort notwendiger Schutz bietet. Trotzdem sind unsere Versammlungen meistens gut besucht. Während sich die Gegner gegenseitig abzumischen suchen und sich fast nur um die größere oder geringere „Zuverlässigkeit“ in Sollfragen streiten, stellt unsere Agitation den ganzen Widersinn der Schutzpolitik und der Volksfeindlichkeit beider bürgerlichen Parteien rücksichtslos an den Pranger.

Allerdings ist bei dem wirtschaftlichen Charakter des Kreises in keiner Weise über den Ausgang der Wahl etwas vorherzusagen. Von den 1912 vorhandenen 10965 Wahlberechtigten wohnen 16048, also weit über die Hälfte, in Ortschaften unter 2000 und 4927 in solchen von 2000 bis 10000 Einwohnern. Der Rest von 9934 entfiel auf die beiden Städte Stendal (27000 Einwohner) und Tangermünde (14000 Einwohner). Das Schwergewicht liegt also auf dem ländlichen Lande, wo die Konservativen noch die unbestrittene Mehrheit haben. Von den 10512 Stimmen, die Haasch 1912 auf sich vereinte, entfielen nicht weniger als 8861 auf die Dörfer (unter 2000 Einwohnern) und nur 888 auf die Stadtbürger (2000—10000). Aus den beiden Städten Stendal und Tangermünde hatten die Konservativen zusammen gar nur 793 Stimmen geholt. Anders lag die Sache schon bei den Nationalliberalen. Diese nutzten in den beiden Städten 3872, in den Landstädten 1948 und auf den Dörfern 3101 Wähler. Die Sozialdemokratie hingegen zählte auf den Dörfern nur 1886, in den Landstädten aber schon 1707 und in den beiden größeren Städten 871 Stimmen.

Interessant ist auch bei unserer Betrachtung das Verhältnis der Stimmenzahl in den beiden einzigen mit einer Industrie ausgehüteten Städten. Es erhielten die

	in Stendal	in Tangermünde
Sozialdemokraten	2996	1575
Nationalliberalen	2916	956
Konservativen	589	194

Auf den ersten Blick zeigt sich für Stendal der überragende Einfluß der Eisenbahnwerkstätte, deren Angehörige sicher unter dem Eindruck des bereits erwähnten amtlichen Verbots sozialdemokratischer Versammlungen und Lesens ihrer oppositionellen Blätter in der Abgabe eines nationalliberalen Stimmzettels erschöpften. Bei der Kengitätigkeit der beteiligten Wähler ist eine Besserung dieses Verhältnisses auch jetzt kaum zu erwarten.

Unsere Organisation konnte daher auf dem schwierigen Boden der Altmark keine erheblichen Fortschritte machen und zeigte nach der Wahl von 1912 sogar einen Rückgang. Erst am 1. April d. J. ist durch den Bezirksverband Magdeburg ein Parteisekretariat für die beiden altmärkischen Wahlkreise errichtet, das seinen Sitz in Stendal hat und bei dieser Erziehung seine Feuerkraft erhält.

Die Nationalliberalen hoffen in die Stichwahl mit den Konservativen zu kommen und dann mit sozialdemokratischer Hilfe zum Siege zu gelangen. Ganz abgesehen davon, daß die erzielte Hoffnung schon auf sehr schwachen Füßen steht, ist die zweite erst recht eine gewagte. Der nationalliberale Kandidat erklärte sich nicht nur für die Beibehaltung der gegenwärtigen, sondern auch für Einführung neuer Zölle, z. B. auf Rohwolle usw. Von einer offenen Anerkennung der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen ist bei ihm persönlich schon keine Rede, so daß der letzte Beschluß des nationalliberalen Zentralvorstandes, der diese Anerkennung ausdrücklich unterlag, hier ganz außer Betracht bleiben kann.

Kennwettgesetz und Sozialdemokratie.

Auf den gleichlautenden Artikel unserer Sonnabendnummer erhalten wir die nachstehende Entgegnung:

Das Deutsche Reich hat aus den Kennwettspielen, dem sogenannten Totalisator, 1906 nur 2 Millionen, 1913 etwa 7 Millionen Mark eingenommen. Für Eintrittsgelder und Totalisatorumsatz wurden im letzten Jahr auf deutschen Kennwettspielen gegen 80 Millionen Mark ausgegeben. Schon diese Ziffern zeigen deutlich, daß das Uebel der Spielleidenschaft in die Breite gewachsen ist und sich keineswegs mehr auf die „vornehmen“ Pferdespieler beschränkt. Daneben hat sich in noch viel schnellerem Tempo das Wetten außerhalb des Rennplatzes bei gewerbmäßigen Vermittlern, den sogenannten Buchmachern, entwickelt. Sie nehmen Wetten für 300 deutsche und ausländische Kennen an bei Einfäßen von 250 M. und noch weniger, während am Totalisator Beträge unter 10 M. meist nicht gefehlt werden können. Sie haben ein Heer von Jurisisten und Agenten. Im Zigarrenladen, beim Friseur, in der Kneipe werden die Geschäfte abgeschlossen. Hunderttausende von Spielern machen täglich — in der Mittagspause — ihre Wettabschlüsse. Der jährliche Umsatz bei den Buchmachern wird auf 1000 bis 2000 Millionen Mark geschätzt. Einen erheblichen Teil der Wetten bilden die Arbeiter. Sie werden verführt durch die heucheligen Gelegenheiten und die niedrigen Einsätze. Sie werden aber viel schlimmer ausgebeutet, als die am Totalisator spielenden reichen Leute, weil sie den Buchmacher nicht kontrollieren können und seiner oft sehr zweifelhafte Ehrlichkeit ausgeliefert sind. Unerschlaglich der Vermittler den Gewinn, was sehr häufig vorkommt, so hat der Wettenlose seinen klagbaren Anspruch, er verliert das Geld. Daß diese Zustände bedauerlich sind und beseitigt werden müssen, hat auch die Sozialdemokratie nie bestritten (auch nicht Genosse Paul Singer in seiner Rede vom 4. Mai 1904). Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß mit Polizeigewalt und Strafen nicht geholfen werden kann, weil der Spieltrieb zu stark ist. Die neue Vorlage geht deshalb einen anderen Weg. Sie verlangt, daß auch von den Buchmachern Wetten und der dabei erzielten Gewinnen eine Reichsabgabe gezahlt wird. Um dies durchzuführen, werden eine Anzahl Wettennehmer vom Reich konfessioniert. Sie müssen persönlich zuverlässig sein, Kautionen stellen und dürfen nur mit Erlaubnis der Behörden Gehilfen verwenden. Nur in den Geschäftsräumen dieser konfessionierten Wettennehmer dürfen Wetten abgeschlossen werden. Aus dem Wettvertrag hat aber dann der Gewinner ein klagbares Recht auf die Auszahlung. Gegen die Winkelbuchmacher, die Unfähigkeit ohne Konfession ihre Geschäfte weiterreiben wollen, droht der Entwurf schwere Strafen an, ähnlich wie es das Strafgesetzbuch gegen gewerbmäßige Spieler tut, — sie werden mit Gefängnis und unter Umständen mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft. Wenn diese neuen Vorschriften energig durchgeführt werden und wenn vor allem die Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb der Parlamente mit scharfem Auge die Beziehungen zwischen Polizeibeamten und „wildem“ Buchmachern überwacht, dann kann das Winkelwettwesen zurückgedrängt werden. Daß gleichzeitig 30 bis 25 Millionen Mark jährlich, statt in die Taschen der Buchmacher — in die Kasse des Deutschen Reiches fließen und dort für die Aufbesserung von Postboten und anderen schlecht bezahlten Beamten verwendet werden, ist kein Grund, der gegen das Gesetz spricht. Ob die Quelle der Einnahme „unfruchtbar“ sei, will ich jetzt nicht untersuchen. Aber ist es unsere Aufgabe, so ängstlich über die Moral des bürgerlichen Staates zu machen? Wir fordern die Einkommensteuer ohne Rücksicht darauf, ob die „Quelle“, aus der das Einkommen fließt, „fruchtbar“ oder „unfruchtbar“ ist — ebenso bei der Vermögenssteuer! Der Staat empfängt die Steuergroschen des schmutzigen Ausbeutens und des Vorkaufens, ohne daß die Sozialdemokratie je Widerspruch dagegen erhoben hätte. In dieser Auffassung begegnen wir uns mit der Meinung unserer Parteigenossen in Oesterreich. Der Reichsrat in Wien beriet eine Regierungsvorlage, betreffend Gebühren von Totalisator- und Buchmachern sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens“ (Nr. 300 der Beilagen, XXI. Session). Der Inhalt und die Form dieses Entwurfes decken sich in allen wesentlichen Teilen mit der deutschen Vorlage. Der Finanzanspruch erhieltte darüber am 3. März 1918 einen gedruckten Bericht mit dem Antrag, das Gesetz zu genehmigen. Die sozialdemokratischen Mitglieder (Seib, Schlegel, Diamond, Winarsky, Renner, Hillebrand) stimmten sowohl für die Konfessionierung von Buchmachern wie für die Besteuerung aller Wetten und Gewinne. Sie beantragten sogar eine starke Erhöhung der Gebühren über die Höhe der Regierungsvorlage hinaus (zu §§ 3, 7 und 9).

Ob unsere Reichstagsfraktion der Vorlage schließlich zustimmt, wird von dem Ergebnis der Kommissionsberatung abhängen. Daß die Einzelstaaten (für Pferdezuchtzwecke) die Hälfte aller Stempelleistungen erhalten sollen, ist unannehmbar. Viel mehr muß der größere Teil dem Reich gehören. Auch die Androhung von Strafen für die Spieler, die einem nicht konfessionierten Winkelbuchmacher in die Rede geraten, ist abzulehnen. Diese Bestimmung würde nur den Kampf gegen die Ausbeuter der Spielleidenschaft erschweren, weil der Kunde des Winkelbuchmachers durch eine Anzeige sich selbst der Bestrafung aussetzen würde. Auch muß geschlichtet werden, daß für die zugelassenen Buchmacher und damit für das Wetten Bekanntheit gemacht wird. Wenn diese Einzelfragen im Sinne der Sozialdemokratie entschieden werden, stehen jedenfalls grundsätzliche Bedenken der Annahme des Gesetzes nicht entgegen.

Wir haben diesen Ausführungen gern Raum gewährt, sie können uns aber von der ablehnenden Haltung, die wir in unserem ersten Artikel begründet haben, nicht abbringen.

Politische Uebersicht.

Militäretat — Dualanerkennung — Präsidialzensur.

Aus dem Reichstag wird uns berichtet: Mit dem Militäretat wurde heute endlich aufgenommen. Weit über zwanzig Redner kamen noch in buntem Reigen zu Wort, darunter die Genossen Hittmann, Raute, Haberland, Dr. Erdmann, Wäner, der sehr ausführlich auf die Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Militärverpfänften einging, und Dr. Quard, der sich mit dem Neubau des Generalkommandos in Frankfurt a. M. beschäftigte. Obwohl es sich im ersten Teil der Sitzung nicht so angelesen hatte, wurde man um 5 Uhr mit dem Etat des Kriegsministers fertig — über das Militärkabinett wird Mittwoch namentlich abgestimmt werden — und Herr v. Falkenhayn mit seinen hochgenannten Reden räumte dem Trost des Dr. Solzgebiete Kamerun mit der viel erörterten Enteignung der Duala auf der Tagesordnung.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen des Berichterstatters Dr. Waband von der Fortschrittspartei, die auf der Journalistentribüne unerschrocken über die Genossen Wels dazu das Wort und wie in einer gut dokumentierten, an sachlichen Gründen reichen Rede auf das Unrecht hin, das Regierung und bürgerliche Parteien gleichmäßig zu begehen bereit sind, dabei durchaus betonend, daß es uns keineswegs auf die Autorität irgendetwelcher privilegierten Keger, sondern auf die Wahrung des Gerechtigkeitsprinzips ankomme. Seine Kennzeichnung des Telegramms, das just zur rechten Zeit eintraf, um in der Budgetkommission mit einem angeblich drohenden Dualaaufruf Stimmung zu machen, als einer „Eiselsbrücke“ rief den Staatssekretär des Reichskolonialamts auf die Tribüne, der sich entrüstet „verwahrte“, wie Minister sich in ähnlichen Fällen stets zu verhalten pflegen.

In seinen Ausführungen hatte Wels auch erwähnt, daß eine Denkschrift, die Rechtsanwalt Halbert als Antwort auf die scharfe Denkschrift der Regierung in dieser Frage verfaßt und dem Bureau des Hauses zur Verteilung überwiesen hatte, auf Anordnung des Vizepräsidenten Dr. Pasche wegen angeblicher Beleidigungen nicht verteilt worden sei. Gegen diese Zensur, die aus formalen Gründen den Reichstag einer wichtigen Information beraubte, wandten sich scharf die Genossen Ledebour und Dr. Frank, während die bürgerlichen Parteien, wie nicht anders zu erwarten, sich deckend vor Pasche stellten. Sie bedürfen freilich keiner informierenden Denkschrift, denn ihre Stellung in der Dualaangelegenheit ist längst festgelegt.

Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung. Außerdem kleinere Sätze.

Der Minister des „Geistes“.

Einen ganzen Abend und eine ganze Nacht hatte Herr Trost zu Solz Zeit, über die flammende Anklagerede unseres Genossen Haensch über die korruptierende Art der mit dem Gelde der Steuerzahler geförderten staatlichen Jugendpflege nachzudenken, und man hätte wohl erwarten können, daß er sich zu einer Erwidderung auftraffen würde, die wenigstens einigermaßen vor der Kritik bestehen kann. Aber mochte er nun den Drang in sich fühlen, sich als typischen Vertreter preussischen „Geistes“ vorzustellen, oder mochte er sich sagen, daß es überflüssig ist, sich im Dreiklassenhaufe in geistige Unkosten zu stürzen, jedenfalls stand das Zeug, das er am Dienstag verzapfte, noch tief unter dem sonstigen Niveau des Junerparlamentes. In maßloser Ueberhebung erging er sich in einigen torichten Ausfällen gegen unsere Partei und begnügte sich mit kindischen Nücheln, durch die er zwar die bürgerlichen Parteien wiederholt zu Heiterkeitsausdrücken hinriß, aber die Behauptungen des Genossen Haensch nicht zu widerlegen vermochte. Nach Reichsverbandsmannier verfiel er sich zu der Verleumdung, die Sozialdemokratie erfülle die Jugend mit Hohn und Spott, sie appelliere an den Reiz und die Begehrlichkeit und treibe widrige Heuchelei. Dabei mußte der Minister aber in einem letzten Moment selbst die guten Zwecke der sozialdemokratischen Jugendbewegung anerkennen und zugeben, daß wir der Jugend manches Gute zu leisten bieten. Daß der Appell an den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, in den seine Rede ausklang, lebhaftem Beifall begegnete, kann bei der Zusammensetzung des Dreiklassenparlamentes kein Wunder nehmen. Voraussetzlich wird man ihm als Lohn im nächsten Jahre eine weitere Million bewilligen. Für uns Ansporn genug, im Kampf um die Gewinnung der Jugend nicht zu erlahmen.

Auf die noch tiefer stehende Schimpfkanonade des konservativen Abg. Dittfurth einzugehen, lohnt nicht. Es hieße diesem Herrn, der in demselben Atemzug, wo er den Sozialdemokraten vortrat, daß sie durch ihre Reden die Zeit des Hauses stehlen, selbst tausendmal Besagtes wiederholen, zu viel Ehre antun, wollten wir auch nur den Versuch einer Widerlegung seiner Solbadereten machen. Festgestellt sei nur das eine, daß Herr Dittfurth aus der zweifelhafte Dauer der Rede unseres Genossen Haensch den Vorwand hernahm, wieder einmal nach einer noch weiteren Verschlechterung der Geschäftsordnung, nach einer Beschränkung der Rededzeit zu streben. Dann kam Herr Wiesberr, einer der sogenannten Arbeiterabgeordneten des Zentrums, zum Wort, der an Entstellungen und Verdrehungen dessen, was Genosse Haensch tags zuvor gesagt hatte, den konservativen Redner noch weit übertraf. Auch Herr Hertwig von den Nationalliberalen leistete an Mißverständnissen dessen, was unser Redner gesagt hatte, Erledliches. Nachdem noch Herr Ramdohr von den Freikonservativen und Herr Traub von den Freisinnigen gesprochen hatten, kam Genosse Haensch noch einmal zum Wort. In kurzen aber scharf zugespitzten Ausführungen nahm er sich den Minister und einen der bürgerlichen Redner nach dem anderen vor, entwirrte ihre Fälschungen und Verdrehungen und legte noch einmal den Standpunkt unserer Partei dar. Besonders unterfing unser Redner, daß der Minister für Jugendpflege auch nicht den leisesten Versuch gemacht habe, auch nur einen einzigen der von ihm gestern dargelegten Fälle brutaler Jugendmißhandlung zu bestreiten. Den hilflosen Hinweis des Ministers auf den sogenannten Beschwerdeweg entkräftete er mit der Konstatierung der Tatsache, daß in fast allen Fällen die oberen Behörden die offensichtlichen Gesetzesverletzungen der ihnen unterstellten Beamten gutgeheißenen hätten. Auf diese Feststellung wußte der Minister kein arbeitsames Wortlein zu erwidern.

Dann begann man mit der Beratung des Kapitels Kunst und Wissenschaft. Bemerkenswert war dabei nur eine Rede des freisinnigen Herrn Ranzow über die in Preußen sogar in Ausfühungen absolute politische Mißwirtschaft. Trotzdem von einzelnen bürgerlichen Parteien in dieser Aussprache sogar zwei Redner gesprochen hatten, schritt man dem Genossen Lieberich in der Generaldebatte wieder einmal das Wort ab. Diese neue Vergewaltigung gab Adolph Hoffmann zu einigen ebenso treffenden wie scharfen Bemerkungen zur Geschäftsordnung Veranlassung. Am Mittwoch, hofft man den Kultusetat zu Ende zu bringen.

Gewerkschaftliches.

Herr Professor Hans Delbrück und die Quelle seiner Wissenschaft.

Ein genauer Kenner der gelben Bewegung schreibt uns: Beim Lesen des Berichts über die Rede des Professor Hans Delbrück auf der Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialreform im „Vorwärts“ vom 10. Mai d. J. fielen mir so eigentümlich bekannte Töne auf, daß ich mir sagte, das, was hier Professor Delbrück sagte, habe ich doch irgendwo schon einmal gelesen. Und richtig, nach Durchsicht meines sonstigen Materials über die gelbe Bewegung fand ich in den „Preussischen Jahrbüchern“, Heft 3 vom September 1910, eine längere Abhandlung von Dr. Richard Fellingner über gelbe Gewerkschaften, nach der es scheint, als ob diese Abhandlung eine der Hauptquellen ist, aus der Professor Delbrück sein Wissen über die gelbe Bewegung geschöpft hat.

Angeht dieses Umstandes ist die Stellung des Herrn Professor Delbrück ja erklärlich, denn der Schreiber der Abhandlung in den Preussischen Jahrbüchern von 1910, Herr Dr. Fellingner, ist Angestellter der Firma Siemens u. Halske, und darf als der geistige Leiter der gelben Wertvereine bei Siemens u. Halske angesehen werden.

Erstaunt braucht man deshalb über die Stellungnahme des Herrn Professor Delbrück nicht zu sein, höchstens könnte man darüber staunen, wie unvorsichtig Professor Delbrück ist, daß er als Wissenschaftler aus einer solch trüben Quelle geschöpft hat.

Berlin und Umgegend.

Der Obermeister der Bäckereinnung fängt an, über seine gelungenen Treiben bei Goldacker und Weidner, Inhaber der Firma Hanke u. Co., zu frohlocken! In der letzten Nummer der Innungszeitung wird in einem Protokollbericht des Innungsvorstandes mit schmeichelndem Wohlgefallen konstatiert, daß es in beiden Firmen zum Streik gekommen sei, und beiden Firmen wird wiederholt die Zusicherung gegeben, daß der Innungsvorstand fest entschlossen sei, sie in ihrem Kampfe gegen den böswilligen Streik sowie in ihrem Bestreben, die Arbeitszeit bis ins Unendliche auszudehnen, Lohnrückerei und Lehrlingszüchterei zu treiben, tatkräftig zu unterstützen!

Diese Innungshilfe scheint auch sowohl Goldacker wie Hanke u. Co. den Raum schwellen zu lassen. Die bei Goldacker beschäftigten Arbeitswilligen werden auf die Lehrlinge beschränkt! Einzelne dieser Leute, anscheinend Angehörige der Gelben, tun darin sich besonders hervor.

Nichtdestoweniger scheint der Kampf aber doch für beide Firmen ziemlich unangenehm zu werden:

Goldacker macht durch große Verluste bekannt, daß Kapistuden, die vor dem Streik 80 Pf. pro Stück kosteten, jetzt zu 60 Pf. zu haben sind. Ob die Arbeitswilligen eine solche Anzahl von Waren liefern, daß die früheren Preise derart heruntergesetzt werden müssen? Wenn Goldacker durch seine Schmeichelei, die er durch die „taffelartige“ Hilfe der Bäckereinnung und der Gelben jetzt betreiben kann, wieder einige hundert Bädermeister, die bisher eine wenn auch bescheidene Existenz hatten, tot konkurriert, so können diese sich beim Obermeister der Bäckereinnung dafür bedanken.

Die Firma Hanke u. Co. hat sich bereits bitterlich über die ihr gelieferten Arbeitswilligen beschwert. Sie seien zu alt und fast gar nicht zu brauchen. Das glauben wir gern! Von den Organisierten wurde eben ein Arbeitspensum verlangt, das Arbeitswillige und Unorganisierte schwerlich, wenn überhaupt, leisten können.

Der Streik wird mit ungeschwächten Kräften weiter geführt.

Kleines Feuilleton.

Professor Karl Brunners „Befähigungsnachweis“. Der literarische Beirat des kgl. Polizeipräsidenten in Berlin und Oberzensor in Fragen des Films, Professor Karl Brunner, hat beiseitend die Gerüchte abgewehrt, als seien die Beschlagnahme von künstlerischen Postkarten und die Säuberung gewisser Schaulustler sein Werk. Nein, so viel Antipathie und so viel verschrobene Anstandesgefühl bringt das Polizeipräsidenten auch ohne betrübliche Hilfe auf. Aber er hat sich in einem Artikel — der wahrscheinlich den bisher verärgerten Nachweis literarischer Befähigung abgeben soll — mit breiter deutscher Oberlehrerbrust vor die Prinzipien der sittlichen Strafenreinigung gestellt und erklärt: „Vielleicht geschah und geschieht zu viel — und wird noch viel mehr geschehen, was künstlerische Interessen schädigt. Aber — und im nun folgenden Sperrdruck zittert der Brunster heftiger sittlicher Heberzeugung — sein künstlerisches Interesse hat Anspruch darauf, Rücksichtnahme zu finden, wo das feinsinnige Denken und Sinnen Jungdeutschlands auf dem Spiel steht. Wo der Jugend Verrohung droht, muß das Interesse der Kunst hintenanstehen.“

Naive Leute fragen erstaunt, seit wann denn Kunst verrohen könne? Aber das sind dieselben Armen im Geiste, die da glauben, ein „literarischer Beirat“ bei der hohen Polizei müsse was von Literatur verstehen. Ja, Richter! Wie würde er dann hoch- und hurrapatriotischen Schand mit dem Fleischbeschauersegelein versehen: „Politisch trichinenfrei, für Kinder sehr bestimmt“, und ihn als „brauchbare Jugendschrift“ empfehlen.

In dem Ganzen läge nun ein gewisses System, eine zwar unangenehme, aber konsequente Spiegelmäßigkeit, wenn der Herr Professor in seinem eigenen Reich, in der Filmzensur, desgleichen täte und da mit besonderer Schärfe acht gäbe, daß nicht den Weg vor die Lichtquelle des Projektionsapparates findet, dessen beweglicher Schatten irgendeine „verrohen“ wirken könnte. Der Herr Professor hält Filmischand und Zensurherrscher in der Hand, er kann ganze Filme verbieten, einzelne Szenen heraus schneiden, Briefe ändern lassen und die Vorführung gewisser Filme vor Jugendlichen verbieten. Und möchte Herr Professor Karl Brunner hier von seiner Amtsgewalt den weitgehendsten Gebrauch, so wollten wir ihm dankbar sein, denn den Profitinteressen des Kinos gegenüber hat selbst gutgemeinte Brüderlichkeit und mitmenschenhaftes Schamgefühl den Vorrang.

Tatsächlich aber sind von Herrn Professor Karl Brunner Filmzensuren für die Jugend zugelassen, die von einer unbeschreiblichen Rohheit sind, und die auf kindliche Seelen wirken müssen wie Gift!

In einem „Lichtspieltheater“ in der Tauentzienstraße wird ein Film vorgeführt, der eine „Hirschjagd in Frankreich“ zeigt. Gegenüber anderen Filmen bedrängt sich dieser Film aber nicht darauf, den Auszug der Jäger, die Entfesselung der Meute und das Hallali zu zeigen, sondern er macht den Zuschauer zum Zeugen der Todesangst des geheulenden Tieres. Der Mann mit dem Sturzbüchsen fand selbsterfüllend dabei und „filmte“ den Hirsch, der von der Häufigen Meute umstellt ist, und den Treiber und Vizejäger immer mehr in Angst jagt. Es erfordert starke Nerven oder ausgesprochen perverse Veranlagung, um ruhig das „Schauspiel“ zu betrachten, wie

Zur Lohnbewegung der Freigelehrten ist zu berichten, daß sich auch hier wie überall einige Schornmacher einstellen, die demütigt sind, jeder Bewegung der Angestellten Schwierigkeiten zu bereiten. Am Freitag voriger Woche tagte in der Schulstraße eine Versammlung selbständiger Freilehrer, welche Stellung nahm zur Tarifbewegung der Gehilfen. Ein Herr Witzner, Schulstraße, sprach die Gehilfen überhaupt das Recht ab, irgend welche Wünsche zu äußern oder diese etwa ja durch die Organisation vertreten zu lassen. Herr Marx, Biesenstraße, und Herr Lemke, Bornemannstraße 11, äußerten bei der Gelegenheit, daß sie ganz gern auf die Kundtschaft der organisierten Arbeiter verzichten. Für den Stadteil Gesundbrunnen bemühen sich die Herren Kolberg und Otte, jeden Geschäftsinhaber aufzuwecken und durch längeres „Arbeiten“ jedem klar zu machen, daß keiner „bewilligt“. Auch die Arbeitgeber in Weihensee haben beschlossen, nichts mehr zu bewilligen. In dem Verhalten der Arbeitgeber liegt ein gewisses System. Die Organisation der Selbständigen scheint darauf hinzuwirken, daß es zum Kampfe kommen soll. Wenn nötig, wird ihn die Gehilfenorganisation aufnehmen. Forderungen auf Erhöhung sind bis jetzt noch nicht aufgestellt, vorläufig dreht es sich in der Hauptsache um eine Verlängerung des Tarifvertrages auf 2 Jahre und um klarere Forderungen einiger Bestimmungen. Bis jetzt haben ungefähr 200 Arbeitgeber den neuen Tarifvertrag anerkannt. Im Gegensatz zu den obigen Arbeitgebern beschloßen die Dichtberger, an den zweiten Feiertagen die Geschäfte geschlossen zu halten. Diese sind also keinen Verbesserungen nicht abhold.

Deutsches Reich.

Der Töpferverband im Jahre 1913.

Der soeben erschienene Verwaltungsbericht dieses Verbandes spiegelt recht deutlich die vorerwähnte Krise wieder, unter der ganz besonders das Baugewerbe im verflochtenen Jahre zu leiden hatte. Der größte Teil der Mitglieder des Töpferverbandes wurde von Arbeitslosigkeit sehr stark betroffen; viele Berufsgenossen wurden deshalb auch in andere besser beschäftigte Berufe abgedrängt. Vor allem dieser letzte Umstand bildet die Ursache eines verhältnismäßig starken Mitgliederrückganges. Im Jahre 1912 betrug die Durchschnittsmittelgliederzahl des Töpferverbandes 12 057, sie verminderte sich im Jahre 1913 auf 10 882.

Trotz geringerer Einnahmen aber starker Ausgaben für Unterstützungen ist jedoch der Stand der Kasse ein befriedigender. Am Jahresende befanden sich in der Hauptkasse 365 672 M., in den Hilfskassen 13 159 M., so daß das Verbandsvermögen 378 831,73 M. betrug. An größeren Ausgabenposten sind zu erwähnen: Wander- und Reiseunterstützung 16 472 M., Krankenzuschüsse 66 115 M., Arbeitslosenunterstützung 69 258 M. Die Krankheits-tabelle zeigt wie immer die alle Zusammenfassung. Die meisten Erkrankungsfälle betreffen Erkältungs- und Augenleiden. So werden 565 Erkrankungsfälle an Rheumatismus, 308 an Augenleiden, 283 Infektionsfälle, 252 Magen- und Darmleiden, 193 Nerven- und Luststörungs-erkrankungen gemeldet. Außerdem 895 an Verletzungen resultierende Erkrankungen. Das Bild kennzeichnet treffend die schlechten sanitären Gesundheits- und Unfallverhältnisse auf Bauten und in den Töpferereien. Die Arbeitslosen-tabelle zeigt ein betrübendes Bild. Nicht weniger als 573 928 Arbeitslosentage sind für das Jahr 1913 festgestellt worden! — Das ergibt auf das Mitglied 34,78 Arbeitslosentage! Erwägt man dabei, daß die Scheidenspäher nur ganz verschwindend und die in Dienstfabriken beschäftigten Töpfer im allgemeinen selten der völligen Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, weil hier bei Betriebs-einschränkungen Entlassungen weniger, dafür aber erhebliche Verringerungen in der Normalverdienstgrenze des Einzelnen festgesetzt werden, dann kann man erkennen, in welcher ungeheurer Weise die Dänen unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Hinzu kommt, daß ein völlig erschöpfendes Bild über die Arbeitslosigkeit in den vorliegenden Zahlen noch gar nicht ausgedrückt ist, denn eine ganze Anzahl der Verbandsstellen kann sich noch nicht daran gewöhnen, sich an den statistischen Quartalsrechnungen zu beteiligen.

Für Streik- und Gemafregelten-Unterstützung im eigenen Berufe gab der Verband 28 661 M. aus. Auch hier spiegelt die Tabelle den schlechten Beschäftigungsgrad im Töpfer-gewerbe wider, denn von den 50 gefährdeten Bewegungen waren 26 Abwehrbewegungen. An den Gesamtbewegungen waren

8049 Personen beteiligt. Erfolgreich verliefen 44, teilweise erfolgreich 7, erfolglos 6 Bewegungen. Erreicht wurden für 514 Beteiligte 1084 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 1196 Beteiligte 2806 M. Lohnserhöhung wöchentlich. Sonstige Verbesserungen erreichten 688 Beteiligte. 96 Personen wechselten eine Lohnzahlung von 220 M. wöchentlich ab. Für Berlin, wo eine tariflose Zeit eingetreten ist, weil die Gehilfen einen von den Unternehmern vorgelegten reduzierten Tarif nicht akzeptieren konnten, wird der durch den tariflosen Zustand erzeugte Lohnverlust auf 4271 M. wöchentlich für 1483 Beteiligte berechnet. — Der Bericht gibt der Ansicht Raum, daß die Krise im Baugewerbe allem Anschein nach ihren Höhepunkt überschritten hat und wieder eine langsam ansteigende Kurve in der Bauaktivität zu beobachten ist.

Der Streik der Fuhrleute in Dortmund zieht immer weitere Kreise. Während die Zahl der Ausständigen am ersten Streiktag 133 betrug, war sie am letzten Sonntag auf 341 angewachsen. Auf verschiedenen Bauten trat Materialmangel ein, weshalb sich die Bauunternehmer mit eigenem Fuhrwerk zu einer Einigung mit den Streikenden entschloßen. Ein bisher mit 10 Firmen abgeschlossener Tarifvertrag sieht 30 M. Wochenlohn (nach einem Jahre 31 M.) und 11 1/2-stündige Arbeitszeit, sowie Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit vor.

Auf Ansuchen des Transportarbeiterverbandes erklärte sich Bürgermeister Dr. Köllgen zur Einleitung von Verhandlungen bereit. Die Unternehmer lehnten aber jede Verhandlung ab. Sie scheinen sich unter dem Schutze der Polizei sehr sicher zu fühlen. Diese begleitet die Arbeitswilligen auf Schritt und Tritt. Die Beamten helfen beim Auf- und Abladen der Kollis, der Bekehrer rufen um. Obwohl die Anordnungen in den Straßen nachgelassen haben, sind noch andauernd sämmerer Entgleisungen von Polizeiwagen zu verzeichnen, die der lange Dienst wie es scheint ganz nervös gemacht hat. Bei einer Attacke dreier Schüler wurde ein etwa zehnjähriger Junge durch Säbelhiebe am Kopfe so schwer verletzt, daß er zum Arzt gebracht werden mußte. In einer Versammlung der Streikenden wurden geradezu aufreizende Fälle polizeilichen Vorgehens zur Sprache gebracht. So hefte u. a. ein Schutzmann seinen Hund auf ein kleines Mädchen; der Hund warf es zu Boden und zerriß ihm die Kleider. Ein Arbeiter, der das beobachtete, forderte den Polizisten auf, den Hund zurückzurufen. Als Antwort bekam er Schläge mit dem Säbel. In einem anderen Falle wurde ein auf dem Boden liegender Mann von vier Beamten mit den Säbeln mißhandelt und getreten.

Am Montag früh wurde der Streikleiter, Genosse Schreiber, verhaftet, weil er auf dem Bahnhof mit einem Arbeitswilligen — gesprochen hatte! Erst nach mehreren Stunden ließ man ihn frei. Die Zentrums- und sozialistische Presse hat sich in den wüsten Schornachereien gegen die Streikenden aus, obwohl auch Christlich-Organisierte in Frage kommen und der erwähnte Tarif mit den Bauunternehmern auch von den Christlichen mit abgeschlossen wurde.

Die Aussperrung bei den Vinkel-Hofmann-Werken.

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Direktion der Vinkel-Hofmann-Werke in Breslau und der Kommission der Aussperrten, die seit einigen Tagen stattfanden, sind resultatlos geblieben. Nach dem gestern vormittag in einer Versammlung der Aussperrten erstatteten Bericht der Kommission hat die Direktion alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt, so vor allem die Aufhebung der bisher gemachten Lohnabzüge. In der Abstimmung, die im Anschluß an die Berichtserstattung vorgenommen wurde, sprachen sich die Aussperrten einstimmig dahin aus, unter diesen Umständen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Es ist also noch nicht abzusehen, wann dieser schwere wirtschaftliche Kampf, der nun schon sechzehn Wochen dauert, sein Ende finden wird.

Gelbe Kampfweise.

Nach dem für die Arbeiter ungünstig verlaufenen Bestreiter-kampf haben sich die Gelben bekanntlich auf den Besten eingestellt. So auch auf der Sullanerwerk in Begeleit. Und mit den unfairen

Humor und Satire.

Medlenburg.

Dies Land — kein andres kommt ihm gleich
Nimmst du so fern wie nah,
Im ganzen heiligen Deutschen Reich
Sticht unerreicht es da.
Der Junker hat sein Quänt im Topf,
Der Lehrer schant und larrt —
Der J — der K — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Durchläuchting selbst von Medlenborg.

So sehr er sich betut,
Er dringt mit mir und gar nicht doch —
Der Junker Trotz ist gut!
Sie pfeifen auf den armen Tropf,
Der stets noch ward gemarrt —
Der J — der K — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Und wenn die letzte Säule bricht,

Das Preußenwahlrecht stirzt —
In Medlenburg wird lang noch nicht
Dem Junker was verflüht!
Er schenkt mit dem heiligen Jov
Nach strommer Junker Art —
Der J — der K — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Rag.

Notizen.

— Theaterchronik. Als schönes Stück des Shakespeare-Gylius geht im Deutschen Theater am nächsten Montag neu einstudiert „Othello“ in Szene.

— Kater Lampe bei Hofe. Im Dresdener kgl. Schauspielhaus ist dieser Tage Rosenoms „Kater Lampe“ aufgeführt worden. Das wurde hier und da von der Presse berichtet, als ob es ein Grottal wäre, das Stück eines Sozialdemokraten (der sich sehr loben mag mehr lebt) an einer Hofbühne aufzuführen. Nun soll das gute Stück auch im kgl. Schauspielhaus zu Berlin in den Spielplan kommen. Wir möchten das lediglich sehr in der Ordnung finden und zugleich wünschen, daß das Schauspiel nun auch ins Stande ist, das Werk seinem Sinn gemäß aufzuführen. Denn auf Stüde, die den ernsthaften Volkston fordern, sind die preussischen Hofbühnen ganz und gar nicht eingestellt und aus dem bloßen Handgelenk macht sich derartige meist nur schlecht.

— Ein aufgefundenes Drama de Costers. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat sich in den Papieren des im Vorjahre verstorbenen Sozialisten Hector Denis ein bisher unveröffentlichtes fünfaktiges Drama Charles de Costers (aus dessen prachtvoll-farbiger, stimmungsgewaltiger Sammlung von Legenden die „Vorwärts“-Beilage eben eine Probe bringt) gefunden. Es stammt aus dem Jahre 1878, ist in Versen geschrieben und heißt „Stephanie“. Denis war mit de Coster befreundet.

das Tier mit zitternden Flanken haßte, sich mit dem Gemein gegen die Hunde wehrte, um endlich mit einem verzweifelten Sprung auszubrechen. Dann kommt die Verfolgung durch einen See, bis schließlich ein „weidgerechter“ Schuß vom toednen Ufer aus den Reiden des Hirsches ein Ziel setzt. Das Hellsichtige aber kommt zum Schluß! Unter dem Balg des Hirsches liegt das Geheide, und in einiger Entfernung hollen die Hundehirschen die erregte Meute in Schach. Plötzlich reißt der Vizeur den Balg hinweg und wie das wilde Heer stürzen sich die Reiden auf den erschrockenem Hirsch. Eine hochwohlgeborene Dame aus der höchsten Aristokratie aber steht dabei und weidet sich an der Wirt ihrer „Vielblinge“.

Man stellt fest: eine aufgeschrittene Freizeidbübe, eine obige Korsettfigur, — meinetwegen auch die feinsinnige Bemis von Witz, können in einigen unter irdischer Belastung leidenden Kindern Gefühle auslösen, die man um jeden Preis verhindern möchte. Aber dieser Film, von Herrn Professor Karl Brunner für die Jugend freigegeben, muß auf jedes gesunde Kind verrohend wirken, muß eine Verperstung des Gefühls wecken, gegen die die Seitenprünge der Natur in der Zeit geschichtlichen Reizens harmlos sind. Wer ein schönes Tier peinigen sehen kann und nichts empfindet als einen Sensationsfidel, der hätte sich, daß man ihm nicht eines Tages ins Gesicht schreit, daß sein gänzlich Mangel an gesunder Urteilskraft ihn zu einem Schonen und zu einer Gefahr für die junge Generation werden lassen.

Die Hamburger Kinobesitzer haben sich über die dortigen Lehrer beschwert, die Films für Jugendvorstellungen einer strengen Sichtung unterziehen, „trotzdem diese die Berliner Zensur bereits passiert haben“.

Ein „Bravo“ den Hamburger Lehrern! Sie denken weise den Berliner Brunner zu, bevor das Hamburger Kind auf ihn hineingefallen ist.

Chinesische Pressefreiheit. Die chinesische Regierung hat soeben eine Verordnung über die Presse erlassen, die unter den Journalisten des Landes heftige Bestürzung erregt hat. Zunächst müssen der Name, das Alter, der Geburtsort, der Lebenslauf und die Adresse jeder Person, die in einer Zeitung schreiben will, der Polizei eingereicht werden, die dann darüber entscheidet, ob diese Person dazu geeignet ist oder nicht. Im die Reife des Alters zu gewährleisten, darf niemand, der das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, in einer Zeitung schreiben, nicht einmal sie drucken. Der Journalist muß im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein, er darf nicht zum Heer oder zur Flotte gehören und auch nicht Mitglied der Verwaltung oder der Rechtsprechung sein. Er darf kein Student sein, und die Fürsorge der Regierung geht so weit, daß sie vorschreibt, er dürfe auch keine — nervöse Krankheit haben; es wird nicht gesagt, ob dies wegen des Publikums oder wegen seiner Mitarbeiter geschieht. Will also einer in China Journalist werden, so wird es ihm nicht leicht gemacht; ist er nun endlich dazu gelangt, so ist es ihm verboten, schlecht über die Regierung zu schreiben, er darf diplomatische und militärische Geheimnisse und sogar die Kämpfe im Parlament nicht entüllen, er muß sich aller Streitigkeiten über Personen enthalten, und wenn er sich irgendeiner Uebertretung dieser Bestimmungen schuldig macht oder wenn die Zeitung die über sie verhängten Geldstrafen nicht bezahlen kann, so wird einfach die ganze Redaktion ins Gefängnis gesteckt! China bleibt also das Ideal land unserer Reaktionäre.

Mitteln bekämpfen sie, wie überall, so auch hier die freien Organisationen. Ein gelber Agitator namens Mansche hatte die Ortsverwaltung Begehd des Metallarbeiterverbandes in einem Schmähartikel im dortigen Amtsblatte indirekt der unreellen Kassenführung beschuldigt und der Artikel wurde von der „Deutschen Arbeitsmacht“, einem in der Stadt Hannover erscheinenden gelben Blatte, nachgedruckt und dadurch in weitere Kreise getragen. Der Kassierer der Ortsverwaltung Begehd des Metallarbeiterverbandes strengte deshalb Privatklage gegen Mansche und gegen die gelbe Zeitung an. In der Verhandlung vor dem Bremer Schöffengericht stellte sich die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Verdächtigungen heraus, und nur dem Kläger haben die gelben Apostel es zu danken, daß sie sich mit einer reumütigen Erklärung aus der Affäre ziehen konnten, in der unzweifelhaft ausgesprochen wird, daß der Ortsverwaltung Begehd des Metallarbeiterverbandes nicht der Vorwurf unreeller Kassenführung oder überhaupt unreeller Geschäftsführung gemacht werden kann. Die Angeklagten nehmen die Begehungen zurück und tragen die Kosten. Die Erklärung ist in drei namhaft gemachten Zeitungen zu publizieren.

Ausland.

Die Aussperrung der Schweizer Uhrenarbeiter dauert fort.

Der gestern gemeldete Sieg der Uhrenarbeiter von Grenchen ist neuerdings in Frage gestellt. Die Arbeiter haben die Arbeit am Montag nicht wieder aufgenommen. Der Abschluß der Einigungsverhandlungen stellt sich als ein fauler Unternehmertum heraus. Die Industriellen haben die Arbeiter in perfider Weise in die Fabriken gelockt, um sie auf diese Weise weich zu machen. In den Werkstätten fanden die Arbeiter einen Anschlag aufgehängt, wonach sie in einer bestimmten Frist aus dem Verbandsausgetreten hätten. Die Bekanntmachung weckte einen Sturm der Entrüstung. Die Arbeiter verließen samt und sonders die Fabriken. Der Kampf, der sich einzig und allein um das Koalitionsrecht drehte, geht weiter.

Im Baugewerbe zu San Francisco sind 25 000 Arbeiter ausgesperrt. Die Aussperrung ist angeblich eine Antwort auf einen Streik der Anstreicher. Vermutlich aber handelt es sich um die Absicht der Unternehmer, die Arbeiter für den Ausstellungsbaue zu machen, damit der Profit aus diesem Unternehmen restlos in die Taschen der Bauunternehmer fließt.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Am Dienstag begann die Sitzung mit der Erörterung des zweiten Teils des Vorstandsberichts.

Organisationsfragen.

Hierzu lag eine Resolution vor, welche den Zentralvorstand beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, welche geeignet erscheinen, einen Zusammenschluß der Verbände der Leder- und Lederwarenindustrie zu bewerkstelligen.

Gleichzeitig mit dieser Resolution wurde ein Antrag diskutiert, welcher die Einsetzung eines Verbandsrats forderte.

Der Vorstandsbericht wurde durch den Kassierer vorgelesen. Die Statutenkommission empfiehlt nicht die zur Verschmelzungsfrage gestellte Resolution. Der Verband laboriert noch an der letzten Verschmelzung mit den Schuhmachern und hat kein Bedürfnis, jetzt zu einer neuen Verschmelzung zu schreiten. Auch bei den anderen Verbänden, die für die Verschmelzung in Frage kommen, Schuhmacher und Sattler, ist nicht zu erkennen, daß sie eine Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband für erforderlich halten. Man darf die Verschmelzung nicht künstlich forcieren. Die Frage ist erst dann reif zur Lösung, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Verschmelzung drängen. Jede Berufsorganisation hängt an ihren alten Gebräuchen und Einrichtungen, und wenn sie sich mit anderen verschmilzt, so dauert es eine gewisse Zeit, bis sie sich den neuen Verhältnissen in der gemeinsamen Organisation angepaßt hat. Solange das nicht vollständig geschehen ist, soll man nicht mit neuen Verschmelzungsabreden kommen. Die Frage, ob Berufs- oder Industrierverband, ist heute nicht mehr richtig. Vielmehr herrscht man darüber, ob an die Stelle der Berufs- und Industrierverbände die Berufsorganisation treten soll. Der Zusammenschluß zu Industrierverbänden zu dem Zweck, möglichst große Verbände zu schaffen, ist es nicht allein, was die Macht der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum stärkt. Wertvoller ist es, daß wir unsere Zahl und unsere Macht in den Betrieben stärken. Die Vorstandskonferenzen haben sich schon öfter mit der Frage der Betriebsorganisation beschäftigt. Man kann die Schaffung dieser Organisationsform natürlich nicht von oben herab dekretieren, denn die Verhältnisse liegen in den einzelnen Betrieben sehr verschieden. Für den Lederarbeiterverband würde die Betriebsorganisation meiner Ansicht nach zweckmäßig sein. Unser Beruf ist ein derart abgeschlossener, daß die Betriebsorganisation durchführbar ist. Anders ist es in solchen Betrieben, wo Arbeiter der verschiedensten Berufe beschäftigt sind. — Den Antrag auf Schaffung eines Verbandsrats hat die Kommission dem Plenum überwiesen. Ich selbst stehe auf dem Boden des Antrages; aber im Zentralvorstand sind die Meinungen darüber geteilt. Der Bericht soll ein Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem Zentralvorstand, aber nicht ein Ersatz für den Zentralvorstand sein.

In der Diskussion wurde von Befürwortern der Verschmelzungsresolution betont, daß diese noch nicht die Verschmelzung selbst verlange. Es solle nur eine Besprechung mit den beteiligten Verbänden herbeigeführt werden, um deren Stellung kennen zu lernen und Arbeit zu schaffen. Im übrigen sprachen die Diskussionsredner meistens gegen die Verschmelzung, weil sie sich keinen Erfolg davon versprechen. Viel wichtiger sei es, die 40 000 Lederarbeiter, welche noch nicht organisiert sind, dem Verbande zuzuführen. Das würde eine Stärkung der Macht der Organisation sein, während die Verschmelzung mit anderen Verbänden nicht ohne weiteres eine Stärkung der Macht bedeute. Mehrere Redner erklärten die Betriebsorganisation für die erstrebenswerte Form. Ueber die Einsetzung eines Verbandsrats waren die Meinungen geteilt. Auf der einen Seite war man der Ansicht, daß der Bericht in der Lage sei, in wichtigen Angelegenheiten den Standpunkt der Mitglieder gegenüber dem Vorstande zu vertreten. Auf der anderen Seite wurde geltend gemacht, durch die Schaffung einer neuen Instanz sei eine Vermehrung der bürokratischen Einrichtungen und eine Verminderung der Teilnahme der Mitglieder am Verbandsleben zu befürchten.

Zu der Abstimmung wurde die Einsetzung eines Verbandsrats mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung von Branchenkonferenzen wurde gegen wenige Stimmen beschlossen. Die Verschmelzungsresolution wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt. — Damit ist, wie Kassierer vor der Abstimmung im Schlußwort bemerkte, gegen das Prinzip der Verschmelzung nichts gesagt, sondern nur ausgedrückt, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verschmelzung jetzt nicht vorliegt und deshalb auch eine Besprechung mit den anderen Verbänden nicht erforderlich sei, die ja auch kein Verlangen danach hätten.

Hierauf erbat der Kassierer v. d. Berlin den

Kassenerbericht.

Uingehend besprach er die Einzelheiten der Kassenverhältnisse und bezeichnete die finanzielle Entwicklung in der abgelaufenen Geschäftsperiode als günstig. Wenn hier und da von hohen Beiträgen gesprochen werde, so solle man doch berücksichtigen, daß ein Drittel aller Ausgaben in Form von Unterhaltungen den Mitgliedern wieder zugute komme. Wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse eintreten, werde die Lage der Kassenverhältnisse auch in Zukunft eine günstige sein.

Die Diskussion erstreckte sich lediglich auf geschäftliche Angelegenheiten, Formalitäten der Abrechnung und dergleichen. Beschlüsse wurden:

Der Vorstandsbericht wird ausdrücklich ermächtigt, bei nicht zureichenden Kassennitteln Extrabeiträge obligatorisch auf die Beitragsmarken aufzuschlagen.

Dilliger, München erstattete den Bericht des Ausschusses, an den sich eine kurze Diskussion über einige Entschlüsse des Ausschusses knüpfte, die sich auf innere Verbandsangelegenheiten beziehen. — Beschlössen wurde, die Statutenbestimmung zu streichen, welche besagt, daß für die Bewilligung von Streiks am Sitz des Vorstandes nicht dieser, sondern der Ausschuss zuständig ist.

Redakteur Giese, Berlin gab den Bericht über die

Verbandszeitung.

Im Bericht wie in der Diskussion nahm die Erörterung einer Meinungsdivergenz einen breiten Raum ein, die zwischen dem Redakteur und dem Vorsitzenden der Zeitschrift Hamburg entstanden war. Den Anlaß der Differenz bildet die redaktionelle Kritik eines von der Ortsverwaltung Hamburg unter dem Pseudonym „Servus“ eingesandten und veröffentlichten, sowie die Zurückweisung eines zweiten „Servus“-Artikels. Die Diskussionsredner, die zu dieser Angelegenheit sprachen, billigten — mit Ausnahme des Hamburger Vertreters — die Haltung des Redakteurs. Weiter wurde die Frauenzeitschrift, die dem Verbandsblatte seit dem vorigen Jahre beigegeben wird, anerkennend besprochen.

Um den Ruhetag der Bäcker.

In einer öffentlichen Versammlung der Bäcker Berlins und Umgebung, die am Dienstag in Obiglos Festalen, Rappent. 29, stattfand, protestierten die Gesellen gegen die Treibereien der Innung mit ihrem gelben Landsturm. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht, mehr als 2000 Personen füllten die gewaltigen Räume dieses Saales. Das Referat hatte Henschold übernommen. In markigen Worten schilderte er, wie die Bäckereinnung seit Jahrzehnten jeden Arbeitererwerb mit geradezu fanatischem Haß bekämpft habe. Von jeder Bundesratsverordnung von 1896, betreffend den Maximalarbeitsstag, bis heute beim Kampf um den wöchentlichen Ruhetag, habe sie jeden Versuch, die Lage der Gesellen zu heben, mit allen, selbst mit außerordentlich unlauteren Mitteln zu hinterzwecken versucht. Um das noch besser zu können, habe die Innung schließlich die Gelden geschaffen, d. h. den Vertritt der Gesellen durch die Gesellen organisiert! Besonders scharf werde jetzt der Kampf um den 36stündigen Ruhetag geführt. Bezüglich der Petitionen haben die Gelden an die Gesetzgebung gerichtet, hinter welchen allem Anschein nach die Innung stehe. Diese Petitionen, in welchen die Gelden ein Sonntagsbäckerverbot von 24 Stunden forderten, seien schließlich sogar den Innungen unbedeutend geworden, weil die Petition behauptete, die Reichler seien mit einem Bäckerverbot einverstanden, was nicht der Wahrheit entspreche. Obermeister Schmidt sei zurzeit außerordentlich bemüht, die Tarifbäckereien zum Tarifbruch zu bringen, damit die Gesellen den Kampf um den 36stündigen Ruhetag von vorn beginnen können. Die Versammlung solle öffentlich gegen die Unwahrheiten und Verdrüssungen Protest einlegen, mit welchen Innung und Gelde den 36stündigen Ruhetag durch Eingaben bei Behörden und bei dem Reichstag bekämpfen. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die heutige Versammlung der Berliner Bäckergesellen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem gewissenlosen, weil ausschließlich Interessenverstandenen des Reichstages und des Reichsministeriums durch den „Lund der Bäcker und Konditorengesellen Deutschlands“ (gelbe Richtung) in seiner Petition für eine zwei- unddreißigstündige Sonntagsruhe, die in Wirklichkeit eine hinterhältige Eingabe gegen den von der übergroßen Mehrheit der Bäckergesellen geforderten 36stündigen wöchentlichen Ruhetag darstellt.

In dieser Eingabe hat, wie selbst der Vorstand des Innungsverbandes in einer offiziellen Richtigerstellung bekundet, der gelbe Bund mit diesen, großen Unwahrheiten operiert.

Der Versuch, getriebene oder ausführende Behörden zu täuschen, kann wegen der essentialen Tragweite solcher niedrigen Handlungen nicht scharf genug beurteilt werden; es ist aber um so verwerflicher, als in diesem Falle die von fast allen Bäckergesellen und auch vielen Meistern sehr frühzeitig erwartete endliche Einführung einer sechsstündigen Arbeitswoche vereitelt und hinterzwecken werden soll.

Eine Sache, die nur mit Unwahrheiten begründet werden kann, muß eine außerordentlich schlechte sein. Dagegen wird die von solchen Leuten und mit solchen Mitteln bekämpfte Sache durch sich selbst geädelt.

Die Versammelten erjuchen daher den hohen Reichstag wiederholt und dringend, baldigst die von hochangehenden Staats- und Ministerialbeamten, Beamten und Gelehrten als im Interesse der Arbeiter wie auch der Volksgesundheit unumgänglich nötig bezeichnete Einführung eines wöchentlichen 36stündigen Ruhetages für die heute noch meist in sieben Nächten arbeitenden Bäcker und Konditoren zum Gesetz erheben zu wollen, wie dies in den meisten Kulturländern, teils schon sehr lange, der Fall ist.“

Soziales.

Ein Sozialdemokrat darf nicht Gemeindefürst sein.

Jetzt liegt das Urteil gedruckt vor, durch das das Oberverwaltungsgericht dem Genossen Liebig in Biersdorf bei Wiesbaden seines Amtes als Schöffe von Biersdorf wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und der Betätigung seiner Bestimmung bei der Wahl, in klarem Widerspruch zur Verfassung und dem geltenden Recht, entsetzt hat. Die Gründe sind ähnlich wie im Fall Gierse, behandelt aber auch die Frage, ob, wie wir behaupten, eine solche Disziplinierung dem verfassungsmäßigen Grundgesetz der Gleichberechtigung entspricht. Wir geben dies Urteil wegen seiner grundsätzlichen und grundsätzlichen Bedeutung ausführlicher wieder.

In der Begründung wird zunächst dargelegt, daß Genosse Liebig als Gemeindefürst ein Beamter sei. Dann heißt es:

„In Übereinstimmung mit den übrigen höchsten Disziplinärbehörden hat der Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung nicht nur den Beitritt zu einer staatsfeindlichen Partei, insbesondere der Sozialdemokratie, sondern auch jede bewußte Förderung der Ziele derselben für einen Beamten mit den Pflichten seines Amtes als unvereinbar erachtet. (Vergl. v. Rheinbaben, Die preussischen Disziplinargesetze, 2. Aufl., S. 81 ff.; Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, Bd. 10 S. 471, 472, Bd. 63 S. 468; Schulze, Rechtsprechung des Kaiserlichen Disziplinärhofes, S. 49, 51.) Das Allgemeine Landrecht enthält unter der Ueberschrift: „Von den Rechten und Pflichten des Staates“, zu welchem letzteren auch die Beamten der Gemeinde als mittelbare Staatsbeamte gehören, folgende allgemeine Grundsätze: § 1. Militär- und Zivilbediente sind vorzüglich bestimmt, die Sicherheit, gute Ordnung und den Wohlstand des Staates unterhalten und befördern zu helfen. § 2. Sie sind außer den allgemeinen Interzessionspflichten dem Oberhaupt des Staates besondere Treue und Gehorsam schuldig. § 3. Ein jeder ist nach der Beschaffenheit seines Amtes und nach dem Inhalte seiner Instruktion dem Staate noch zu besonderen Diensten durch Eid und Pflicht zugetan. Demgemäß in Verbindung mit Artikel 108 der Preussischen Verfassungsurkunde wird der Dienst der im unmittelbaren wie im mittelbaren Staatsdienst stehenden Beamten dahin geleistet, daß der Schwörende seiner königlichen Majestät von Brechen untertänig, treu und gehorsam sein und alle ihm vermöge seines Amtes obliegenden Pflichten nach seinem besten Wissen und Gewissen erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten wolle. Diesen Eid hat der angeklagte Liebig geleistet. Mit dem darin bekräftigten Gelübde der Treue und des Gehorsams ist die Förderung der Ziele einer Partei absolut unverträglich, welche, wie die sozialdemokratische, die Grundgesetze der bestehenden Staats- und Rechtsordnung bekämpft.“

Ueber das Wahlrecht der Beamten sagt das Gericht dann:

„Nun ist zwar auch der Beamte als Staatsbürger berufen, durch Ausübung des Wahlrechts zur Bildung der gesetzgebenden Körperschaften mitanzutreten. Allein dabei genießen die Beamten keineswegs etwa eine unbedingte Immunität wie die Abgeordneten bei ihren Abstimmungen, und es ist, wie der Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung ausgeführt hat, nicht ausgeschlossen, daß der Beamte durch seine Betätigung an der Wahl für eine staatsfeindliche Partei sich disziplinarisch verantwortlich macht. Bei Entscheidung der Frage, ob ein Beamter durch seine Abstimmung sich zu einer bestimmten Partei bekennt und dadurch deren Bestrebungen bewußt unterstützt, kommt es außer auf die Art und Weise, wie die Partei und deren berufene Vertreter die Ziele der Partei kundgeben, auf die Gesamtheit der Verhältnisse, namentlich auch auf die Persönlichkeit des Beamten und dessen sonstiges Verhalten im politischen Leben an. Hier handelt es sich um die sozialdemokratische Partei, deren feindliche Stellung gegen die bestehende Staats- und Rechtsordnung nicht nur allgemein bekannt, sondern auch dem Angeklagten genau bekannt war. Er (Liebig) war nach seiner Angabe bis zum Eintritt in sein Amt in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung als Vorstandsmitglied des organisierten Zentralverbandes der Schmiede in Wiesbaden und als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Biersdorf erfolgreich tätig, und gerade mit Rücksicht hierauf vor seiner Betätigung noch besonders auf die mit dem Amte verbundenen Pflichten hingewiesen worden, zu deren Erfüllung er sich bereit erklärte. Er will allerdings bei dieser Gelegenheit nur dahin belehrt worden sein, daß er fortan nicht mehr öffentlich als Sozialdemokrat auftreten dürfe. Indem er seine Stimme für einen sozialdemokratischen Wahlmann abgab und sich selbst als Wahlmann dieser Partei aufstellte und wählen ließ, stellte er sich in den Dienst dieser Partei und gab zu erkennen, daß er nach wie vor bekräftigt sei, die Ziele dieser Partei zu fördern. Damit verletzte er den Eid der Treue und des Gehorsams aufs schwerste.“

In der Begründung wird nun noch weiter ausgeführt, daß der Beamte in seinem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten der Beurteilung der Disziplinärbehörden untersteht, und Genosse Liebig hätte, wenn er gewissenhaft handeln wollte, das Amt gar nicht erst annehmen dürfen. Besonders wird dann noch darauf verwiesen, daß der Artikel 4 der Preussischen Verfassung, wonach alle Beamten vor dem Gesetze gleich und die öffentlichen Beamten für alle dazu Befähigten gleich zugänglich sind, keinen Freibrief zur Förderung der Bestrebungen einer Partei begründet, die sich auf den Boden des Kampfes gegen die bestehende Staats- und Rechtsordnung stellt.“

Das Urteil verstößt gegen den elementarsten Grundsatz jeder nach Gerechtigkeit strebenden Entscheidung, daß ein Urteil ohne Ansehen der Person zu fällen ist und daß kein Richter ein Recht hat, seine politische Ueberzeugung als Maßstab bei der Urteilsfällung anzuwenden. Ein Richter, der diese Grundsätze mißachtet, richtet nicht, sondern rächt sich an dem Angeklagten deshalb, weil dieser eine der politischen Anschauung des Richters entgegengesetzte Anschauung hat. Ein solcher Richter fällt ein politisches, ein Tendenzurteil, aber kein Rechtsurteil. „Ob die politische Ansicht des Infulpaten begründet ist, hierüber zu urteilen, gehört dem Richter nicht. . . Die Meinung als solche ist kein Verbrechen; sie kann nur strafbar werden durch die Form. . . Es schwieriger es ist, den Inhalt hierbei zu sondern, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung, sich selbst zu überwachen, damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seines Urteils vor dem Einfluß seiner eigenen Ueberzeugung gewahrt werde.“ Wie stark stehen die Vorlesungen des Oberverwaltungsgerichts von diesen goldenen Worten, die der Kammerpräsident v. Grolmann (freilich vor länger als einem halben Jahrzehnt) im Erkenntnis gegen Dr. Johann Jacobs niederschrieb! Zu festhalten muß ein Richter kommen, der sich als Richter geteilt, über eine Partei ein Urteil zu fällen. Das über die Sozialdemokratie von dem Oberverwaltungsgericht gefällte Urteil zeigt die völlige Verstandeslosigkeit der Richter von den Zielen und dem Wesen der Sozialdemokratie. Es steht auf derselben Tiefe, als ob ein Sozialdemokrat sagen würde, die Richter stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, also billigen sie alle Verbrechen, die in dieser stattfinden, sind mithin Genossen von Mordern, Dieben, Räubern usw. Ueberdies aber widerspricht die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts den Reichsgesetzen und dem klaren Wortlaut des Artikels 4 der preussischen Verfassung. Daran wird dadurch nichts geändert, daß auch andere Richter ebenso vorgegangen sind. Hundert Fälle danach schaffen kein Recht. Die Gerichte, die das Oberverwaltungsgericht gutheiß, sind die höchsten Disziplinärgerichte. Mühe eine offensichtlich dem Gesetz widersprechende Rechtsprechung davon her, daß bei der Berufung an solche hohen Stellen nach dem Wunsche Bismarcks mehr auf „Zuverlässigkeit“ als auf Tüchtigkeit gesehen wird?

Sonderbare Praxis der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Seit Einführung der Angestelltenversicherung haben sich, wie wir wiederholt darlegten, verschiedentlich Mängel in ihrer praktischen Durchführung gezeigt. Mit der Zeit sollten sich diese Mängel aber eigentlich beheben lassen. Weit gefehlt! Noch heute läßt die Reichsversicherungsanstalt die so notwendige exakte Erhebung der Beiträge vermissen. Nach § 188 des Versicherungsgesetzes für Angestellte werden gezahlte Beiträge durch Marken quittiert. Von der Reichsversicherungsanstalt sind diese der Beitragsstelle bezogen dem Beitragszahler auszuhändigen. Auf Grund des § 184 des erwähnten Gesetzes können mit Genehmigung des Reichsfinanzrats andere Quittungsleistungen zugelassen werden. Hierin steht dabei aber immer das Markenwesen, denn § 184 bildet doch nur die Ausnahme. Trotzdem läßt die Reichsversicherungsanstalt Anforderungen um Markensendungen für gezahlte Beiträge unbedacht. Allen Anschein nach will man auf diese Weise das Markenwesen durch andere Quittungsmethoden „erlösen“. Den Beitragszahlern sollte man aber keine Schwierigkeiten in der Erlangung von Beitragsmarken machen, denn sie haben ein gesetzliches Recht auf Erhalt von Marken. Oder will man das Gesetz auf diese Weise fortrigieren? Aufklärung von zuständiger Stelle wäre da sehr angebracht und erparde den Beitragszahlern manche Mühe und manchen Verdruß.

Wie die holländischen Agrarier die Wohnungsnot „bekämpfen“.

Vielleicht als letzte der größeren Städte hat sich auch die von Hausagrariern beherrschte Stadtverwaltung Halle a. S. endlich entschlossen, etwas zur Steuerung des grauenhaften Wohnungsnotstands zu tun. Die Maßnahmen, die in der am Montag stattgefundenen Stadtschuldenratssitzung beschlossen wurden, sind eigentlich nur „Nichtintervenieren“, denn das wirksamste Mittel, die Erhöhung von Kleinwohnungsbauten in eigener Regie, wurde von allen Instanzen glatt abgelehnt. Die Schluß der Wohnungsnotstände in der Universitätsstadt Halle sind, geht aus der Begründung hervor, die der Magistrat seiner Vorlage gegeben hat. Von rund 7000 Wohnungen, die die im Jahre 1911 noch vieler Mühe angelegte Wohnungsinspektorin benötigt hat, mußte ein Drittel der äußerst spärlich vorhandenen Kleinwohnungen beansprucht werden, da sie zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet waren. Außerdem hat ein ebenso großer Bruchteil als überflüssig zu gelten, so daß also zwei Drittel aller Kleinwohnungen nicht den elementarsten Anforderungen entsprechen. Während der Anteil der leeren Großwohnungen 4 Proz. aller Großwohnungen ausmacht, beträgt er bei den Kleinwohnungen seit Jahren kaum 0,5 Prozent. Nach den weiteren Angaben des Magistrats brachte die Knappheit für die Kleinwohnungen trotz ihrer menschenunwürdigen Beschaffenheit eine Steigerung der Mietpreise um mehr als 15 Prozent, daneben eine sehr bedenkliche Zunahme des Selbstmordens. Die Bauunternehmer haben sich fast ganz von der Schaffung von Kleinwohnungen zurückgezogen, und die gemeinnützigen Bauvereine haben infolge der vielfachen Erschwernisse der das Stadtparlament beherrschenden Grundbesitzer nicht in genügendem Maße dem Mangel zu steuern gesucht.

Jetzt ist man sich endlich schuldig geworden, alle Bauvereine und privaten Bauunternehmer, die sich zur Errichtung von Kleinwohnungen, insbesondere solcher von 2 Zimmern, verpflichten, durch Vergabe billigen Baulandes — bei dessen Preisermäßigung unter Umständen bis zum Selbstkostenpreis heruntergegangen werden soll —, Nebennahme von Anteilen und Bürgschaften, Ermäßigung der Herstellungskosten zu unterstützen. An Bauvereine und Privaten sollen Darlehen bis zu 90 Proz. der Grunderwerbs- und Baukosten gewährt werden. Für diese und andere Vergünstigungen hat sich die Stadtverwaltung ein weitgehendes Auffichts- und auch das Vorkaufrecht gesichert. Der von unseren Genossen geforderte Wohnungsbau in eigener Regie wurde glatt angelehnt, ebenso ein Antrag, hundertreichen Familien 10 bis 20 Proz. Mietszuschuß zu zahlen.

Die belgische Arbeiterversicherung.

Am Freitag, den 8. Mai, nahm die belgische Kammer die Arbeiterversicherungsgeetze an. Es handelt sich um ein Alterspensionsgesetz und ein Kranken- und Invaliditätsgesetz. Das Alterspensionsgesetz gewährt den Arbeitern, welche 65 Jahre alt sind, eine Höchstpension von 300 Frank, die sich jedoch verringert, wenn nicht mindestens 40 Jahre lang der Beitrag gezahlt wurde. An Krankengeld wird 1 Frank pro Tag gewährt, und zwar auf die Dauer von drei Monaten. Nach dieser Zeit wird der Kranke für invalide erklärt und erhält ebenfalls 1 Frank pro Tag.

Diese Arbeiterversicherungsgeetze sind das Musterbeispiel einer heuchlerischen Sozialpolitik. Bei den Wahlen im Jahre 1912 hatten die Sozialisten ihren Wählern versprochen, für eine Alterspension von 1 Frank pro Tag für alle Arbeiter einzutreten. Dieses feierlich gegebene Versprechen haben die Sozialisten in der schändlichsten Weise gebrochen. Auch in der Krankenversicherungsgegesetzgebung sind nicht die elementarsten Forderungen erfüllt worden. Das ganze stellt nichts weiter dar, als einen Versuch der Sozialisten, sich vor den kommenden Wahlen einen guten Abgang zu verschaffen. Unsere Genossen in der belgischen Kammer haben den niederträchtigen Vorkauf der Sozialisten nicht mitgemacht. Sie haben sich der Abstimmung enthalten und folgende Erklärung abgegeben, welche Genosse Huusmans in der Freitagssitzung verlas:

„Die sozialistische Gruppe wird nicht mit Ja stimmen, weil der Gesetzentwurf Tausende von Handwerker und geistigen Arbeitern von der sozialen Versicherung ausschließt; weil er die Schaffung von Unternehmerversicherungsstellen begünstigt, von deren Leitung die Arbeiter ausgeschlossen sind, weil er den Versicherten Garantien gibt, ohne eine wirkliche Unterlage für dieses Versprechen zu haben. Das ganze Versicherungssystem gewährt keine genügenden Entschädigungen für die Versicherten. Die Erklärung wendet sich dann gegen den Ausschluß der schlechtbezahlten Arbeiter von der Versicherung und tabelt es, daß Tausende von Arbeitern, die gegenwärtig schon alt sind, nicht unter die Versicherungsgeetze fallen und weiterhin von Almosen leben müssen. Der Gesetzentwurf legt die Lasten der Versicherung gegen die Invalidität den Arbeitern auf, ohne die Unternehmer und den Staat in entsprechender Weise heranzuziehen; er sieht auch keine Steigerung der Alterspension vor und verwirklicht nicht einmal die Versprechungen, welche die Mehrzahl der Abgeordneten der Sozialisten bei den Wahlen 1912 ihren Wählern gegeben haben. Endlich legt das Gesetz in die Hände der Sozialisten die Mittel zur politischen Herrschaft und Unterdrückung der Arbeiter.“

Die sozialistische Kammergruppe stimmte auch nicht gegen das Gesetz, weil es in bezug auf die Alterspension das Eingreifen der Staatsgewalt als notwendig anerkennt und weil es die Verpflichtung des Staates zur sozialen Gesetzgebung festsetzt. Die Arbeiterpartei hat in der Kammer immer diesen Standpunkt vertreten. Es ist ein Triumph für sie, daß jetzt die Sozialisten diesen Standpunkt anerkennen müssen und daher mit ihrer Majorität für diese Versicherungsgeetze, so unzulänglich sie sind, eintreten müssen. Die Versicherungsgeetze interessieren zwei Millionen Arbeiter, und es ist unvermeidlich, daß sie in aller nächster Zeit verbessert werden. Aus diesen Gründen enthält sich die Arbeiterpartei der Abstimmung.“

Die Versicherungsgeetze wurden nach Verlesung dieser Erklärung mit 88 Stimmen bei 67 Enthaltungen angenommen. Die Kammer vertagte sich alsdann auf unbestimmte Zeit. Am 24. Mai werden die Neuwahlen zur Kammer stattfinden, aus der die Hälfte der Abgeordneten ausscheidet.

Gerichtszeitung.

Küße und Wandervogel.

Der Lehrer Wilm Reichenfeld hatte sich gestern vor der 10. Strafkammer gegen zwei Anklagen zu verantworten. Er soll vor drei oder fünf Jahren je eine Schülerin geküßt und soll ferner einen Studenten und eine Lehrerin durch eine anonyme Denunziation der Vorladungsbefreiung der Auswanderung von Mädchen nach Brasilien zu Kupelitzweden wesentlich falsch beschuldigt haben.

Der Angeklagte ist jetzt Lehrer bei der 281. Gemeindeschule, früher war er bei der 100. Gemeindeschule angestellt. Bei seinen Schülerinnen war er sehr beliebt. Er bestreitet, Schülerinnen geküßt zu haben. Zwei Zeuginnen, jetzt 17 Jahre alt, bekunden aber, sie seien vom Angeklagten in dessen Wohnung geküßt worden. Beide Mädchen erklären, daß sie die Küße, die ihnen zwar überwiegend gekommen seien, nicht als Kränkung empfunden haben; der Angeklagte sei von den Mädchen sehr verehrt worden. Unfairlich behauptet habe sie der Angeklagte nicht, aber auch sonst noch mehrfach geküßt.

Die Denunziation bestreitet der Angeklagte geschrieben zu haben. Ein Sachverständiger, Dr. Schneiter, glaubt mit Bestimmtheit des Angeklagten Handschrift in der Eingabe zu erkennen. Der Graphologe Langenbruch ist außerstande, ein bestimmtes Gutachten abzugeben. Zur Sprache kommt, daß die angeblich Beschuldigten mit dem Angeklagten aus Anlaß von Vorgängen im Wandervogel in Differenzen geraten waren. Angeklagter wollte die stark nationale und die antisemitische Stimmung in dem Wandervogel nicht mitmachen. Der Student Swerts, der ebenso wie die Lehrerin Rahmlow wesentlich falsch beschuldigt sein soll, gibt an, er sei Bodenreformer und Anhänger einer „nationalen“ Auswanderung nach Brasilien. Von Anlodung von Mädchen könne keine Rede sein. Angeklagter könne genau seine Bestrebungen.

Der Staatsanwalt beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten Gefängnis. Die Verteidiger plädierten auf Freisprechung, eventuell weitere Beweiserhebung.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die Verhandlung auf den 14. d. M. nachmittags 2 1/2 Uhr auszusagen und dazu mehrere Zeugen, unter anderem den Varrer Pfeifer und den Rektor Fricke zu laden und den Graphologen Langenbruch mit weiterer Prüfung der anonymen Anzeige an das Polizeipräsidium zu beauftragen.

Der diebische Hauswirt.

Ein Hauswirt, der seine eigenen Mieter bestiehlt, mußte sich in der Person des Gastwirts und Hauseigentümers Schnegel aus Franz-Buchholz vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III verantworten.

Der Angeklagte ist Eigentümer eines größeren Grundstückes in Franz-Buchholz, in welchem u. a. auch der Bahnarbeiter Stuhlmacher wohnt. Eines Tages erfuhr er durch einen Zufall, daß Frau St., wenn sie nach Berlin fahren wolle, den Wohnungsschlüssel auf der Oberkante der Stalltür niederlegte für den Fall, daß ihr Mann vor ihrer Rückkehr heimkehrte. Die die-

bstahlung ergab, war der Angeklagte mit Hilfe dieses Schlüssels mehrmals in die Wohnung eingedrungen, hatte hier alles durchstöbert und dabei auch zwei Sparfläschchen über 200 und 150 M. entwendet. Er hob unter Fälschung des Namens des St. verschiedene größere Beträge ab, legte dann aber die Sparfläschchen wieder an denselben Fleck, an dem er sie gefunden hatte, so daß der Eigentümer der Bücher mehrere Monate lang überhaupt nichts merkte. Erst als die Frau St. in einer vorübergehenden Bedrängnis sich von der Sparflasse Geld holen wollte, erfolgte die Entdeckung. Die Ermittlungen nach dem Täter blieben längere Zeit ohne Erfolg, schließlich wurde zur allgemeinen Ueberwachung der eigene Hauswirt der Bestohlenen als Dieb entlarvt.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht verurteilte den bisher unbescholtenen Angeklagten wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis.

Offiziersbeleidigung.

Das alles als Offiziersbeleidigung angesehen werden kann, zeigt wieder nachstehende Gerichtsverhandlung:

Angeklagt war ein Herr Borgmann, der zwei Leutnants beleidigt haben sollte. Er hat nämlich bemerkt, daß diese ihre Bürschen auf einem Hängeboden schlafen ließen, der zum Unterbringen von Reakanten nicht geeignet war. Daraufhin hatte er bei der Polizei und dem Regiment Anzeige erstattet und gebeten, dafür zu sorgen, daß die Leute „menschenwürdig“ untergebracht würden. Hierin erwiderte die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung der Leutnants, weil darin der Vorwurf liege, sie hätten ihre Leute nicht menschenwürdig untergebracht. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Bürschen jedenfalls bis kurz vor Erstattung der Anzeige auf dem Hängeboden geschlafen hatten und daß der Hängeboden von der Polizei schon ein Jahr vorher als Wohnraum verboten worden war.

Der Staatsanwalt brachte es fertig, nach dieser Beweisaufnahme gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis zu beantragen. Das Urteil lautete auf 2 M. Geldstrafe.

Das Schlafenlassen auf dem Hängeboden ist wegen seiner gesundheitgefährdenden Wirkung verboten. Ist das denn nicht menschenwürdig?

Versammlungen.

Koalitionsrecht, Polizei, Reaktion.

Der Transportarbeiterverband, eine der Gewerkschaften, die Polizeipräsident v. Jagow für politisch erklärt hat, veranstaltete am Sonntag für seine Industriearbeitersektion eine Versammlung in Kalksiedersaal, die von etwa 1000 Personen besucht war. Rechtsanwalt Dr. Hugo Heine mann sprach über das Thema: „Koalitionsrecht, Polizei und Reaktion.“ Mit Hinweis auf das Vorgehen des Polizeipräsidenten gegen die Gewerkschaften sagte der Redner: Von dem Augenblick an, wo das Reichsvereinsgesetz angenommen wurde, war es klar, daß die Regierung die Absicht hatte, diesen Plan auszuführen. Man mußte also, daß es so kommen würde, und man kann sich nur wundern, daß es erst jetzt geschehen ist. Die Absicht des politischen Vorgehens ist, den Gewerkschaften den jugendlichen Nachwuchs zu entziehen. Der Paragraph, der hierzu die Handhabe bietet, ist durch einen Verrat, den die Liberalen an ihren Grundgesetzen übten, in das Gesetz gekommen. Es ist die größte Schmach für den Liberalismus, daß er diesen Verrat im Bunde mit den Konservativen beging. Was der Polizeipräsident jetzt gegen die Gewerkschaften unternommen hat, das ist ein Glied in dem System, das darauf ausgeht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. — Beim Sozialistengesetz, der Justizhausvorlage, dem Umsturzgesetz gab man noch vor, man wolle nur die angeblich vorhandenen Auswüchse der Arbeiterbewegung bekämpfen. Jetzt aber handelt es sich nicht mehr um die Bekämpfung angeblicher Auswüchse, sondern die Ausübung des Koalitionsrechts soll überhaupt verhindert werden. Die Feinde der Arbeiterbewegung geben aufs ganze. Die Arbeiterchaft Deutschlands befindet sich in einer sehr ernsten Situation. Ein freies Koalitionsrecht hat sie noch nie besessen, denn der § 153 der Gewerbeordnung ist ein Ausnahmengesetz für die Arbeiter. Er stellt Handlungen unter Gefängnisstrafe, weil sie von Arbeitern in Ausübung des Koalitionsrechts begangen werden. Während die Gesetzgebung den Zusammenschluß von Interessengruppen der verschiedensten Art begünstigt, erschwert sie den Zusammenschluß der Arbeiter in einer Weise, die im ganzen Rechtsleben nicht ihresgleichen hat. Die Berufsvereine gegen Leute, welche die Interessen ihres Standes, ihrer Organisation verletzen, ist überall erlaubt. Nur der Arbeiter wird bestraft, wenn er den Streikbrecher brandmarkt. Die henteige Gesellschaft braucht den Streikbrecher wie sie den Spion braucht. Deshalb wird seine Ehre geschädigt wie die eines anderen. — Was die Gesetzgebung getan hat, um das Koalitionsrecht der Arbeiter unter ein Ausnahmengesetz zu stellen, das hat die Rechtsprechung noch erweitert. Aber damit ist es noch nicht genug. Der von der Regierung gebilligte Kommissionsentwurf zum Strafgesetzbuch enthält — wie der Redner im einzelnen nachwies — Bestimmungen, welche die Ausübung des Koalitionsrechts ungeheuer erschweren, ja für große Arbeiterkreise überhaupt unmöglich machen. Wenn dieser Gesetzentwurf erst in amtlicher Fassung vorliegt, wird ein überaus heißer Kampf entbrennen. Aber in diesem Kampfe werden die herrschenden Klassen nicht siegen, wenn die Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung zusammenstehen, wie sie es bei der Bekämpfung der Justizhausvorlage mit Erfolg getan haben.

Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten schloß sich der Sektionsleiter Komle an mit einem Aufruf zur regen Mitarbeit aller Kollegen an den agitatorischen und organisatorischen Arbeiten.

Aus aller Welt.

Deutsche Prinzen werden nicht gewünscht.

In Kanada fürchten nicht wenige, daß die Engländer den Plan haben, die Kolonien allmählich in abhängige Monarchien zu verwandeln, um sie so fester an die Krone zu fesseln und den republikanischen Bestrebungen oder Unabhängigkeitsbestrebungen entgegen zu wirken. Im Jahre 1911 wurde ein Mitglied der königlichen Familie, der Herzog von Connaught, zum Generalgouverneur von Kanada gemacht. Vor einigen Tagen hat man wieder einen königlichen Prinzen, den Fürsten von Teck, der Königin jüngsten Bruder, zum Generalgouverneur von Kanada bestimmt. Im Anschluß an diese Ernennung ist nun der Vorschlag aufgetaucht, die Generalgouverneursstellen in Kanada, Australien und den anderen Tochterstaaten permanent durch einen Prinzen aus dem königlichen Hause zu besetzen. Doch für den monarchischen Gedanken scheinen sich die Kanadier nicht begeistern zu können. Schon die Ernennung des Herzogs von Connaught rief vor drei Jahren vielach Verstimmung hervor. Die jetzt erfolgte Ernennung des Bruders der Königin hat die Kanadier zu offenem Widerspruch gereizt. Am 8. Mai fragte der frühere liberale Minister Emmerison im Kanadischen Unterhause an, ob es wahr sei, daß der Fürst Alexander von Teck zum Generalgouverneur von Kanada ernannt worden sei. Er fügte hinzu, er hoffe, daß sich die Nachricht als nicht zutreffend herausstellen werde; das sei wenigstens seine persönliche Ansicht. Der konservative Premierminister Borden bestätigte darauf die Richtigkeit der Meldung. In einem Interview sagte darauf Herr Emmerison u. a.:

„Ich bin nicht für die Fortsetzung der Praxis, Kanada von Mitgliedern der königlichen Familie regieren zu lassen. Man ermutigt

dadurch in einem demokratischen Lande den Gedanken einer höheren Gesellschaft und das ist für eine junge Nation wie Kanada nicht gut. . . Ich habe nichts dagegen, daß uns das alte Land einen Geschäftsmann schickt, der als tituläres Haupt fungiert. Das ist eine Praxis, die ich nicht verurteile; aber ich will nicht, daß deutsche Prinzen über Kanada herrschen. Je eher man davon abkommt, um so besser wird es sein.“

Man kann den Kanadiern ihre ablehnende Haltung nicht verdenken. Deshalb sollten auch gerade sie das Versuchskorn für einen deutschen Prinzen abgeben! Ihre Haltung in der Flottenfrage beweist, daß ihnen die inbrünstige Ummarmung der englischen Imperialisten unangenehm ist. Wirtschaftlich, politisch, sozial und geistig stehen sie den Vereinigten Staaten viel näher als dem Mutterlande und der Abstand von England erweitert sich jährlich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der großen ausländischen Einwanderung.

Wenn Wilhelm II. reist.

In letzter Woche hat Wilhelm II. auf einer seiner vielen Reisen auch die Schweiz im Zuge durchflogen. Während kaum jemand Kritik von diesem Ereignis nahm, haben die Behörden mit Regungsgewalt und einer fleißigen Tätigkeit entwidelt. Nach den Vorbereitungen zu schließen, muß ihre Sorge nicht gering gewesen sein. Es wird darüber gemeldet:

„Die Arbeiten an Gleisen und Brücken wurden auf der ganzen Linie eingestellt. Schon Tage vorher wurde die Linie kontrolliert und kurz vor Durchfahrt nochmals nachgesehen. Zahlreiche Wachen auf der Strecke, bei Brücken und den Tunnelübergängen, sowie bei den Weg- und Straßenkreuzungen waren aufgestellt. Unübersichtlichen Stellen wurde besonderes Augenmerk geschenkt; namentlich wurde in Tunneln, Rissen und Kammern nachgesehen. Die Stellverlagerungen wurden von Aufsehern und Monteuren kontrolliert, so daß alles prompt funktionieren mußte. Den Zug selbst begleiteten neben dem Zugpersonal einige Oberbeamte. Auch bei der Tafelfahrt und bei der horizontalen Strecke wurde der Zug mit zwei Lokomotiven geführt, um auch bei Defektwerden der einen die Fahrt fortsetzen zu können. Der Bahnhof in Basel war während der ganzen Dauer der Einfahrt und des Aufenthaltes des kaiserlichen Zuges für das Publikum gänzlich gesperrt.“

Gang nach preussischem Muster sind aber die Nachkommen des Wilhelm Tell doch nicht verfahren. Der kaiserliche Zug stand unter der Führung eines — Sozialdemokraten, mit dem Wilhelm II. während eines kurzen Aufenthaltes vor dem Gotthardtunnel sprach und — ihm die Hand drückte. Da dieser Genosse sogar Vertreter der Arbeiterchaft im Kantonsrat (Landtag) ist, hat Wilhelm II. offensichtlich die Erkenntnis mit nach Hause genommen, daß es sich unter einem sozialdemokratischen Führer ebenso sicher fährt, wie unter einem mit amtlich genehmigter Gefinnung.

Die schwarzen Pocken.

Eine Rassenkrankung an schwarzen Pocken wird aus Greben in Westfalen gemeldet. Dort sind am Sonntag sieben Personen, darunter ein Arzt, an der Seuche erkrankt. Einer der sofort ins Krankenhaus eingelieferten und dort isolierten Kranken ist gestorben. Auch aus Laurahütte wird ein Fall von Pockenkrankung gemeldet. Bei der dort wohnenden Witwe Prudlo wurden die schwarzen Pocken festgestellt. Die Erkrankte und zehn Personen, mit denen sie in Berührung gekommen war, wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Festnahme der Mörder des Konsuls Pratt?

Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und zwei verdächtigen Personen, in denen man die Mörder des im Eisenbahnzuge ermordeten norwegischen Konsuls Pratt vermutet, wird aus Tunis gemeldet. Als am Montagabend ein Polizeibeamter in einem Kaffeehaus in Sul Harlas zwei verdächtig erscheinende Leute festnehmen wollte, feuerte der eine vier Revolverkugeln auf den Beamten ab. Dieser blieb unversehrt. Ein zweiter Beamter schoß den Angreifer nieder und verletzte ihn so schwer, daß er bald darauf im Krankenhaus starb. Sein Genosse ließ sich ohne Widerstand verhaften. Es handelt sich, wie man annimmt, um die Mörder des auf der Strecke Tindisga-Roteur ermordeten norwegischen Konsuls Pratt.

Kleine Notizen.

Dem Blitz erlag. In einer Kolonie der See „Sachsen“ in Ham in südl. Dienstag vormittag der Blitz in eine Zementbude, in welcher drei Arbeiter beschäftigt waren. Einer davon, ein Desterreicher, war sofort tot, der zweite wurde schwer, der dritte leichter verletzt.

Liebesdrama in Köln. Am Montagabend hat der Kaufmann E. Plate in Köln in der Wohnung seiner Geliebten, der Ehefrau Engelbrocht, diese durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich verletzt und sich dann selbst einen Schuß in den Kopf beigebracht. Beide wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Plate die Tat im Einverständnis mit seiner Geliebten begangen hat.

Erdrutsch in Spanien. Nach einer Meldung aus Jaen (Andalusien) hat in Wezmaz ein Erdrutsch stattgefunden; dabei wurde eine Anzahl Arbeiter verschüttet und vier davon getötet.

Schweres Explosionsunglück. In dem Maschinenraum des Dampfers „Jefferson“ der Old Dominion Company hat eine Explosion stattgefunden; sieben Mann sind tot und einige andere schwer verletzt.

Die Suizidgattin. In der königlichen Akademie in London brachte Dienstagnachmittag eine Frau mit einem Handbeil dem Bildnis des Herzogs von Wellington von Professor Hubert Goltomer drei Risse bei. Sie wurde verhaftet.

Schwerer Hiegersunfall in England. In Aldershot stießen Dienstagnabend zwei Militär-Jweidecker in mäßiger Höhe zusammen und wurden zertrümmert. Kapitän Anderson und sein Mechaniker, die sich in dem einen Flugzeug befanden, wurden getötet und Leutnant Wilson, der das andere Flugzeug steuerte, wurde schwer verletzt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	11.5.	10.5.		11.5.	10.5.
	cm	cm		cm	cm
Bemel, Mühl	203	+5	Saale, Granzitz	112	—4
Bregel, Jüterburg	54	+10	Saale, Griebenau	44	+2
Beichel, Lützen	150	—6	Saale, Raizenow	60	—4
Oder, Ratibor	138	+2	Spre, Spremberg	90	—4
„ „ „ „ „ „ „ „	103	—4	„ „ „ „ „ „ „ „	80	0
„ „ „ „ „ „ „ „	110	+1	Seser, Wänden	166	—17
„ „ „ „ „ „ „ „	26	+6	„ „ „ „ „ „ „ „	258	0
„ „ „ „ „ „ „ „	39	—4	„ „ „ „ „ „ „ „	549	+21
„ „ „ „ „ „ „ „	24	+2	„ „ „ „ „ „ „ „	210	—5
„ „ „ „ „ „ „ „	11	0	„ „ „ „ „ „ „ „	323	+5
„ „ „ „ „ „ „ „	—121	—3	„ „ „ „ „ „ „ „	109	+11
„ „ „ „ „ „ „ „	130	+2	„ „ „ „ „ „ „ „	167	—1
„ „ „ „ „ „ „ „	96	+3	„ „ „ „ „ „ „ „	108	—9

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Nordost 185, 1239, 1397, 9714.
Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins
in den Wülfen-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Hohen Erwin Neumann:
"Die Elektrizität und ihre Industrie."
2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Allgem. Branchen-Versammlung
der Schmiede, Kesselschmiede, Autogen-
schweißer und Karosseriearbeiter
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten K. Spiegel.
2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen, besonders der Kollegen aus den Mittel-
und Großbetrieben, wird erwartet.

Achtung! Metalldrücker Achtung!
Freitag, den 15. Mai, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):
Fortsetzung der verlagten Versammlung
vom 4. Mai 1914.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Freitag, den 15. Mai, abends 6 Uhr:
Versammlung
der in den chirurgischen und bakterio-
logischen Betrieben bechäft. Klempner
in den Andreas-Festjalen, Andreasstr. 21.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Die Kollegen werden dringend gebeten, wegen wichtiger Angelegen-
heiten zahlreich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal
„Zur Tonne“ Sportplatz Rummelsburg
Hirschberger Straße 1
Oswald Kimmel.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltung Berlin.
Einladung aller Kollegen der Holzbranche!
Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr,
in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Str. 15:
Allg. Holzbildhauer-Versammlung.
Tagesordnung:
Stellungnahme und Beschlußfassung über anzujstellende
Forderungen.
Bitte aller Kollegen ist, ob organisiert oder unorganisiert, zu
erwarten. Die Bildhauer werden ersucht, doch die Bildhauer, welche
in ihren Betrieben beschäftigt sind, nochmals daran zu erinnern.
Die Branchenkommission.
20/10

**Abweichung in die Krankenkasse zu bringen, ist eine wichtige Auf-
gabe aller dieser, die für die Krankenpflege von Kranken und Retenaleidenden
zu sorgen haben. Eine schmerzliche Hilfe bietet hierbei das „Kaisere-
Krankenkasse“, denn es zeigt in 104 praktischen und leicht auszuführenden
Rezepten, wie abwechselnd man den Speisestapel gestalten kann,
wenn man das als vorzüglich anerkannte „Kaisere-“ in der Krankenkasse
gebraucht. Das Buchlein, das sich großer Beliebtheit erfreut, ist in Apotheken
und Drogerien gratis erhältlich.**

Restaurant Roter Adler

Nieder-Schönhausen-Nordend
Blankenfelder Straße 17, bis-a-bis (Gefährmann-Ringhof)
(früher Lichtberg, Herzbergstr. 21).
Empfehle den m. Genossen meine Vereinsfeste (200 Verj. alt). Kaffeebüchse.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Otto Steffan.

Persil

Das selbsttätige Waschmittel für
Leibwäsche!

Henkel's Bleich-Soda

EIS

offizieren frei Haus für das laufende Jahr
den großen oder ganzen Eimer . . . 35 Pf.
den kleinen oder halben Eimer . . . 25 „
Bestellungen erbitten
Köpenicker
Norddeutsche Eiswerke, Straße 40/41.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Hautleiden

Endlich bin ich durch Ihr gutes
Mittel von meinem 40-jährig. Haut-
leiden gründl. befreit, dafür meinen
aufricht. Dank. Eupulien, Gold-
schmied. Göttingen.

Durch Ihr Mittel ist mein 20-jährig.
Nichtenleiden schnell worden. Aufricht.
Dank. Georg Sigm. Schwan-
bart.

Zunächst Dank für gründliche
Heilung meines 25-jährig. alten Haut-
leidens. Max Reichardt, Oberweiß.

Die patentamtlich geschützten
Hauptpillen sind wie folgt anhaben:
Generaldepot u. Ver-
sand: **Diemard-Woche Berlin.**
Königsberg, 17, ferner in den
Apotheken: Charlottenstr. 51, Wolf-
bomer Str. 64, Landberger Str. 39,
Karlshagen-Platz 2, Kappelerstr. 60,
Römischer Str. 21, Belle-Alliance-
straße 12, Wilmersdorfer, Wilhelm-
platz 110, Schöneberg, Hauptstr. 151,
Spandau, Bismarckstr. Straße 19,
Friedrichsberg, Zentral-Beckhof,
Charlottenburg: Bismarckstr. 81,
K. Henrich, Fabrik chemisch-
pharmaceutischer Produkte, Bonn.

Ohne jede Anzählung!!
Reine Kaffeebohnen, keine Kaffeebohnen,
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER
Gustav-Adolf-Str. 41.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 4. Ziehungsstag 12. Mai 1914 Samstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

4 265 89 97 384 (1000) 453 594 691 (500) 1 100 11 40 464	10 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920 930 940 950 960 970 980 990 1000
100 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920 930 940 950 960 970 980 990 1000	1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900 2000 2100 2200 2300 2400 2500 2600 2700 2800 2900 3000 3100 3200 3300 3400 3500 3600 3700 3800 3900 4000 4100 4200 4300 4400 4500 4600 4700 4800 4900 5000 5100 5200 5300 5400 5500 5600 5700 5800 5900 6000 6100 6200 6300 6400 6500 6600 6700 6800 6900 7000 7100 7200 7300 7400 7500 7600 7700 7800 7900 8000 8100 8200 8300 8400 8500 8600 8700 8800 8900 9000 9100 9200 9300 9400 9500 9600 9700 9800 9900 10000

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 4. Ziehungsstag 12. Mai 1914 Samstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

100 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920 930 940 950 960 970 980 990 1000	1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900 2000 2100 2200 2300 2400 2500 2600 2700 2800 2900 3000 3100 3200 3300 3400 3500 3600 3700 3800 3900 4000 4100 4200 4300 4400 4500 4600 4700 4800 4900 5000 5100 5200 5300 5400 5500 5600 5700 5800 5900 6000 6100 6200 6300 6400 6500 6600 6700 6800 6900 7000 7100 7200 7300 7400 7500 7600 7700 7800 7900 8000 8100 8200 8300 8400 8500 8600 8700 8800 8900 9000 9100 9200 9300 9400 9500 9600 9700 9800 9900 10000
--	---

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 4. Ziehungsstag 12. Mai 1914 Samstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

100 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920 930 940 950 960 970 980 990 1000	1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900 2000 2100 2200 2300 2400 2500 2600 2700 2800 2900 3000 3100 3200 3300 3400 3500 3600 3700 3800 3900 4000 4100 4200 4300 4400 4500 4600 4700 4800 4900 5000 5100 5200 5300 5400 5500 5600 5700 5800 5900 6000 6100 6200 6300 6400 6500 6600 6700 6800 6900 7000 7100 7200 7300 7400 7500 7600 7700 7800 7900 8000 8100 8200 8300 8400 8500 8600 8700 8800 8900 9000 9100 9200 9300 9400 9500 9600 9700 9800 9900 10000
--	---

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 4. Ziehungsstag 12. Mai 1914 Samstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr K. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

100 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 310 320 330 340 350 360 370 380 390 400 410 420 430 440 450 460 470 480 490 500 510 520 530 540 550 560 570 580 590 600 610 620 630 640 650 660 670 680 690 700 710 720 730 740 750 760 770 780 790 800 810 820 830 840 850 860 870 880 890 900 910 920 930 940 950 960 970 980 990 1000	1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900 2000 2100 2200 2300 2400 2500 2600 2700 2800 2900 3000 3100 3200 3300 3400 3500 3600 3700 3800 3900 4000 4100 4200 4300 4400 4500 4600 4700 4800 4900 5000 5100 5200 5300 5400 5500 5600 5700 5800 5900 6000 6100 6200 6300 6400 6500 6600 6700 6800 6900 7000 7100 7200 7300 7400 7500 7600 7700 7800 7900 8000 8100 8200 8300 8400 8500 8600 8700 8800 8900 9000 9100 9200 9300 9400 9500 9600 9700 9800 9900 10000
--	---

Heute Mittwoch, den 13. Mai: Zahlabend für Groß-Berlin.

Steuermusterkarte von Groß-Berlin.

Wirtschaftlich bildet Groß-Berlin ein zusammenhängendes Gebilde mit einem reich pulsierenden geschäftlichen und industriellen Leben. Die verbindenden, verwebenden Interessenhände laufen von Nord nach Süd, von Ost nach West, kreuz und quer durcheinander.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Gr. Lichterfelde hat das Lokal Hohenzollerngarten den Besitzer gewechselt; es steht auch jetzt zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. Wir ersuchen, bei Aufträgen sich genau nach der Lokalliste zu richten.

8. Abteilung: Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Kombiniertes Zahlabend im Lokal von Videnhagen, Schrammweberstr. 60. Vortrag des Genossen Menning über Feuerbestattung.

Berliner Nachrichten.

„Fürsorge.“

Draußen, ein Viertelhundert Kilometer vor der Großstadt, haben sie eine Siedlung für alte und invalide Leute errichtet. Aus magerem Sandboden leuchtet dort ein kümmerliches Grün.

aber suchen noch immer den Boden. Sie haben nichts von den Farben, die der beginnende Abend über das Firmament träuft. Und auch die Ohren scheinen taub zu sein.

Neue Forschungsinstitute in Dahlem.

Den schon bestehenden drei Forschungsinstituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem, die in den vergangenen zwei Jahren errichtet worden sind: den Instituten für Chemie, für physikalische und Elektrochemie sowie für experimentelle Therapie soll jetzt eine vierte wichtige wissenschaftliche Forschungsanstalt angegliedert werden.

Selbstmordversuch eines amerikanischen Studenten. Weil er von seinem in Berlin wohnhaften Onkel kein Geld für eine Farm bekommen hat, unternahm gestern nachmittag der Student Ernst Englers aus New York einen Selbstmordversuch.

Die Leichenberaubung im Tiergarten, über die wir am Sonntag berichteten, beschäftigt noch weiter die Kriminalpolizei. In dem Toten vermutete man erst einen Schlosser Franz Kunkidewitz.

Die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln bildete in der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation abermals Gegenstand eingehender Beratung.

Ein Wäfling, der es auf kleine Kinder abgesehen hat, treibt im Südboten der Stadt sein Unwesen. Gestern nachmittag geriet ihm in der Rautenfeldestraße wieder ein Kind von sechs Jahren, das Töchterchen eines Gärtners, in die Hände.

wieder hinunter. Das Kind kam dann weinend zu den Eltern und erzählte, was geschehen war. Es beschreibt den Unhold als einen Mann mit einem Schurzhaar, der auf seiner grünen Toppa eine „Münze“ trug.

Um einen Traubereifen in den Tod. Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden eines Knaben in Oberschöneweide gefunden. Seit dem 1. Mai wurde der neunjährige Schüler Walter Berg, dessen Eltern in der Siemensstraße wohnen, vermisst. Jetzt landete man die Leiche des Knaben aus der Spree. Die die Ermittlungen der Polizei ergaben, ist der Knabe das Opfer eines bedauerlichen Unfalles geworden. B. hatte am Ufer der Spree mit einem sogenannten Traubereifen gespielt, wobei der Reifen ins Wasser fiel. Der Kleine versuchte nun, das Spielzeug wieder aus dem Wasser herauszufischen. Er verlor beim Vorbeugen das Gleichgewicht, stürzte in die Spree und ertrank hilflos.

Die Leiche eines ertrunkenen Nudlers wurde gestern aus dem Tegeler See gefischt. Bei Reihewerder sahen Schiffer den Leichnam auf den Fluten treiben und bargen ihn. Es handelt sich um einen etwa 45 Jahre alten unbekanntem Mann, der vor drei Wochen auf einer Nuderpartie den Tod in den Wellen gefunden hat. Der Unbekannte ist dunkelblond, von mittlerer Größe und hat breite Nase und braune Augen. Die Kleidung bestand aus braunem kariertem Jackettanzug, braunen Schuhschäften und gleichfarbigem Strümpfen.

Den Fuß mit einer Drahtschlinge abgeschnitten. Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der fünfzehnjährige Schiffsjunge Martin Wartenberg aus Oranienburg. B. war auf einem Lastkahn, der die Oberhavel befährt, beschäftigt. Als er gestern dabei half, das Fahrzeug mit dem Dampfer zu verbinden, geriet sein rechter Fuß in die Schlinge des Drahtseils, mit dem die beiden Fahrzeuge verbunden werden. Die Schlinge wurde mit solcher Festigkeit zusammengezogen, daß dem bedauernswerten Menschen der Fuß vollständig abgeschnitten wurde. B., der gerade am Bordrand stand, stürzte in die Havel, doch konnte er durch nachspringende Schiffer wieder gerettet werden. Er wurde ins Oranienburger Krankenhaus eingeliefert.

Nutzen der Volksfürsorge.

Das im Jahre 1906 geborene Kind eines Schriftsetzers in Neukölln wurde am 1. Januar 1914, also im Alter von sieben Jahren, bei der Volksfürsorge nach Tarif II für eine Halbmonatsprämie von 40 Pf. mit einer, spätestens nach 15 Jahren fälligen, Versicherungssumme von 120 M. versichert. Das Kind erkrankte, nach dem ärztlichen Attest, Anfang März an den Anzeichen einer Gehirnhautentzündung und starb am 26. März. Die Krankheit ist mit größter Wahrscheinlichkeit auf einen Fall auf den Kopf zurückzuführen; der Unfall ist am 1. März eingetreten. Für das Kind waren in sechs Halbmonatsprämien 240 M. Prämien bezahlt. Die Volksfürsorge erkannte ohne weitere Beweisführung den Unfall an und zahlte die fällig gewordene Versicherungssumme von 112,80 M. aus.

Ankunft über Tarife, Versicherungsbedingungen usw. erteilen die Gewerkschaftsbüros, die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung.

Die Rechnungsstelle I, Berlin, der Volksfürsorge befindet sich: SO. 16, Engelauer 18, vorn III. Geöffnet 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Vorortnachrichten.

Entrechtung der Arbeiter in Neukölln.

Der Potsdamer Bezirksausschuß fällte gestern eine Entscheidung, die im striktesten Gegensatz zu den bisherigen Erkenntnissen des Oberverwaltungsgerichts und zum Gesetz steht, aber die Wirkung haben soll, die Neuköllner Arbeiter in ihren Kommunalrechten zu beeinträchtigen. Die Entscheidung betrifft die Frage der Selbstbesteuerung einer Gemeinde und die Wahlberechtigung des Magistrats, gegenwärtige Maßnahmen, die bekanntlich ergriffen sind, um zu verhindern, daß die Mehrheit des Neuköllner Stadtparlamentes sozialdemokratisch wird.

Gegen die Stadtverordneten Neuköllns klagten der Eigentümer Rudolf Höfler und der Bürgerordner Kurtrod an Abänderung der Wählerlisten. Im Jahre 1912 hatte sich der Magistrat Neukölln in die Gemeindevählerliste eingetragen. Dagegen wurde damals Einspruch erhoben, und das Stadtparlament beschloß am 19. Oktober 1912, den Magistrat aus der Liste zu streichen. Dagegen klagten Höfler und Kurtrod. Aus formellen Gründen wurde ihre Klage abgewiesen. Durch die wiederholte Eintragung des Magistrats gab er den Klägern Gelegenheit zur neuen Klage, da die Stadtverordnetenversammlung wieder die Eintragung beanstandete. Es wurde ein umfangreiches Beweisverfahren eingeleitet. Sie ergab, daß Neukölln als Gemeinde mehr an Staatssteuern entrichtet, als die drei höchstbesteuerten Bürger und auch in den Gemeindesteuern an erster Stelle steht. Der Buchwert des gesamten städtischen Vermögens betrage 81 270 818,71 M. Nach der Behauptung der Kläger würde ein Drittel aus dem Etat herausfallen und die jährlichen Steuererträge müßten um 200 000 M. zum Nachteil der Steuerzahler gedeckt werden, die von der Stadt aufgebracht werden. Die Kläger erklärten ausdrücklich, es läme ihnen mit ihrer Klage darauf an, zu verhindern, daß eine einzige politische Partei, die Sozialdemokratie, die Mehrheit im Stadtparlament erlange, was man schon jetzt befürchtet.

Der Vertreter des Stadtparlamentes stellte das Wahlrecht der Gemeinden, soweit es sich aus der Selbstbesteuerung folgern läßt, in Abrede. Die Stadt könne nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 19. Mai 1905 nicht sich selbst gegenüber steuerpflichtig sein. Der Bezirksausschuß kam zu folgendem Urteil: Der Bezirksausschuß ist nach eingehenden Ermittlungen in Neukölln, die über die Handhabung der Gemeindefinanzen, über die Besteuerung der Gemeindefinanzen und Vermögensstände festgestellt haben, zu der Überzeugung gelangt — abweichend von den bisher nur nebenbei in Erkenntnissen des Oberverwaltungsgerichts geäußerten Ansichten —, daß die Gemeinde sehr wohl in der Lage ist, sich selbst zu besteuern, und daß in Neukölln eine Steuerleistung durch die Gemeinde stattfindet, die nicht nur zu statistischen Zwecken, sondern zu einem wirtschaftlich bedeutenden Ausgleich der Gemeindefinanzen als rechtmäßige Entrichtung der Steuer erfolgt. Der Magistrat ist daher in die Liste der stimmungsfähigen Bürger einzutragen. Die Kosten trägt unter Annahme eines Wertes von 1000 M. das Stadtparlament.

Dies Urteil wird allein durch das Zugeständnis der Kläger getragen, eine Wirkung zu erzielen, die eine sozialdemokratische Mehrheit verhindert. Vor dem Oberverwaltungsgericht dürfte dieser klare Wahlrechtsraub schwerlich Bestand haben. Die bisherige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts steht schmerzhaft der Zulässigkeit der Eintragung eines Magistrats in die Liste der stimmungsfähigen Bürger entgegen. Soll das Gesetz deshalb anders gedeutet werden dürfen, weil diese Deutung eine sozialdemokratische Mehrheit hinauschiebt?

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst fand die Einführung des vor kurzem gewählten Stadtrats Senatspräsidenten Fleischauer statt. Ihm soll das Dezernat des Arbeitsamtes über-

tragen werden. Sodann wurde um Vorhänden des Gewerbegerichts Assessor Dr. Range und zum 6. stellvertretenden Vorsitzenden des Gerichts Assessor Dr. Noll gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Assessor Kelenstein, ist dem Steuerdelegat überwiegen worden. Mit der Festsetzung der in das Lagerbuch einzustellenden Werte wurde die Finanzdeputation betraut. Zum Deutschen Städtetag in Köln wurden die Stadtverordneten Reine, Jahn und Küter und zum Brandenburgischen Städtetage Baumler, Lincus und Jöbel delegiert.

Darauf erfolgte Bericht über die eingegangenen Petitionen. Einige wurden als erledigt angesehen, andere dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Bei Umbenennung von Straßen soll der Magistrat dies rechtzeitig bekanntgeben, um dazu Stellung nehmen zu können. Die Kaffhäuserstraße führt außer diesem Namen noch die Benennung Karl-Schradler-Straße und Habsburger Straße, so daß in der Geschäftswelt wie beim Publikum vielfach Anlaß zu Verwirrungen gegeben ist. Die Straßen sollen daher möglichst einfach gehalten werden. Stadtschmedes (Pb.) beschwerte sich, daß ihm bei Prüfung der Jahresrechnung gezogene Kontos nicht gebührend beantwortet worden seien, außerdem rügte er, daß an Entschädigungen für Reiseloosen zu viel gewährt werde. Stadtkammerer Raschowitz bedauerte den Ton, in dem den Rechnungsprüfern geantwortet worden sei, im übrigen hätte er jedoch die Entschädigungen als zu recht bestehend, da diese durch Ortsstatut festgelegt sind. Im Ausschuß hat Herr Schmedes eine derartige Klage nicht vorgebracht. Die Versammlung nahm die Entlastung an. Die Vorlage betr. Genehmigung einer Gebührenordnung für Genehmigung und Aufsicht von Be- und Entwässerungsanlagen hat der Magistrat zurückgezogen, da diese Vorlage im Ausschuß bereits abgelehnt wurde. Die Bureaubeamten petitionierten um Anrechnung eines Teiles ihrer Dienstzeit auf das Befoldungsdienstalter. Dieser Antrag gilt als eine Folge der Anrechnung der Dienstjahre der Militärvorwärtler. Die Versammlung lehnte diesen Antrag ab. Die Ferien der Stadtverordneten wurden wiederum auf die Monate Juli und August verlegt. Hier- auf erfolgte geheime Sitzung.

Sichtenberg.

Zur Gründung eines Frauenchor's findet am Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr eine Versammlung in Korns Festsaal, Tierärztstraße, Ecke Goethestraße, statt. Stimmgebare und sangesungfähige Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, die Mitglieder der Arbeitergesangsvereine, sowie alle Freunde des Arbeitergesanges werden zu dieser Versammlung eingeladen.

Steglitz.

Der Druckfehlerentel als Gegner von Wahlüberrechnungen. Mit einer gewissen Pöbellichkeit belächelt der Gemeindevorsteher am vergangenen Sonnabend die Nachwahl für Anfang nächster Woche auszuscheiden. Werkwürdigerweise wählten bürgerliche Kreise schon früher, daß die Wahlen am 19. und 20. Mai stattfinden würden, denn in einer am Mittwoch voriger Woche abgehaltenen Besprechung des „Kommunalvereins“ wurden diese Daten schon mitgeteilt. Vermutlich freute man sich in gewissen Kreisen dießhalb darüber, denn nun war man den Sozialen wieder um eine Kapfenlänge voraus, der Erfolg konnte nicht ausbleiben. Aber der Druckfehlerentel hat jenen Leuten einen argen Schabernack gespielt. In der amtlichen Bekanntmachung ist durch seine Mitwirkung aus einer 9 eine 8 geworden, so daß die Wahl am Dienstag, den 13., und Mittwoch, den 20. Mai, ausgeschrieben ist. Die Wahl würde also ungültig sein, bevor sie vollzogen ist, und da die Kürze der Frist eine Verichtigung nicht mehr gestattet, wird wohl oder übel eine Verschiebung stattfinden müssen. Hoffentlich stellt sich heraus, daß auch die Verkürzung der Wahlzeit von 8 auf 7 Uhr abends nicht dem Gemeindevorsteher, sondern ebenfalls dem kleinen Kobold im Sekretariat zugeschrieben werden muß. Wenn auch sein Konto dadurch noch mehr belastet wird, wir verzeihen ihm gern.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Auf dem Ban tödlich verunglückt ist am Montagvormittag 11 1/2 Uhr der Bauer Genosse Wilhelm Kuffas. A. war am Erweiterungsbau des Amtsgerichts Kalkberge beschäftigt. Als sich A. im obersten Stodwerk befand, rutschte er aus, er wollte sich am Schutzgitter des Treppenkurs festhalten, das brach indessen und Kuffas stürzte aus einer Höhe von 12 Meter in die Tiefe. Mit zerstückelten Gliedmaßen blieb der Verunglückte tot liegen. Der Verstorbene war Vorsitzender des hiesigen Zweigvereins vom Deutschen Bauarbeiterverband; in ihm verliert die Gewerkschaft sowie die Partei ihren Mitbegründer. Der brave Kämpfer hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern im Alter von 12 und 8 Jahren. Den Tag und die Zeit seiner Beerdigung werden wir unter Parteinachrichten mitteilen. Wir ersuchen die Gewerkschafts- und Parteigenossen, zahlreich dem Toten das letzte Geleit zu geben.

Wannsee.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde der neue Bauungsplan für das sogenannte „Neuwaldchen“ in der Nähe des „Schwedischen Pavillons“ endgültig angenommen. Die Errichtung einer ländlichen Fortbildungsschule würde eine einmalige Ausgabe von 2000 M. und eine jährliche Ausgabe von 548 M. erfordern. Es wurde hierbei gerügt, daß die hiesigen Lehrer 2,50 M. pro Stunde beanspruchen, während andere Gemeinden nur 1,50 M. bezahlen. Die ganze Angelegenheit wurde schließlich auf ein Jahr vertagt. Zur Sprache kam, daß die Jungendbewegung am Orte so sehr zurückgehe. (Kein Wunder, Schreiber dieses hat oft gesehen, wie die Jungen von den begleitenden Offizieren oder Interzessionisten barsch angefahren wurden.) In letzter Zeit versuchte man es dann ohne Militär, doch es nützte nichts mehr, ganze 6 Schul- entlassene seien, so klagte man, gebüben. Mit dem Schulvorstand soll Rücksprache genommen werden, daß die ganz kleinen Kinder nicht schon um 7 Uhr zur Schule müssen. Bei dieser Gelegenheit kamen auch verschiedene Mißstände zur Sprache: die Gemeindefulleide auf Kosten der Vorkule, weil bei dieser dieselben Lehrer unterrichten. Abhilfe wird wohl kaum geschaffen werden, weil der ernüchterte Wille hierzu fehlt. Die Kirchengemeinde läßt um die alte Kirche künstliche Schmuckplätze anlegen und ersucht deshalb die politische Gemeinde, die Unterhaltung gegen Bezahlung zu übernehmen. Dem wurde zugestimmt und die jährlich zu zahlende Entschädigung auf 300 M. festgesetzt.

Mariendorf.

Mit der Ernennung der Kandidaten der 1. Abteilung zu Gemeindevorstandern scheint der diesjährige Wahlkampf um die Sitze im Ortsparlament sein Ende gefunden zu haben. Auch der langjährige Durchfallkandidat in der 3. Abteilung, Herr Fechner, hat nun sein Ziel erreicht und ist in der 1. Abteilung gewählt. In Reichverbandsmanier hatte, wie üblich, die Ortspresse gegen unsere Kandidaten agitiert, um die Arbeiterschaft von der Wahl fernzuhalten. Während dem einen unserer Kandidaten nur belanglose Sachen unterstellt wurden, sollte der Genosse Wittig durch Ausstellung einer Untersuchung unmöglich gemacht werden, obwohl sich durch beförderte Prüfung die Unschuld des Genossen ergeben hatte und festgelegt war, daß hier nur eine gemeine Denunziation zugrunde lag. Selbst bürgerliche Kreise sind durch die Manier des Blattes, die intimsten Familienangelegenheiten zu behandeln, angewidert. Unsere Genossen sind diese Kampfesweise des Blattes gewöhnt und sahen sich, es ist ehrenvoll, von der Gemeinheit verleumdet und benedenswert, von der Dummheit gehäht zu werden. Der Ausgang der Wahl in der 3. Klasse hat gezeigt, daß unsere Genossen auf dem Posten sind.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Ein unangenehmer Kritiker ist unseren Bürgerlichen in ihren eigenen Reihen entstanden. Durch einen eklatanten Verstoß gegen § 45 der Landgemeindeordnung, durch Papierstimmen,

Wahlstimmwindel und zuletzt durch eine von dem Wahlmader beantragte Waffengeuerkundung (die „im Auftrage“ bürgerlicher Forenien von Herrn Schramm eingeleitet war, ohne daß er, wie öftentlich festgestellt wurde, einen Auftrag größeren Umfangs dazu hatte) raubte man unserer Partei nicht nur ein seit zwölf Jahren behauptetes Mandat, der von dem bürgerlichen Wahlkomitee geführte Wahlkampf trug auch sonst einen Charakter, daß er Widerbruch in den Reihen der Bürgerlichen wachrufen mußte. Nicht nur der Anständigdenkenden, auch derjenigen, deren Fortkommeninteressen dabei verlegt wurden. In der letzten Versammlung des Grundbesitzervereins ging es deshalb hoch her. Herr Horn, von dem wir allerdings nicht genau wissen, ob er zu der ersten oder letzten Kategorie Bürgerlicher gehört, lenkte die in einer im allgemeinen zutreffenden Weise die bürgerliche Kommunal- (Sprich: Elitens- und Interessen-)politik, wie man sie von einem unserer Bürgerlichen bisher in so offener Weise nicht gehört hat. Und er muß doch seine Pappentelmer genau kennen. Wezwehrend aber waren seine Ausführungen, soweit sie den Wahlmader der Bürgerlichen, Herrn Schramm, betrafen. Herr Horn stellte es als sehr fraglich hin, ob dessen Wirksamkeit in der Gemeindevertretung dem Gemeinwohl oder eigenen Interessen diene, ob dieser für die Gemeinde oder für sich arbeite, wie durch einen Ausspruch nach, daß der Wahlkampf nur der Hebung der Spekulationsinteressen in Gräbmalde und Höhenberge dienen sollte, warf der in Frage kommenden Gemeindevertreter vor, daß sie keine Gemeindepolitik, sondern trasse Interessenspolitik treiben und daß sie sich von Herrn Schramm mit schönen Reden fangen ließen, trotzdem sie sich doch darüber klar sein müßten, daß dieser, sobald er seine Partzellen losgeschlagen habe, schleunigst der Gemeinde den Rücken kehren würde. Er charakterisierte die Wähler, welche von einem Teil der bürgerlichen Gemeindevertreter — wieder unter Führung des Herrn Schramm — angewendet worden sind, um die Wahl des Schöffen Dohers zu hintertreiben, von dem vermutet wird, daß er nicht für die in Gräbmalde-Höhenberge liegenden Spekulationsinteressen zu haben ist. Soweit der Bericht der „Kiebersammer Hymnaden“ ersieht läßt, muß wohl Herr Horn so ziemlich den Nagel auf den Kopf getroffen haben, denn von den angegriffenen Gemeindevertretern und Mitgliedern des Wahlkomitees stand nur Herr Witac auf, um die Angriffe als übertrieben zurückzuweisen, während Herr Weghold, der Neugewählte, die von Herrn Horn behandelte erste und zum Nachdenken Anlaß gebende Frage durch unfreiwilligen Humor (er bedauerte, daß die Gemeindeglieder nicht mehr Interesse für die Beratungen der Gemeindevertretung an den Tag legen, als er es bisher getan) verneinte.

Natürlich hat Herr Horn, der Inhaber eines für die Arbeiterschaft gesperrten Lokals, jetzt die ganze bürgerliche Meute der von ihm gekennzeichneten Richtung gegen sich. Mit allen Mitteln versucht sie, die sich sonst nicht genug über unsere Lokalpresse entriisten kann, die Vereine und Spieker gegen Horn aufzutreiben und ihm einen möglichst großen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen; die Wange wendet ihre Kampfmittel an.

Brix-Budow.

Von Besuchern der Raiverammlung in Budow sind 2 Schirme stehen gelassen. Dieselben sind bei Paul Semmler, Budow, Chausseestr. 50, abzuholen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Budow. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, im Gemeindebureau, Dorfstr. 20.

Mariensfelde. Heute Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, im Festsaal der Gemeindegemeinde, Dorfstr. 33.

Spandau. Morgen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

Teplitz. Heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Luistung.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein:

Übertrag einer Kranzpende von den Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Telephonanstalt (Abt. Künster) durch Alters 17,65. Anstalt Kalkberge von den organisierten Hausfrauen der Firma Berl u. Groppenburg 10,—. Übertrag vom Magistrat der Arbeiterkassen der Firma B. Berliner, Köpenicker Str. 55, 15,—. Märzfranzübertrag durch Thiemann von der Brauerei Gabriel u. Richter 3,10. Übertrag vom Magistrat der Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen 6,45. Märzfranzübertrag von den organisierten Arbeitern des Böhmischen Brauereibezirks 21,50. Von den Kollegen der Firma Frohheim u. Rudert, Berlin-Weihensee, 5,45. Märzfranzübertrag von den Kollegen der Buchfabrik Karl Rich 5,80. Märzfranzübertrag von den Kollegen der Brauerei Pfefferberg 5,65. Von den Mitgliedern der Firma Wirtschaftsgenossenschaft (Abt. Kalkberge) 42,95. Von den Kollegen der Firma Schwager, Waldemarstr. 55, anstatt Märzfranz 12,33. Von den Kollegen der Firma Trüb, Mariendorf, anstatt Märzfranz 8,60. Von den Kollegen und Kolleginnen der Militär-Politen-Karlsruhe-Jahrlid Kufmann u. Kuf 24,55. Von den Arbeitern der Firma Weing u. Lülle anstatt Märzfranz 2,70. Übertrag vom Magistrat von den Kollegen der Firma Schwarztopf, Scheringstraße, durch Hans 208,—. Von den Kollegen der Großen Berliner Straßenbahn 24,30. VI. Kreis (560 Bez.) 5,10. Märzfranzübertrag vom Fahr- und Verkehrspersonal der Städtischen Straßenbahnen Berlin 22,65. Von den Kollegen der Firma Vanger 9,95. Märzfranzübertrag der Lager-, Hilfs- und Transportarbeiter der A. G. G. Turbinenfabrik 93,—. Übertrag vom Magistrat der Löwenbrauerei, Abt. I. Hohenhofen 21,—. Übertrag vom Magistrat von den organisierten Damarbeitern und Arbeiterinnen des Zentralvereins der Heißer 25,85. Übertrag vom Goethe-Abend der 4. Abt. des IV. Kreises 4,55. Märzfranzübertrag vom dem Waggonwerk, Weihensee, 9,10. Von den Kollegen der Firma Rudolf u. Hartmann 13,40. Von Vorwärts-Kreisbau, Lindenstr. 2/3, 92,25. Übertrag einer Kranzpende der H. G. G., Schlegelstraße, Abt. Schaper, 17,00. Gesammelt bei Debrauflaw 1,50. Ruche, Berlin, 0,50. Märzfranzübertrag von den Arbeitern der Düngracke, Reinickendorf, 16,85. Übertrag der Silberhochzeit Röhner, Bezirk 600, 1,05. Märzfranzübertrag von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma E. Julewitsch, Charlottenburg, 87,—. Durch Genossen Rofita 10,—. VI. Kreis, Bez. 544 2,50. VI. Kreis, Rost 2,—. VI. Kreis B. II. K. E. G., Abt. Seidel, durch Rapon 10,—. VI. Kreis, Bez. 563 1,35. VI. Kreis, Übertrag vom Märzfranz Ragenhofer, Abt. II 35,90. VI. Kreis, Arbeiter der Firma H. Jesta u. Co. 15,—. Senzel, Moabit 28,90. IV. Kreis, Arbeiter der Firma Requin 16,—. IV. Kreis, Kasabe 3,95.

S. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Eingegangene Druckschriften.

Orthodoxie und Christentum. Von R. Gerpühl 1 M. — Der Jesuit im Reichthum. Von R. Gaudin. 1 M. — Die Christenverehrung der deutschen Geringverdienenden. Von G. Helm. 1 M. — Ketzenthum der Philosophie für Jeden. Von J. W. Maß. 1 M. — Der Geburtentag eines Geistes? Untersuchung von Th. Waisen. 1 M. — Die städtische Not in der katholischen Weltkirche. Von D. Schmah. 1 M. — Liebesdienst und Intimitätsglauben. Von A. Krause. 60 Pf. Verlag: Dandelsdruckerei, Hamburg.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, die Arbeiter-Sozialpolitik und die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern im Jahre 1913. (Separatdruck aus Bd. 33 des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.) R. G. B. Röhler, Tübingen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz im Jahre 1913. 60 S. Gewerkschaftsdruck, Chemnitz.

Striegslarve von Mexiko. 1 M. E. Kemming, Berlin W 50.

Aus der Praxis des Taylor-Systems. Von R. Senbert. Geb. 7 1/2 M. Springer, Berlin W 9.

Kurze Ausführungen über Wesen und Ziel des Pazifismus. Von Dr. H. D. Frick. 32 S. Friedens-Büro, Berlin-Lützow.

Die arischen Grundlagen der Bibel. Von P. Koch. 2 M., geb. 2,50 M. H. Rohnke, Berlin.

Pharus-Wanderkarte Rund um Berlin. 1,50 M. Pharus-Verlag, Berlin SW 68.

Der Kronprinz. Gedanken über Deutschlands Zukunft von Dr. P. Uman. 3,60 M., geb. 4,50 M. H. Röhler, Minden 1. Heft.

Katalog der Sonderausstellung Teheran in der Leipziger Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik. Zusammenstellung von Prof. A. v. Larisch und Dr. H. Beller. 1 M. Verlag: Deutscher Kommision für die Intern. Ausstellung für Buchgewerbe, Wien IX, 2.

Reichstag.

255. Sitzung, Dienstag, den 12. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhahn.

Vom Reichskanzler ist ein Danktelegramm auf die Beileidskundgebung des Reichstags eingegangen.

zweite Beratung des Militäretats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“.

Abg. Büchner (Soz.):

In den Militärwerkstätten sind ja verschiedene Verbesserungen eingetreten. In Kleinigkeiten ist die Militärverwaltung groß gegenüber ihren Angestellten. Aber das ganze System der Behandlung der Arbeiter und Angestellten verdient die schärfste Kritik.

Was auf Polizeistrafen erstreckt sich die Personaluntersuchung, so daß es kein Wunder ist, daß der weitaus größte Teil der eingestellten Arbeiter während der Probezeit wieder entlassen wird.

von der Polizei denunziert

worden war, weil er 1905 für kurze Zeit dem Wahlverein angehört hatte. Das Gericht wies die Klage zurück, weil der Vorliegende nicht rechtswidrig gehandelt hätte.

Aus dem Unterstützungsfonds für unverschuldete Notfälle erhalten die schlechter bezahlten Arbeiter nur geringe Unterstützung.

Im Feuerwerklaboratorium haben sich seit dem letzten Wechsel in der Leitung die Zustände arg verschlechtert.

Alles das, was ich erzähle, gilt nicht nur für Spandau, es gilt für Siegburg, Danzig, kurz für alle Militärwerkstätten.

System der Strafgebel

korriert überall. Ich nehme zugunsten der Militärverwaltung an, daß sie von dieser Artorb- und Lohnrückläufigkeit, von diesen Schikanen und diesen Willkürakten nichts weiß.

Anger Mißbrauch wird namentlich auch mit den Verletzungen getrieben. Neulich erst wieder ist ein 37jähriger leidender Mann in Danzig aus einer Abteilung in eine andere versetzt worden.

Die Arbeitsordnung für die Militärwerkstätten bedarf dringend der Revision. Namentlich muß jener Paragraph hinausgebracht werden, der den Arbeitern die politische und gewerkschaftliche Organisation unmöglich macht.

Der Reichstag hat mehrfach eine Reihe von Resolutionen zugunsten der Militärarbeiter ausgesprochen. Der Bundesrat hat in gewöhnlicher Weise diese Resolutionen in seinen geräumigen Papierkorb versenkt.

Viel Wesen wird von den Pensionsklassen gemacht. Wenn man aber näher aufsieht und genauer rechnet, dann verschwindet der Schimmer des Wohlwollens.

Somit ist diese Lohnordnung

das genaue Gegenteil einer Reform

und die Enttäuschung oder vielmehr die Enttäuschung ist sehr begreiflich, mit der die Arbeiter die neue Lohnordnung aufgenommen haben.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Daß in Riesenbetrieben immer mal Unannehmlichkeiten vorkommen, versteht sich von selbst. Wir sind auch gern zu Untersuchungen bereit.

Abg. Trimborn (Z.):

Es ist anzuerkennen, daß die Militärverwaltung, die nächst dem preussischen Eisenbahnministerium wohl der größte Arbeitgeber in Deutschland ist.

Nachricht auf die Privatindustrie

nicht aus den Augen zu legen ist. Man sollte bei Festsetzung der Löhne den Arbeiterauschüssen größeren Einfluß einräumen.

Abg. Weinhausen (Sp.):

Die technischen Institute der Militärverwaltung müssen ausgebaut und in ihre Leitung muß mehr kaufmännischer Geist eingebracht werden.

Abg. v. Graefe (L):

nimmt im wesentlichen den von den beiden Vorrednern vorgebrachten Wünschen zu, speziell die Wünsche des Handwerkerbundes sollten Berücksichtigung finden.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Auf der Versammlung der Gesellschaft für soziale Reformen wurden die gelben Gewerkschaften als Nachmittels in der Hand der Internen bezeichnet.

Die Unternehmer verlangen in verschiedenen Eingaben von der Militärverwaltung, sie solle in ihren Betrieben die Löhne niedrig halten, um den Privatbetrieben nicht Konkurrenz zu machen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

bedauert, daß ihm durch Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen ist, auf einige Angelegenheiten aus den Pulver- und Geschloßfabriken in Spandau einzugehen.

Abg. Büchner (Soz.):

bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf die unrichtige Darstellung des General v. Hohenborn einzugehen.

Beim Titel Instandhaltung der Geschütze, aufmerksam

Abg. Haberland (Soz.):

Die Heeresverwaltung läßt bei der Rheinisch-Westfälischen Metallwarenfabrik arbeiten, den Ehrhardtischen Werken, welche die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen.

vorgegangen. Schäden sind von der Fabrikleitung die Forderungen zurückgewiesen worden, dagegen werden die Gelben dort gefördert, die einen außerordentlichen Terrorismus entfalten.

Abg. Rante (Soz.):

Daß die Heeresverwaltung in Däben der Rorkmaderimmung ein Angebot von 255 M. für die Anfertigung von Geschloßfäden gemacht hat.

Die Resolution v. Blah (Sp.) auf Regelung der Dienststunden etc. wird angenommen.

Es folgt das Kapitel Festungen, Ingenieur- u. Verlehrswesen.

Abg. Duffner (Z):

regt an, bei Pionierübungen Motorboote als Rettungsboote zu benutzen, um Unglücksfällen vorzubeugen.

Abg. Rudloff (Z):

wünscht den Ausbau der Uferbahn Köln-Dorn.

Generalmajor Wild v. Hohenborn

sagt entgegenkommende Prüfung der Angelegenheit zu.

Bei den einmaligen Ausgaben führt

Abg. Hüttmann (Soz.):

Klage, daß vielfach die Tarifverträge bei den Militärneubauten verletzt werden. Die Militärverwaltung dürfe die Lage der Bauarbeiter bei den Militärbauten nicht übersehen.

Zu der Forderung des Bekannten Neubaus für das Militärfabrikat in der Victoriastraße erklärt

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Ich habe bei den früheren Beratungen dieses Kostens die zwingenden Gründe dargelegt, die es mir zur Pflicht machen, diese Vorlage vor das hohe Haus zu bringen.

Eine Debatte findet nicht statt. Die Abstimmung findet namentlich statt.

Für den Neubau des Generalkommandos in Frankfurt a. M. werden als 1. Rate 15 000 M. gefordert.

Abg. Dr. Quast (Soz.):

Diese Forderung ist typisch für die Art, wie der Militarismus wirtschaftet und Kosten abwägt. Obwohl irgend ein Bedürfnis nachweislich nicht erbracht war, forderte die Militärverwaltung im vorigen Jahre diesen Neubau mit höchst komischen Gründen.

Generalmajor v. Schöler:

Die Wohnung des Kommandierenden Generals in Frankfurt ist ja lang jüt, aber sie reicht nicht für Repräsentation.

Abg. Erzberger (Z):

Die Mehrheit der Frankfurter Stadtverordneten und des Magistrats haben erklärt, mit dem Grundstücksankauf ein ausgezeichnetes Geschäft zu machen.

Abg. Dr. Quast (Soz.):

Also bloß wegen einiger Feste, bloß zur Repräsentation soll das neue Haus gebaut werden! Wegen dieser Begründung hat der Reichstag im Vorjahre die Forderung abgelehnt.

Bei den einmaligen Ausgaben zur Beschaffung optischer Instrumente erklärt

Abg. Erzberger (Z., als Berichterstatter):

Die Staatsanwaltschaft hat auf die Anzeige des Dr. Dieblich gegen die Firma Goerg wegen Betrugs und Verletzung erwidert, daß sie auf Grund zugelegter Vernehmungen keinen Anlaß zur Erhebung einer Klage gefunden hat.

Diese Bemerkung hätten Sie nicht als Berichterstatter machen dürfen, sondern als Abgeordneter.

Der Rest des Militäretats wird debattelos erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Etats der Schutzgebiete.

Abg. Wels (Soz.):

Bei den Beratungen in der Kommission war diesmal der Gouverneur Chermeyer zugegen, aber er sowohl wie der Staatssekretär Dr. Toff haben in allen Sprachen geschwiegen.

Die ganze Verantwortung für die Entwicklung der Dinge in Kamerun fällt auf die Regierung. Daß die eingeborene Bevölkerung dort unter der Herrschaft des deutschen Reiches in erschreckender Weise zurückgegangen ist, hat im vorigen Jahr auch der Abgeordnete Erzbürger beklagt. Um so mehr haben wir Anlaß, an den Vorkommnissen mit den Duala die allerhöchste Kritik zu üben. Viele Kameruner des Landes schildern die Gefahren eines zukünftigen Aufstandes, Gefahren, die lediglich durch die unzulängliche deutsche Verwaltung entstanden sind. Dem Reichstage werden über diese Dinge nur ganz unzureichende Mitteilungen gemacht. Es ist in der Denkschrift immer nur ganz kurz von Strafexpeditionen, von niedergelagerten Aufständen die Rede; über die Verluste der Eingeborenen wird uns etwas Näheres niemals mitgeteilt. Aber gerade wegen der Aufstandsgefahr muß der Reichstag ausführliche Mitteilungen verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wovor ich auf die Duala-Angelegenheit eingehe, ein Gegenstand: Es steht fest, daß die westafrikanische Handelsgesellschaft weite Landgebiete für ein paar Flaschen Schnaps, für etwas Pulver oder dergleichen gekauft hat. Dem auf ihrem Gebiet die Eingeborenen Kulturen von Baranen, Kalso und dergleichen anlegen, so laufen sie Gefahr, daß ihnen der Grund und Boden einfach weggenommen wird. Wie die Gesellschaft das Bestreben, die Neger zu kleinen Farmern zu erziehen, unterstützt, geht aus der Tatsache hervor, daß bei einer ausgezeichneten Kakaopflanzung der eingeborene Besitzer

einfach vertrieben

und ihm für jeden Kakaobaum als Entgelt für seine Arbeit der lächerlich geringe Preis von 150 M. gegeben wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei solcher Behandlung verlieren die Leute natürlich jeden Mut, irgendwelche Arbeitskraft auf den Kakaobaum zu verwenden. Die Enteignung ist nur dadurch zu verstehen, daß die westafrikanische Handelsgesellschaft ihre Monopolisierungsbestrebungen um jeden Preis durchsetzen will. Diese Geschichte ist geradezu ein Skandal. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei Geldstrafe bis zu 500 M. ist den Eingeborenen verboten worden, Palmkerne und Palmöl an andere Faktoreien als die der westafrikanischen Handelsgesellschaft zu verkaufen. Die Beschränkung der Eingeborenen gegen diese Angelegenheit der ungesicherten Grenzen des Gesellschaftsunterworfenen Gebietes doppelt gefährliche Anordnung ist von der Regierung unbeachtet geblieben. Wir fordern mit aller Energie, daß die Regierung endlich die Rechtsgültigkeit der Kauf- und Schenkungsverträge über diese riesigen Landflächen einer genauen Nachprüfung unterzieht. Die Regierung hat versprochen, in Kamerun die Freiheit des Handels gegenüber den Monopolgesellschaften herzustellen. Aber in dem Gebiet, das wir seit dreißig Jahren besitzen, sind wir noch nicht so weit gekommen. Besonders die Eingeborenen zweier Völker haben an die Regierung eine dringliche Beschwerde gerichtet, daß man sie zwingen will, ihr Land und ihre festen Wohnstätten zu räumen; man wolle sie nicht einmal abertreiben lassen. Wir fordern für diese Eingeborenen schleunigste Regierungshilfe.

Nun zu der eigentlichen

Duala-Prage.

Am Jahre 1906 haben sich die Duala zum ersten Male mit einer Beschwerde wegen der Uebergriffe der Kolonialbürokratie an den Reichstag gewandt. Damals waren eine ganze Reihe von Eingeborenen zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und Rudolf Bell zu neun Jahren Kettenhaft verurteilt worden, weil sie gewagt hätten, sich über Herrn Jesco v. Puttkamer zu beschweren. Der Reichstag hat damals energisch eingegriffen und in einmütiger Empörung die Regierung gezwungen, diesen Gewalttätigen wieder gutzumachen. Herr v. Puttkamer hat Kamerun nicht wiedergesehen. Die Strafen wurden glatt aufgehoben. Jetzt glaubt die Bürokratie ihre Zeit gekommen und will Rache nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wegen den Plan der Sanierung von Duala haben wir an sich nichts einzubringen, aber die rigorose Trennung von Weißen und Schwarzen ist dazu ein unmöglicher und unnötiger Weg. Die Eingeborenen sind diese Jahre über die Absichten der Regierung

vollkommen im Unklaren gelassen

worden. Dieses heimliche Verfahren hat ihr und unser Vertrauen sehr erhöht. Wir haben die Fortsetzung des Briefwechsels zwischen Reichskolonialamt und Gouvernement Kamerun verlangt, die Regierung hat ihn nicht herausgegeben. Aus diesem Briefwechsel könnte ich Ihnen den Beweis führen, daß die Regierung von Anfang an nicht schonend und rechtmäßig, sondern mit nackter Gewalt hat vorgehen wollen. Dem Schwärzmann, der in diesen Briefwechsel Einsicht genommen hat, hat mir mitgeteilt, daß darin ein Telegramm des früheren Gouverneurs Ebermaier an den früheren Kolonialstaatssekretär Lindquist enthalten ist, in dem Ebermaier um telegraphische Genehmigung der Enteignung bittet, da die Duala gerade in diesem Augenblick unter starkem Druck ständen und ohne Schwierigkeit ihr Land räumen würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter hatte ich daraus nachgewiesen, daß das Reichskolonialamt für die angebliche Sanierung Dualas mehr Geld bewilligt hat als das Kameruner Gouvernement forderte. Daraus entspringt die Vermutung, daß das Reichskolonialamt von den Forderungen des Gouverneurs Dr. Klein überhaupt nichts erfahren hat, sondern übergegangen worden ist. Die Forderungen des Gouverneurs sind auch dem Reichstage nicht mitgeteilt worden. Vielmehr sagt die Regierung ausdrücklich: Die für die Öffentlichkeit angelegten Stellen sind in die Druckschrift nicht aufgenommen worden. Wir möchten gerne wissen, was das Reichskolonialamt da geänbert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Solf hat versprochen, in der Kolonialverwaltung nichts zu veröffentlichen. Hier hat er Gelegenheit zu seinem Programm zu fassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Einige Gouverneure von Kamerun, insbesondere Dr. Ebermaier, scheinen gegen die Enteignung in dem jetzt geforderten Umfange gewogen zu sein. Aber gegen das Bezirksamt Duala sind sie nicht durchgedrungen. Den Eingeborenen hat man schon

seit drei bis vier Jahren verboten, ihre Häuser zu reparieren.

Was ein großer Sturm eingeblasen hatte, mußte liegen bleiben. Wer ausdauern wollte, wurde mit Geld, Gefängnis und Prügel bestraft. Man hat mir gesagt, daß Hunderte derartiger Strafen verhängt worden sind. Die Regierung hat die Verurteilung der Straflisten verweigert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gesundheit der Schwarzen, auch der Kinder, der heranwachsenden Generation, in den Hütten, die nicht ausgebessert werden durften, hat die sanitäre Regierung von Kamerun nicht gekümmert. Ueber 700 Einwohner von Duala sollen nach den Kolonien anderer Staaten entwichen sein. Die Eingeborenen fühlen sich unter der deutschen Kolonialherrschaft vollkommen rechtlos. In den benachbarten englischen Kolonien werden die Eingeborenen Rechtsanwälte, Ingenieure, Offiziere. Sei uns werden sie bevorzugt. Sie denken nicht an einen Widerstand mit Waffengewalt, aber was Wunder, daß sie den Männern fliehen, die das Land den Deutschen übergeben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Rudolf Bell ein Heber und Aufwiegler ist und die Rede doch nur unzulässige Ausgaben verursachen würde. Von demselben Bell heißt es in der Denkschrift, er sei der Regierungskommission in der Enteignungsfrage in Duala als Sachverständiger unentbehrlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung schüßt für die Enteignung nur gesundheitliche Gründe vor. Das Gutachten der Ärzte hat aber die Enteignung in diesem Umfange zum Gesundheitschaden für unnötig erklärt,

um so bitterer sind die Eingeborenen enttäuscht, daß sie nur doch vorgenommen werden soll. Dabei ist die Trennung von Weißen und Schwarzen gar nicht durchführbar. Der Weiße kann die Eingeborenen als Diener und Kaufleute nicht entbehren. Will man die schwarze Feuerwehr eine Stunde von der Europäerstadt entfernt wohnen lassen? (Weiterleit.) Für die neue Eingeborenenstadt sind schon zwölf weiße Kaufleute konfessioniert. Was soll es also heißen, daß die schwarzen Kaufleute von den weißen getrennt gehalten werden müssen. Als Konfliktgefährlich kommt nur, wie es scheint, ein schwarzer Besitzer in Betracht; wenn aber ein Weißer mit zwanzig bis dreißig schwarzen eingeborenen Dienern in dem Hause wohnt, aus dem der schwarze Besitzer vertrieben wurde, dann ist die Gefahr einer Krankheitsübertragung nicht vorhanden. Aus hygienischen und familiären Maßnahmen ist die Enteignung sicher nicht notwendig gewesen. Gegen den Häuptling Duala Kanga erhebt die Regierung den schwereren Vorwurf der Heberei. Auf moralische Qualitäten scheint sie wenig Wert zu legen. Wenn etwas für den Duala Kanga und die anderen führenden Duala-Männer einnehmen kann, so ist es ihr Widerstand gegen die Enteignung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Oberhäuptling hat doch keineswegs darauf verzichtet, die Interessen seines Landes zu vertreten. Er handelt aber nur so, wie wir es von jedem guten Patrioten verlangen. Statt sich über seine Handlungsweise zu freuen, wendet sich die Regierung gegen ihn an andere Häuptlinge, die sie früher ausgetrieben hat, und verspricht ihnen, sie wieder in ihre Rechte einzuleiten, wenn sie ihre Stammesangehörigen mit der Enteignung ausüben wollen. Aber auch diese haben das abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, wie durchdrungen sie von der Notwendigkeit des Widerstandes sind, und daß sie sich als Vertreter ihres Volkes fühlen. In der Denkschrift entwirft sich die Regierung über den Kama Bell, der auf die Frage, wozu er nach seiner Rückkehr in seiner Heimat leben wolle, geantwortet habe: „Von Kapas Grundstücken“. Diese Entkräftung macht sich sehr schön, wenn man an die Auswucherung des Bodens in Deutschland,

an die Begünstigung der Grundbesitzer durch die Regierung denkt, die auf Kosten der Arbeit anderer Leute leben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Rechtsanwalt Halpert, den Sachwalter der Duala, sucht die Denkschrift als minderwertig hinzustellen, als ob er eine Heze gegen die Regierung betriebe, weil er 8000 M. verdient. Wer den Mann kennt, wird nur sagen, das paßt zu der ganzen Art und Weise der Regierung bei dieser ganzen Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sowohl zu ihrem Verhalten gegen den Reichstag, dem die Wahrheit nicht gesagt wird, sowie zu dem Verhalten gegen die Eingeborenen, denen die Häuser und Wohnungen niedergegriffen und die in den Busch getrieben werden.

Die Verhaftung des Negers Dhin, der im Auftrage der Duala nach Deutschland kam, um den Rechtsanwalt Halpert zu informieren, wird in ihrer juristischen Bedeutung noch von einem anderen Neger meiner Partei gewürdigt werden. Geradezu lächerlich ist es, ihm einen Verstoß gegen das Auswanderungsverbot, ein Verlassen der Heimat vorzuerwerfen, wo der Mann doch nach Berlin gekommen ist, um seine Heimat zu erhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Telegramm, das die Aufstandsgefahr und die Verhaftung von Rudolf Bell meldet, ist von der Regierung außer Acht gelassen. Die Aufstandsgefahr leugne ich nicht, aber sie kommt aus dem Hinterland. Gerade jetzt, wo die Duala gespannt auf die Verhandlungen des Reichstages warten, sollte der Mann eine solche Freiheit begehen, sich in eine Verschwörung einzulassen! Dies Telegramm war

ein Meisterstück der Regierung,

wie es Prof. Reinhardt auch nicht besser machen könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein schlechter Schriftsteller nicht mehr weiter kann, erfindet er irgendein Motiv als Felsbrücke. Aber nur schlechte Schriftsteller brauchen eine solche Felsbrücke; und eine gute Polizei kann man auch damit nicht machen. Rechtsanwalt Halpert hat, als Erwiderung der Denkschrift, dem Reichstag eine neue Petition eingereicht, und soeben wird mir mitgeteilt, daß diese nicht in die Hände der Abgeordneten gelangen wird. (Lebhafter Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weil einige anständige Stellen gegen den Staatssekretär darin stehen. Das würde zu den Unzulänglichkeiten des Verfahrens eine neue fügen. Hier ist die Regierung so feinfühlig, die selbst dem R.-A. Halpert bewahrt Unwahrheit vorwirft. Die Angelegenheit mit dem für den Reichstag bestimmten, in Kamerun zurückgehaltenen Telegramm ist keineswegs so harmlos, wie die Denkschrift es hinstellt. Es erscheint gar nicht ausgeschlossen, daß man auch Nachrichten an einzelne Abgeordnete beschlagnahmen wird. Wir müssen uns jede derartige Kontrolle über den Reichstag verbitten. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Aussprache über diese ganze Angelegenheit muß eine gründliche sein, im Interesse des Ansehens des Reichstages und im Interesse der Enttarnung unserer Kolonien. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Im Interesse des Ansehens des deutschen Namens muß das Vergehen dieser ganzen Aktion beseitigt werden. Die Regierung wird dem deutschen Namen Ehre antun und dem Reichsinteresse dienen, wenn sie der Selbstherrlichkeit der Beamtenbürokratie in den Kolonien ein Ende macht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Solf:

Der Abg. Wels hat behauptet, das Telegramm über den Aufstand der Duala sei bestellte Arbeit gewesen und zwischen dem Gouverneur von Kamerun und mir abgekartet. Wegen dieser Behauptung lege ich Verantwortung ein. Ich wurde durch das Telegramm vollkommen überrast und habe als erster betont, man solle es nicht allzu ernst auffassen. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche

erklärt, daß er die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Halpert wegen einiger beleidigender Stellen nicht habe verteilen lassen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Halpert war von der Regierung schwer angegriffen und besand sich in Verteidigungsstellung. Gerade Baasche mußte aus der Budgetkommission wissen, wie wichtig diese Schrift für uns war.

Vizepräsident Dr. Baasche:

Es ist ständige Praxis, beleidigende Schriften nicht zu verteilen. Herr Halpert konnte sich ja der Post bedienen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ein solcher Hinweis ist in diesem Falle reiner Hohn. Dann hätten wir die Denkschrift nach der Abstimmung erhalten. Die Schrift ist übrigens durchaus sachlich; die scharfen persönlichen Angriffe des Staatssekretärs werden durchaus milde zurückgewiesen. Der Vizepräsident sollte noch heute seine Anordnung ändern, um ein sachliches Urteil gegenüber dem Mann und dem ganzen Reichstag zu verhindern.

Abg. Dr. Dertel (L.):

In einem früheren Falle hat sich die Sozialdemokratie gerade darüber beschwert, daß eine Denkschrift mit Beleidigungen gegen sie im Reichstag verbreitet worden ist. Halpert hatte wirklich genug Zeit.

Abg. Ledebour (Soz.):

Damals waren wir angegriffen, nicht der Verfasser der Denkschrift.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Regierung hatte sechs Wochen, Halpert sechs Tage Zeit zu seiner Denkschrift. Das Kameruner Beispiel der Zurückhaltung von Telegrammen sollte das Reichstagspräsidium nicht mitmachen.

Die Abg. Schulz-Bromberg (Rp.), Dr. Spahn (Z.), Reimath (nat.) und Neumann-Speter (Sp.) erklären, daß sie die Denkschrift Halperts

nicht kennen, aber prinzipiell daran festhalten wollen, bei beleidigende Druckschriften nicht zu verteilen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Das Entscheidende ist, daß diese Denkschrift unsere Abstimmung über eine wichtige Frage durch aufklärendes Material beeinflussen konnte. Solches Material dürfte uns nicht vorenthalten werden.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr (vorher namentliche Abstimmung über den Bau des Militärkabinetts in der Viktorienstraße). — Schluß: 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung. Dienstag, den 12. Mai 1914, vormittags 11 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Troitz zu Soltz.

Der Kultusetat.

Die Jugendpflege.

Kultusminister Dr. v. Troitz zu Soltz

geht auf die gestrige Debatte ein, bedauert und tadelt die antisemitischen Ausschreitungen im Wandervogel, der übrigens keinen Staatszuschuß erhält. Für den Ueberchwang der Jugend habe ich Verständnis, aber nicht energisch genug kann ich es zurückweisen, wenn gereifte Männer die Jugend zum Kampf gegen menschliche und göttliche Autorität aufkufen. Gegen die unbegreiflichen Mißgriffe auf einem Elternabend in der Nähe von Berlin ist Remedur eingetreten. Die alljährlichen Brandreden der Sozialdemokraten machen auf mich keinen Eindruck. Mit der allgemeinen Zunahme unserer Bevölkerung muß auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter zunehmen.

Ich kann nicht darin finden, daß junge Leute von 14 bis 18 Jahren ihrem Verdienst nachgehen.

Sie würden sich das gewiß nicht verbieten lassen, der Gesetzgeber sorgt dafür, daß die Beschäftigung sich dem Alter und den Kräften der jungen Leute anpaßt. Auf dem Räteberger Parteitag erklärte Singer als Ziel, in die Köpfe und Herzen der Jugend revolutionären und sozialistischen Geist zu pflanzen. Das Gleiche wurde auf der Kopenhagener Jugendkonferenz erklärt. Der Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Jugendbewegung ist nicht schamlose Ausbeutung, sondern die Abkürzung, die Jugend politisch zu organisieren. Herr Haenisch sagt, die bürgerliche Jugendpflege sei infolge der Angst vor der sozialdemokratischen Entfaltung; im vorigen Jahre erklärte Herr Liebschütz, die sozialdemokratische Jugendbewegung sei die Abwehr der bürgerlichen. Wer hat von den beiden Herren recht? Vielleicht machen Sie sich in der nächsten Reaktionszeit darüber schlüssig. (Weiterleit.) Die bürgerliche Jugendpflege ist viel älter als die Sozialdemokratie, viel früher schon haben sich Kirche, Schule, Gemeinden und Private der Not der Jugend angenommen, auch die deutsche Turnerschaft. Wir wollen der Jugend fröhliche und sinnige Vergnügungen schaffen, die Sozialdemokratie verfolgt dieses einwandfreie Bestreben mit Haß und Wut. Ganz gleich, ob es ein Gefang- oder Turnverein ist, sobald er sich nicht der Sozialdemokratie anschließt, wird er verfolgt und drangsalariert, bis er weicht wird. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten. — Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Nicht wir pflanzen Haß in die Jugend, sondern die Sozialdemokratie appelliert an Reiz und Begierlichkeit und stellt alle andere als Ausbeuter hin. Eine widerwärtigere Gesandtschaft — außerhalb des Hauses! — ist mir nirgends vorgekommen. Die Jugendpflege hat mit der Polizei, die die Gesetze durchführt, garnichts zu tun.

In Preußen wird das Recht nach gewahrt,

(Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) gehen Sie mit Ihren Beschwerden an die Gerichte und Sie werden dort Recht finden, wie jeder Preuze dort sein Recht findet. (Zurück der Sozialdemokraten: Klaffengerichte.) Das ist schon oft wiederholt worden. Es leugnet niemand, daß die sozialdemokratische Jugendpflege oft gute Zwecke verfolgt, gegen den Alkoholismus vorgeht und oft guten Verstand verbreitet, aber diese kulturelle Hebung der Jugend ist nur der Deckmantel für Ihre politischen Zwecke. Da müßte kein Vergnügen und kein Feuerwerk. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Zum Schluß fordert der Minister zur Eingekleidet aller bürgerlichen Parteien auf diesem Gebiete auf, man soll sich durch konfessionelle Nebenheiten usw. nicht stören lassen. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. v. Dittfurth (L.)

zitiert mit Bezug auf die Dauer der gestrigen Rede Haenisch' einen Spruch, worin vom Zeitschleier die Rede ist, wiederholt dann die Beschuldigung des Antimilitarismus und wendet sich gegen Sportübertreibungen.

Abg. Giesberts (Z.)

erklärt die gestern vom Abg. Haenisch erwähnten Ausschreitungen katholischer Jugendbänder mit der westfälischen Verbände. Das Jugendbündel soll die Ursache der sozialdemokratischen Jugendbewegung sein. Aber die Sozialdemokraten haben doch gegen die Sozialversicherung gestimmt. Er wiederholt dann, daß aus den Behauptungen der Sozialdemokratie über die bürgerliche Jugendbewegung blasse Angst blide. Wir aber haben nur Mitleid mit der zum Klassenhaß verführten Jugend. Den Jugendparagrafen des Reichsbereitsgesetzes haben wir beifällig, aber solange er besteht, muß er befolgt werden. Die katholische Jugendbewegung braucht ihn nicht zu fürchten, denn sie treibt keine Politik. Die Bekämpfung des Militarismus richtet sich doch gegen unsere Armee; da kann sich die Sozialdemokratie nicht wundern, daß der Staat ihr entgegentritt. Gegen die sittlichen Gefahren des Schaffstellers wiesens haben die christlichen Jugendorganisationen schon viel getan. Ich bitte um höhere Staatsunterstützung für die christlichen Jugendheime.

Abg. Dr. Herwig (natl.)

wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie das Volk unzufrieden mache und ihm unerfüllbare Utopien vorkaufe. Er verurteilt und bedauert dann die antisemitischen Treibereien und den konfessionellen Zwiespalt.

Abg. Dr. Traub (Sp.)

spricht für die freideutsche Jugendbewegung und verlangt, daß Antisemitismus und Exzessivität der Jugendpflege fernbleiben sollen.

Abg. Randsdorf (L.)

beklagt den Mangel an Jugendpflegern auf dem Lande.

Abg. Haenisch (Soz.)

Dem Minister erwidere ich nur, daß ich gestern eine große Reihe von unerhörten Befehdschuldigkeiten der Behörden gegenüber der freien Jugendbewegung abgemahnt vorgetragen habe, der Minister ist nicht in der Lage gewesen, auch nur eines dieser Beispiele zu widerlegen. Er hat es garnicht versucht. Sein Rat, uns an die höheren Instanzen und Gerichte zu wenden, ist einfach dadurch erledigt, daß in allen Instanzen billigen und die Versicherungen einer lokalen Handhabung des Jugendparagrafen, die f. J. der Staatssekretär v. Welsmann-Hollweg abgegeben hat, mit Nihil treten. Darum ist die Arbeiterschaft und auch die Arbeiterjugend überzeugt, daß sie kein Recht bekommt. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und daß zweierlei Recht herrscht. Wenn Abg. v. Dittfurth sich über die Länge meiner Rede beklagt hat, so stand ich doch allein der einen reaktionären Masse gegenüber. Um gerecht zu urteilen, müßten Sie die Dauer aller der gegen uns gehaltenen Reden mit meiner Rede vergleichen. (Lärmendes Gelächter bei der Mehrheit.) Aus all Ihren Reden kam Wut und Karger über meine Worte heraus; wenn Sie mich gelobt haben würden, wäre mir das auch sehr

schmerzlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erfüllen Sie doch die Aufforderung des Abg. v. Dittfurth, meine Rede im ganzen Lande zu verbreiten, nichts könnte uns angenehmer sein! Abg. Herwich hat behauptet, daß wir unausführbare Motiven in die Herzen der Arbeiter pflanzen. Davon ist keine Rede, sondern auf Grund klarer wissenschaftlicher Erkenntnis (Stürmischer Gelächter der Mehrheit), auf Grund erstarrter wissenschaftlicher Forschung haben unsere Vorkämpfer erkannt, daß die Entwicklungstendenzen in der bürgerlichen Gesellschaft selbst zum Sozialismus führen, zu einer neuen, freien, gerechten Gestaltung der Dinge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Geldgeber bei der Mehrheit.) Was für eine Keimzelle und enge Auffassung des Abg. Herwich, daß ein paar Kapitane für Unzufriedenheit die größte und gewaltigste Bewegung künstlich erzeugen hätten, der in Deutschland allein 4 bis 5 Millionen erwachsener Männer angehören und die auf der ganzen Welt ungezählte Anhänger hat. Die Sozialdemokratie und die freie Jugendbewegung sind

legitime Kinder der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Wir wollen nicht die Ideale der Jugend entreißen, sondern nur die sogenannten Ideale der Völkerverehrung und des Chauvinismus, dafür aber höhere Ideale, die Verbrüderung aller Nationen, die doch das Ideal der christlichen Parteien sein müßte, in den Herzen verankern. (Lachen bei der Mehrheit.) Hans Delbrück, Rommelen und viele andere haben erklärt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei in Deutschland sei, die noch Ideale hat. (Lachen bei der Mehrheit.) Durch ein feintüchtiges Kunststück, durch das Herausdrücken einiger Sätze, hat Rog. Wiesberts einen Gegenstand, der gar nicht existiert, zwischen der vorjährigen Rede Dr. Liebschneidts und mir konstruiert. Er ist wieder mit den alten Mägen gekommen, daß die Sozialdemokratie gegen gewisse Sozialgesetze gestimmt hat. Wissen Sie denn noch immer nicht, daß dies falsch, weil uns diese Gesetze nicht genügen — genau so, wie zahlreiche bürgerliche Abgeordnete dagegen stimmten, weil sie ihnen zu weit gingen. Noch vor ein paar Jahren hat der nun verbundene freirechtliche Abg. Gurschick erklärt, man dürfe der Sozialdemokratie nicht den Vorwurf machen, sie hätte gegen diese Gesetze gestimmt, weil sie keinen Arbeiterhass wolle. Haben nicht die Minister Bodewils, v. Bodmann und selbst Graf v. Sosa-dowski die außerordentlich wertvolle sozialpolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie anerkannt, hat nicht Ihr Nationalheld Bismarck im Reichstag erklärt: Wenn nicht die Sozialdemokraten da wären und sich viele Leute vor ihnen fürchteten, hätten wir auch noch nicht den schwachen Anfang sozialpolitischer Gesetze, den wir in der Tat haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Das Lachen der Mehrheit ist verstummt.) Schon in den 40er und 50er Jahren hat die Sozialdemokratie im Reichstag

Arbeiterchyanträge aller Art

gestellt, die sie niedergestimmt oder gar nicht zur Verhandlung zugelassen haben. Mein Eintreten für eine Reihe von Reformen auf den höheren Schulen, an denen die Proletariatsjugend leider zurzeit noch kein Interesse hat, beweist, wie falsch der Vorwurf des Abg. Wiesberts ist, als ob ich einen Gegenstand zwischen proletarischer und bürgerlicher Jugend erzeugen wollte. Wenn Sie uns, weil wir vorhandene Gegenstände — wie den zwischen proletarischer und bürgerlicher Jugendbewegung — konstruieren, der Schürung dieser Gegenstände beschuldigen, so ist das so, als ob Sie das Barometer zerstückeln wollten, das Ihnen das Wetter anzeigt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Personen sind uns überhaupt gleichgültig, aber unerträglich sind wir im Kampf gegen Ihr kapitalistisches und militaristisches System. In diesem Kampf werden wir allerdings keinen Pardon geben und wir sind überzeugt, daß wir ihn zu siegreichem und segensreichem Ende führen werden. Lebhaftest Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesberts (3.):

Herr Haenisch hat wohl eingesehen, daß es eine riesige Dummheit war, als er gestern durch die Worte, daß Tausende Jugendlicher schon arbeiten müssen, während die Bürgerkinder noch in der Prima sitzen, einen Gegenstand in die Jugend tragen wollte. Seine heutige Rede war ein Rückzug.

Die Besprechung schließt.

Abg. Haenisch (Soz. — persönlich):

Nichts hat mir ferner gelegen als ein Rückzug und insbesondere habe ich noch nie in meinem Leben einen auch nur entfernt so elenden Rückzug angetreten, wie der Abg. Wiesberts in bezug auf die einst von ihm gesprochenen Worte, daß man sich schämen müsse, ein Preuze zu sein! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Kunst und Wissenschaft.

Abg. Dr. Jerner (1.):

Breuchen hat Berlin zur Kunststadt gemacht. Schlimm ist die Kunstfäule, niederrückig oder die Schandung des Kaiser-Friedrich-Denkmal. Im übrigen beipflichtet der Redner Museenfragen.

Abg. Dr. Kaufmann (3.):

fordert Kunstpflege auch für die Provinz und daß sich die Kunst nicht gegen Sittlichkeit und Religion verhalte.

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

fordert, daß der Staat die Verbreitung billiger Kopien von Meisterbildern unterstütze.

Abg. Ranzow (Sp.):

wendet sich gegen die „stille“ Kunstverfolgung. Klagt über zu großen Andrang der Ausländer an die Hochschule für Kunst, wünscht die Errichtung eines Kunstausstellungspalastes in Berlin an Stelle des jetzigen „Gewächshauses“. Bei der Prämierung der Bilder muß die Meinung der Kommission mehr berücksichtigt werden. Entscheidet der Kaiser wirklich oft auf Grund von Photographien? Die neuen Münzen und Medaillen sind sehr häßlich.

Minister v. Trott zu Solz

lehnt es ab, sich darüber zu äußern, auf welchen Hinterlogen die kaiserliche Entscheidung erfolgt. Die Medaille wird aus Pietät in ihrer altüberbrachten Form weiter verliehen.

Abg. Dr. Rahnke (Sp.):

wünscht u. a. bessere Bezeichnung der Kunsterke in den Museen, damit die armen Besucher nicht geirrt sind, einen Katalog zu kaufen und Abschaffung der Garderobe- und Theaterzettelsgebühren für die billigen Plätze in den Hoftheatern sowie ein Einsprechen gegen die Mißstände im Kunstunterrichtswesen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

(zur Geschäftsordnung): Übermals haben Sie uns das Wort ab-geschritten. (Lachen rechts.) Ihnen mag das lächerlich vorkommen, wir nehmen unsere Aufgabe ernster als Sie! (Unruhe rechts.) Man hat uns angegriffen, man sagt der Sozialdemokratie nach, sie sei gegen die Kunst, und dann läßt man uns nicht zu Wort, um nur den Etat durchzubohren, damit Sie nach Pfingsten bei der Redubrodjagd nicht geirrt sind. (Puls-Rufe rechts.) Sie konnten doch nach Pfingsten auch hier manchen Bod-schießen. (Seitwärts.) Wie wir sehr bedauert werden, ist bezeichnend dafür, daß die Mehrheit sich unter die Ähst der Regierung duckt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer kurzen Debatte über Raumfragen der Berliner Tüdergalerien berlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Bürgerliche Jugendkongresse.

Der Jungdeutschland-Bund hält vom 21. bis 24. Mai in Stuttgart seine Generalversammlung ab. Obwohl in der offiziellen Einladung die Tagung als „erste öffentliche“ bezeichnet wird, dürfen an dem ersten Verhandlungstage, an dem die Bundesangelegenheiten besprochen werden, nur Mitglieder teilnehmen. Offentlich sind nur die Versammlungen, in denen allgemeine Verträge gehalten werden. Den Reigen wird natürlich General-sekretär v. d. Holtz eröffnen, der „Das Wesen und Wirken des Jungdeutschland-Bundes“ schildern will. Bemerkenswert ist, daß über diesen Vortrag eine Diskussion nicht stattfindet. Professor Dr. med. Raud-Winchen wird über „Fördernde und hemmende Einflüsse auf die körperliche Entwicklung Jugendlicher“ sprechen. Der Generalsekretär für die Olympischen Spiele 1916, Karl Diem-Perlin, wird einen Vortrag mit Lichtbildern über „Die olympischen Spiele der Neuzeit und Deutschlands Aufgabe für 1916“ halten. Diem ist ein begeisterter Anhänger des amerikanischen Sports. In einer fünfmonatigen Studienreise durch Amerika will er sich mit den Einrichtungen und der Pflege des dortigen Sports vertraut gemacht haben. Genauer Kenner Amerikas werden indessen nachgewiesen, daß Diems Bericht auf einseitigen Studien beruht; insbesondere seien ihm die bösen Nachteile, die der Sport in Amerika gezeitigt habe, nicht zum Bewußtsein gekommen, obwohl sie in Amerika selbst immer deutlicher erkannt werden und ihre Abhilfe von einsichtigen Pädagogen immer energischer gefordert wird.

Der Vorsitzende des Bundesausschusses für Württemberg, Professor Lachenmayer, wird über „Das Zusammenwirken der deutschen Turnerschaft mit dem Jungdeutschland-Bund“ reden. Lehrer Schirrmann-Altena i. W. spricht über „Jugendwandern und die Vorteile der Jugendbergs für die jugendlichen Wanderer“ (die aber natürlich nur die Mitglieder des Jungdeutschland-Bundes genießen); der Schönbirger Oberbürgermeister Dominici will die Frage behandeln: „Wie können die Kommunalverwaltungen der nationalen Jugendpflege die Schaffung von Jugendheimen, Wanderbergs und Spielplätzen ermöglichen?“. Die Entwicklung des Jungdeutschland-Bundes in Württemberg“ wird Major v. Hoff-Stuttgart vorlegen. Im Anschluß an die Vorträge finden Kriegsspiele und andere militärische Übungen der Jugendlichen statt, ferner ist mit der Tagung eine Jungdeutschland-Ausstellung und ein Jungdeutschland-Minifootball verbunden. Als Clou der Tagung bezeichnet das Programm die Begrüßung der Teilnehmer und der Jugend durch Seine Majestät den König Wilhelm II. von Württemberg, den Protektor der Tagung. Auch der 45köpfige Ehrenanspruch der Bundesversammlung ist gebildet von hohen und höchsten Herrschaften. In ihm sitzen neben Vertretern des Militärs, des Finanzkapitals und der Presse der Staatsminister des Innern Dr. v. Fleißhauer, der Staatsminister des Reichens und Schulweizens Dr. v. Haber-maas, der Präsident der württembergischen Ersten Kammer Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein und Jagdsberg, der Staatsminister des Kriegswesens, General v. Marschall, Ministerialdirektor Dr. v. Viktorius und der Präsident des Staatsministeriums, Dr. v. Weizsäcker. Für die Vertreter der Jugend ist in diesem Kreise natürlich kein Platz.

Der Bund Deutscher Jugendvereine hält vom 24. bis 27. Mai in Köln seine fünfte Tagung ab.

Der Bund stellt die liberale Richtung der evangelischen Jugendvereinsbewegung dar. Er ist entstanden aus der Erkenntnis liberaler Pastoren, daß die evangelischen Jugendvereine mit ihrem kirchlichen Programm die Proletariatsjugend nicht gewinnen können. Das religiöse Mittel der Jugendbeeinflussung spielt in dem Bund daher nur eine sehr untergeordnete Rolle. Seine Leiter lehnen es auch entschieden ab, die patriotische Phrase, wie sie im Jungdeutschland-Bund geschuldet wird, zu pflegen. Im Gegensatz zu ihm, der durch Gewöhnung an Keuzerlichkeiten nur Wortpatrioten züchtet, will der Bund Deutscher Jugendvereine die Jugendlichen innerlich erfassen. Insbesondere ist er sehr bemüht, die Arbeiterjugend zu gewinnen, und bekennt sich hierbei allerdings mancher Nachahmungen von Keuzerlichkeiten der proletarischen Jugendbewegung. Er gibt den Jugendlichen scheinbar ein Mitbestimmungsrecht. In Wirklichkeit haben die jugendlichen Mitglieder keinen Einfluß auf die Leitung des Bundes. Seine Leiter zeigen Verständnis für die wirtschaftliche Not der arbeitenden Jugend, für deren Beseitigung krümnen sie aber keinen Finger. Sie rühmen sich politischer Neutralität. Ihre Erziehung ist indessen im Sinne der bürgerlichen Weltanschauung gerichtet, mit dem Ziele, aus den jugendlichen treue Untertanen des Staates (der doch ein Klassenstaat ist) zu machen. Der Bund ist auch der staatlichen Jugendpflege angeschlossen, aber nicht dem Jungdeutschland-Bund.

An Vorträgen sind für die Tagung vorgegeben: Bohner Dehn-Berlin über „Großstadtjugend“, Professor Böhm über „Die Arbeit an der Jugend der höheren Schulen“, Walter Claassen (früher in Hamburg, jetzt in Auerbach i. Vogtl.) über „Turnen, Sport und geistige Jugendpflege“. Für die Jugendleiter finden besondere interne Besprechungen statt.

Die Nationalversammlung der evangelischen Jünglingsbünde Deutschlands wird vom 11. bis 14. September d. J. ihre sechste Nationalkonferenz in Göttingen abhalten. Vorgesehen ist ein Referat des Geh. Kirchenrats Prof. Dr. Schmels-Leipzig über „Die Bibel und die jungen Männer“, außerdem zwei Referate, die sich mit der Vereinsarbeit und den Verhältnissen der Bünde und der angeschlossenen Organisationen beschäftigen. Der Nationalkongress schließt sich eine nationale Sekretärkonferenz an, die vom 15. bis 18. September dauert.

Die Tagungen der bürgerlichen Jugendgruppen unterscheiden sich von denen der proletarischen Jugendbewegung schon rein äußerlich. Während diesen die Jugend das Gepräge verleiht und hier vornehmlich die Jugend selber zu Worte kommt, sind die bürgerlichen Konferenzen Zusammenkünfte von Alten, in denen die Jugend nichts zu sagen hat. Hier sind die jugendlichen lediglich Objekte der Erziehung und militärischer „Ertüchtigungsarbeit“. Infolgedessen fehlt auch das Interesse der Jugend an den Beratungen der bürgerlichen Jugendpflegekongresse.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Bremer Parteiorganisation hat das verfloßene Geschäftsjahr trotz der unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem guten Mitgliederzuwachs abgeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 18 855 auf 15 621. Darunter befinden sich 2787 weibliche Mitglieder. Die Kölnische brachte den Bremer Genossen 2383 Parteimitglieder und 1182 Abonnenten der „Bremer Bürger-Zeitung“. Wenn unser Bremer Parteiblatt trotzdem noch einen Abonnentenverlust zu beklagen hat, so ist das in weitestem Maße auf den unglücklichen Verlauf des Werftarbeiterkampfes sowie auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zurückzuführen. Im übrigen zeigt der Geschäftsbericht, daß die Bremer Parteiorganisation eine Fülle von Organisations- und Bildungsarbeit geleistet

hat. Rager 301 500 Flugblätter wurde eine Großzahl in 50 000 Exemplaren an die bremische Bevölkerung verteilt. Unter den Mitgliedern wurden Kurse abgehalten über Nationalökonomie, Sozialismus und Politik, über das Erfurter Programm und über die bürgerlichen Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zur Revolution von 1848. Besondere Kurse wurden veranstaltet für die Aktgebührligen und die Spielleiterinnen. Von der Arbeiterzentralbibliothek — die einen Bestand von 10 204 Bänden hat — wurden 54 354 Bücher verliehen. Das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 18 078 Büchern. Die Zahl der Leser stieg im Berichtsjahre von 3386 auf 4048. Angehört solcher Zahlen mag die Reichsverbandspresse vom Rückgang der Sozialdemokratie sein; die Partei fühlt sich sehr wohl dabei.

Den unauffälligen Fortschritt der Sozialdemokratie in die bisher unbesetzten Gebiete des Zentrum zeigte die am 10. d. M. abgehaltene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Beckum-Lüdinghausen-Warendorf. Das letzte Jahr brachte bei 847 Neuaufnahmen, die größtenteils bei drei planmäßigen Versammlungen erzielt wurden, einen Mitgliederzuwachs von 300 (1927 gegen 927 im Vorjahr und 623 im Jahre 1912). Auch die Zahl der Abonnenten konnte um fast 300 auf 1495 gesteigert werden. Bei der Agitation erwies sich der Lokalmangel und an einzelnen Orten auch die gelbe Bewegung und der starke Schnapskonsum als sehr hinderlich. Doch konnten 98 Versammlungen abgehalten werden, aus gelangten 54 000 Flugblätter zur Verbreitung. Der Kassendruck ergab eine Einnahme von 3446,94 M. und eine Ausgabe von 3361,21 M. Die durchschnittliche Beitragsleistung fand keine Mehrheit. Die Tagung gab ein erfreuliches Bild tüchtiger Arbeit in einem der schwierigsten Bezirke, der erst seit wenigen Jahren von der Industrie ausgeschlossen worden ist, und in dem das Zentrum noch vor wenigen Jahren den Wählern den millionenschweren Herzog von Arenberg als Reichstagskandidaten präsentieren durfte.

Der Parteiperein Steinfurth gab seinen Jahresbericht heraus, der von innerer Befriedigung und äußerer Erfrischung des Vereins zeugt. Das ist um so erfreulicher, als der Verein im vorigen Herbst in eine schwere finanzielle Krise geraten war, weil bei der Erstattung eines selbständigen Sekretariats nicht sorgfältig genug gerechnet war. Das Vermögen des Vereins war aufgebraucht und dieser nur auf die laufenden Mitgliederbeiträge angewiesen, was um so bedenklicher war, als auch die Mitgliederzahl zeitweilig stagnierte. Der Sekretär kündigte und nunmehr wurden keine Geschäfte wieder dem Vorsitzenden zur nebenamtlichen Erledigung übertragen, während gleichzeitig alle Ausgaben auf ein Minimum reduziert wurden. Dann wurde der Beitragsleistung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet und eine lebhaftere Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder eingeleitet. So konnte die Kasse eines drohenden Defizits umschiffen und in dem nun begonnene Geschäftsjahr mit 1643,46 M. Kassenbestand eingetreiben werden. Im Berichtsjahre betrug die Summe der Einnahmen 14 922,31 M., wovon an Eintrittsgeldern und Mitgliederbeiträgen 10 783,90 M. aufgebracht wurden. An den Parteivorstand wurden 2121,14 M. abgeführt, an den Bezirksvorstand 1590,54 M. Die Landtagswahl erforderte eine Ausgabe von 1572,26 M. und für das Sekretariat wurden an Gehalt und Einrichtungsgegenständen noch rund 2000 M. ausgegeben. Die Gesamtausgabe stellte sich auf 13 276,55 M. Zur Agitation wurden 77 300 Broschüren und Flugblätter verbreitet, öffentliche Versammlungen wurden zehn abgehalten, während zur Erledigung der Vereinsangelegenheiten acht Generalversammlungen und zur Belehrung der Mitglieder 82 Bezirksversammlungen abgehalten wurden. In den letzteren wird durch sorgfältig vorbereitete Vorträge eine planmäßige Bildungsarbeit geleistet. Die Mitgliederzahl ist, wenn man die Angaben des vorjährigen Berichts mit dem diesjährigen vergleicht, anscheinend zurückgegangen. Doch darf man einen solchen Vergleich nicht anstellen, weil der frühere Sekretär im vorjährigen Bericht die Mitgliederzahl um 400 zu hoch angegeben hatte. Es wurden im Berichtsjahr 891 Neuaufnahmen gemacht, denen durch Verzug, Austritte und Tod 697 Verluste entgegenstehen, so daß sich ein Plus von 224 Mitgliedern ergibt.

Der Wahlkreis Würzburg-Heibingfeld hatte am 10. Mai in Würzburg seine Generalversammlung. Die Mitgliederzahl stieg um 409 Mitglieder und betrug am Schluß des Geschäftsjahres 2912, darunter 331 weibliche. Die Einnahmen und Ausgaben schloßen mit 12 932 M. ab. Verbreitet wurden rund 85 000 Flugblätter sowie der Volkskalender und der „Arme Konrad“ in über 2000 Exemplaren. Die Erfolge der Agitation wurden durch das häufige Daniederliegen der wirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinträchtigt. Dazu kommt noch der Druck der Zentrumsgeliebten. Sogar die Wohnungsnot nützte Hausbesitzer aus, um einen Druck auf die Leser der Parteipresse auszuüben.

Der Wahlkreis Apolda-Weimar-Ilmenau hielt am Sonntag seine Generalversammlung in Weimar ab. Trotz der wirtschaftlichen Depression konnte von einer Zunahme der Mitgliedschaft und der Abonnenten berichtet werden. Mit der Annahme eines neuen Statuts für die Wahlkreisorganisation wurde beschlossen, daß die Ortsgruppen 70 Proz. des vereinbarten Mitgliederbeitrags an die Kreisliste abzuführen haben.

Zustände der Partei.

Einer von den Alten, der Redaktionschef Konrad Kellom, ist in Bahreuth gestorben. Er gehörte zu den ersten, die sich in der Wagnerei für Sozialdemokratie bekannnen, und war Mitgründer der Parteiorganisation, die in Bahreuth einen so prächtigen Aufschwung genommen hat.

Aus der belgischen Partei.

Man meldet uns aus Brüssel: Die beiden Sekretäre der Brüsseler Föderation berichten in einem haitischen, reichlich mit Material versehenen Rundschreiben über die Tätigkeit und die Fortschritte der Brüsseler Organisation in den Jahren 1912—1913. 1912 stieg die Mitgliederzahl um rund 5400, 1913 um 4900. Gegenwärtig beträgt die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder für Brüssel und die Vororte 45 000. Der Generalsekretär hat demnach die von den Gegnern erhoffte und erwartete unglückliche Rückwirkung nicht ausgelöst. Die Versammlungstätigkeit in den zwei Berichtsjahren war außerordentlich reger. Von der Generalsekretärpropaganda abgesehen hat die Brüsseler Partei eine Anzahl Meetings und verschiedene Demonstrationen veranstaltet, unter anderem gegen die Militärvorlage, gegen das Schulgesetz, für die Koalitionsfreiheit und schließlich für das Wahlrecht. Gegenwärtig setzt auch in Brüssel die Petitionsbewegung für das Wahlrecht ein, nachdem die Provinzen schon eifrig vorangegangen sind. Klage führt der Bericht über das geringe Anwachsen der Abonnenten für die Parteipresse. So hat sich z. B. die Zahl der gemeinschaftlich organisierten von 1910 auf 1913 verdoppelt — die Zahl der Abonnenten für das Brüsseler Parteiblatt „Le Peuple“ stieg um nicht ganz 1800. Eine Brüsseler „Kolle Woche“ für das Parteiblatt, wie das der Chefredakteur am letzten Kongress anregte, wäre demnach wohl am Platze. — Des weitern hebt der Bericht den immer stärker hervortretenden Zug zur Zentralisation in den Gewerkschaften hervor: 1910 gab es in Brüssel 60 Gruppen mit 8800 Mitgliedern, 1911 44 Gruppen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der besessene Militarismus.

Die Genossin Berta Selinger war vom Schöffengericht Dresden wegen Verleumdung des preussischen und sächsischen Offizierskorps zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdung, wegen der der preussische und der sächsische Kriegsminister Statuantrag gestellt hatten, sollte in zwei öffentlichen Prozessionsversammlungen am 12. und 14. November 1913 in Dresden in denen die Angeklagte über „Arbeitslosigkeit, Lebensmittelteuerung und die Aufgaben der Frauen“ gesprochen hatte, gefallen sein. Nach dem Stenogramm der überwundenen Prozedur sollte Genossin

Sollinger gefagt haben, daß die Söhne der herrschenden Klassen Offiziere würden, weil sie zu dumm und zu faul seien, eheliche Arbeit zu verrichten. Die Angeklagte bestritt, die Verurteilung in diesem allgemeinen Sinne zu haben. Sie wurde aber auf Grund des polizeilichen Stenogramms zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Wegen dieses Urteils legte der Staatsanwalt Berufung ein, die am Dienstag vor der 4. Strafkammer des Dresdener Landgerichts zur Verhandlung kam. Das Gericht trat in keine neue Beweisnahme ein, sondern unterstellte die Feststellungen der Vorinstanz als erwiesen, da es sich nur um die Strafhöhe handelte. Außerdem kam es noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger der Angeklagten, Genossen Dr. Rosenfeld - Berlin und dem Gerichtspräsidenten, als dieser versuchte, aus der Rede der Angeklagten neue Belastungsmomente herauszuholen, die in der Vorinstanz gar nicht behandelt worden waren. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe; das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 500 M.

Das rote Plakat.

In Ebingerde (Hatz) wurde kürzlich das Reigenfahren des dortigen Arbeiter-Madfadereins polizeilich überwacht. Gleichzeitig erhielt ein Mitglied, das die Einladungsplakate angeklebt hatte, einen Strafbefehl über 40 M., weil die Plakate von roter Farbe waren und deshalb das Straßenbild - verunzierten.

Jugendbewegung.

Jungdeutschland auf dem Kriegspfade.

Dieser Tage hat der Jungdeutschlandbund auch in Teier seine Fahne aufgezogen. Laut einem Bericht der „Teierischen Landeszeitung“ (Nr. 230a) waren die Gründer unter anderem ein Bezirkskommandeur z. D., ein Bezirksmajor, ein Bataillonkommandeur, ein Kompagniechef, zwei Regierungsräte, ein Oberleutnant usw. Der Oberleutnant Gene verbreitete sich über die sozialistische Jugendbewegung, mit der das gesamte Proletariat stehe und falle, über die verborenen Wirkungen, die sie anrichte durch die heftigen, revolutionären Ideen, welche sie der Jugend predige und einimpfe und kam so zu dem Schlusse, daß gegen diese Jugendbewegung das deutsche Volk sich wehren müsse.

Der Herr Oberleutnant proklamiert also nichts anderes als einen fruchtbringenden Kampf gegen sozialistische und revolutionäre Ideen und treibt zu diesem Zwecke organisatorische Arbeit im Jungdeutschlandbund, der durchweg aus jungen Leuten unter achtzehn Jahren besteht. Das ist nach unseren bescheidenen Begriffen doch wohl etwas „politisch“ als Vorträge über die Fucht der Seidenraupe, über eine Reise nach London und über die Gefahren des Alkohols, aber jeder Jungdeutschlandführer weiß natürlich, daß in Deutschland der Jugendparagraf des Reichsvereinsgesetzes nur gegen die freie Jugend angewendet wird.

Neue Beweise für die Politik der „Vaterländischen“.

Seit dem Bestehen des sozialen Fonds für die „vaterländische Jugendpflege“ weiteten die Leiter der bürgerlichen Jugendgruppen, sich nach oben beliebt zu machen und die Tätigkeit ihrer Gruppe als die einzig echte vaterländische Jugendpflege darzustellen. In diesem belustigenden Streite unserer Gegner ist die konfessionelle Bewegung durch die schnell aufwachsende interkonfessionelle Jugendpflege ins Hintertreffen geraten, weshalb ihre Leiter um die behördliche Unterstützung einen besonders verzweifeltten Kampf führen. Ein Vortrag des deutschnationalen Handlungsgehilfenführers Alfred Roth-Hamburg über „Vaterländische Jugendpflege“, gehalten auf dem vorjährigen Handlungsgehilfenkongreß, der inzwischen im Druck erschienen ist, gibt einem Leiter der Evangelischen Junglingsvereine Sachsen, Ernst Loeche, Veranlassung, in der neuesten Nummer der „Rundschau“, des Organs der Nationalvereiner der evangelischen Junglingsverbände Deutschlands, einen gebornischen „Offenen Brief“ an den Vortragenden zu richten. Roth hat den christlichen Junglingsvereinen vorgeworfen, daß sie durch die sogenannte „Pariser Basis“, die die Christianisierung der jungen Männer für den Hauptzweck der Junglingsvereine erklärt, in ihrer Arbeit nicht national bestimmt und in ihren Zielen ganz einseitig gerichtet sind und darum der Ergänzung durch andere Formen der Jugendpflege bedürfen. Die Antwort, die er nun erhält, ist insofern auch für uns interessant, als sie den Nachweis führt, daß die evangelischen Junglingsvereine sich in der Praxis den Keufel um ihr Programm, die Pariser Basis, kümmern, daß sie — wenigstens zum großen Teil — gelernt haben, himmlischen Segnungen irdische Genüsse vorzuziehen. Turnen, Sport, Pfad-

finderei und andere körperliche Übungen, anfänglich von den evangelischen Junglingsvereinsleitern verjeht, gewinnen auch unter den evangelischen Junglingsvereinen, selbst denen orthodoxer Richtung, immer mehr an Bedeutung. In Sachsen ist für die Pfadfinderei sogar ein eigener Sekretär angestellt.

Mit besonderer Bemühtung konstatiert Loeche: die Sozialdemokratie mache keinen Hehl daraus, daß sie die ganze Art, wie man unter der Jugend arbeiten muß, uns abgelauscht hat. Es ist gewiß schmeichelhaft für unsere Jugendleiter, von einem alten Praktiker der evangelischen Junglingsvereine als besonders sachverständig in der Jugendbewegung anerkannt zu werden. Dessenungeachtet unterläuft dem guten Mann ein schwerer Irrtum. Die Veranstaltungen der proletarischen Jugendbewegung, die denen der evangelischen Junglingsvereine ähneln, sind keine Nachahmungen, sondern sie sind aus dem Bedürfnis der Jugendlichen, die in unserer Jugendbewegung bekanntlich einen bestimmenden Einfluß ausüben, entstanden. Wie aber die proletarische Jugendbewegung sich von der evangelischen Bewegung grundsätzlich unterscheidet, haben alle ihre Veranstaltungen natürlich einen anderen Inhalt als die der evangelischen Junglingsvereine. Auf diesen Geist aber, der die Jugendveranstaltungen durchweht, kommt es an. Was die proletarischen Jugendleiter von ihren evangelischen Gegnern gelernt haben, ist vor allem die Erkenntnis, wie man Jugendarbeit nicht pflegen darf.

Von besonderem Interesse in dem Artikel Loeches ist das Eingeständnis, daß regelmäßig politische Vorträge in den evangelischen Jugendvereinen gehalten werden. Da finden wir in der Abteilung „Völkerkunde und Soziales“ folgende Thesen: Das Ideal der Sozialdemokratie — Freiheit und Gleichheit — Die christlichen Gewerkschaften — Anarchie oder Republik? — Staatsbürgertum und Staatsbürgerpflicht — Parlamente und Parteien — Geben wir einer sozialen Katastrophe entgegen? — Der Christ und das Parteiwesen — Vaterlandsliebe und Reichstagswahl — Deutschlands Interesse an Marokko. Und diese Vorträge wurden, wie Loeche hinzufügt, nicht nur in einigen Vereinen gehalten, „nein, im ganzen Lande, auch in ländlichen Vereinen, im ganzen deutschen Vaterland“.

Also in ganz Deutschland pfeifen die evangelischen Jugendvereinsleiter auf das Reichsvereinsgesetz, und von Deutschlands vielen Staatsanwälten, die zur Verfolgung strafbarer Handlungen verpflichtet sind, findet sich nicht einer, die christlichen Gewerkschaftler zur Verantwortung zu ziehen. Wer vermag noch daran zu zweifeln, daß die evangelische Jugendvereinsarbeit im hohen Grade „vaterländisch“ ist.

Aus Industrie und Handel.

Krupp — Rottweiler Pulverfabriken.

Die Beziehungen Krupps zur internationalen Pulverindustrie finden jetzt ihren Ausdruck auch darin, daß auf der gestrigen Generalversammlung der Köln-Rottweiler Pulverfabriken K. & O. in Berlin das Direktionsmitglied der Firma Krupp, Dr. Wilhelm Kuehler-Essen in den Aufsichtsrat der Pulverfabriken gewählt wurde. Die Köln-Rottweiler Fabriken bilden zusammen mit deutschen und englischen Firmen das internationale Pulverkartell, das der Selbständigkeit der beteiligten Mitglieder kaum noch Raum läßt. Wie gut die Pulverfabriken dabei fahren, zeigt allein die Tatsache, daß Köln-Rottweil für das abgelaufene Geschäftsjahr 20 Prozent Dividende zahlte. Dabei sind sämtliche Aktienposten der Bilanz außerordentlich gering bewertet, wie die Verwaltung des Unternehmens auf der Generalversammlung selbst ausführte.

Die Generalversammlung nahm noch eine zweite interessante Wahl vor. Ein Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Dr. Arthur Salomonsohn, wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt, weil durch die Verschmelzung Schwaabhausen-Diskonto die Fabrik jetzt in Beziehung zur Diskontogesellschaft tritt.

Die an dem internationalen Pulverkartell beteiligte Dynamit-A. G. vormals A. Nobel in Hamburg verteilt in diesem Jahre ebenfalls 20 Prozent Dividende.

Ein neues „Wertpapier“.

Uns wird geschrieben: Das Hamburger Bankhaus E. Calmann versendet über ganz Deutschland einen Prospekt, in welchem es zur Zeichnung auf eine 7prozentige Bahia Blanca Stadtanleihe zum Kurse von 95 1/2 Proz. anruft. In dem Zirkular wird darauf hingewiesen, daß das deutsche Konsulat in Bahia Blanca (einer Hafenstadt in Argentinien mit 85 000 Einwohnern) ausdrücklich

erklärt, die Stadt sei für ihre eingegangenen Verpflichtungen als absolut gut anzusehen und der Kauf dieser Anleihe sei risikolos.

Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß eine deutsche Behörde im Ausland sich dazu hergibt, für eine derartige Anleihe, deren hohe Verzinsung doch jeden vernünftigen Menschen sofort machen muß, auf diese Weise Beklame zu machen. Wir sind in Deutschland mit solchen „Wertpapieren“ mehr als reich gesegnet und die Besitzer derselben haben noch niemals Freude daran erlebt. Man braucht doch nur an die mexikanischen Staats- und Hypothekenanleihen und die zahlreichen amerikanischen Eisenbahnanleihen und Obligationen zu denken, um sofort zu erkennen, welchen Gefahren und Unsicherheiten leitens einzelner Persönlichkeiten diese „Werte“ ausgesetzt sind. Es ist eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß auf diese Weise schon Hunderte von Millionen Mark deutschen Rationalvermögens verloren gegangen und über das „große Wasser“ nach Amerika gemwandert sind; erstens, weil wir auf jedes amerikanische Schwindelmandat mit tödlicher Sicherheit hereinfallen und zweitens, weil wir gar nicht in der Lage sind, die jeweils erscheinenden Nachrichten, welche auf die Kursgestaltung von ausschlaggebendem Einfluß sind, auf ihre Wichtigkeit hin zu kontrollieren. Wenn heute Multimillionäre wie Rockefeller, Carnegie, Morgan und Konsorten Alarmnachrichten über die von ihnen beherrschten Gesellschaften in die Welt setzen, fügen die Kurse panikartig, und diese Herren laufen dann alles, was an den Markt kommt, spottbillig auf. Erst nach einigen Tagen lassen sie dann erklären, daß an dem ganzen Alarm, dem sie natürlich angeblich völlig fernstehen, kein wahres Wort sei, und nun steigen die Kurse ebenso schnell wieder, wie sie vorher gefallen sind. Schämungselnd gibt der Herr Milliardenär seine billig erworbenen Papiere zu hohen Kursen wieder ab und hat auf diese Weise durch die Dummheit des fernstehenden Publikums, das natürlich die Sache bezahlen muß, einige „Millionen“ verdient.

Bezeichnend ist, daß die vorliegende Anleihe von 3 1/2 Millionen Mark bereits im Jahre 1910 genehmigt ist und erst jetzt angeboten wird, in einem Zeitpunkt, wo durch die amerikanisch-mexikanischen Streitigkeiten der allerwenigste Anlag dazu vorhanden ist. Dabei soll sie schon innerhalb der nächsten 5 Jahre zurückgezahlt sein, was unter Zugrundelegung eines Kurzes von 95 1/2 Proz. eine Verzinsung von 8 1/2 Proz. pro Jahr ergibt also eine schöne Rente bei einem so „tödsicheren“ Papier. Als Sicherheit sind die Pfandabgaben dieser kleinen mit einer Schuldenslast von annähernd 10 Millionen ausaffizierten Stadt angeblich verpfändet; wie hoch sich diese Abgaben jährlich belaufen, darüber schweigt sich der Prospekt lugerweise gänzlich aus. — Die „unabhängigen übergeordneten Stellen“ müßten dem Herrn Konsul in Bahia klar machen, daß seine Amtstätigkeit doch schließlich auf einem anderen Gebiet liegt, als durch solche in bestimmtester Form abgegebenen glänzenden Gutachten das deutsche Publikum irre zu führen. —

Wartbörse von Berlin am 11. Mai 1914, nach Ermittlungen des k. k. Börsenvereins. Weiz (misch), Refal 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Raab (runder), gute Sorte 15,10—15,30, Nichtstroh 0,00, Neu 0,00—0,00.

Wartballendpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00, Speisebohnen, weiße 35,00—36,00, Linsen 40,00—42,00, Kartoffeln (Kleinbül.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Weizen, von der Meule 0,00—0,00, Rindfleisch, Bruchfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,00—4,20, 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,20, Kalb 1,60—3,20, Lender 1,60—3,40, Zehnte 1,40—2,20, Bartha 1,00—2,20, Schote 1,40—3,20, Hefe 0,80—1,60, 60 Stück Stroh 3,00—3,40.

Witterungsbericht vom 12. Mai 1914.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. n. u. f.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. n. u. f.
Emmende	759,5	S	3	12	Naharanda	755,5	SW	6	10
Hamburg	759,5	SW	3	11	Petersburg	761,5	SW	1	8
Berlin	759,5	SW	3	11	Seibitz	765,2	SW	4	9
Frankf. a. M.	761,5	SW	3	11	Werdern	767,5	SW	4	10
München	762,5	SW	3	11	Paris	763,5	SW	2	10
Wien	762,5	SW	3	11					

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Mai 1914.

Stimmlich kühl, zunächst vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; später langsam aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags: Zunächst noch ziemlich kühl und vielwolbig, mit öfter wiederholten, im Westen, etwa bis zur Oder, nur geringen, im Osten etwas härteren Regenschauern. Dann im Westen beginnend vorübergehende Aufbesserung und Erwärmung.

Todes-Anzeigen

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die Trauerfeierlichkeit für unseren verstorbenen Kollegen

Albert Gebel

findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant von Steinicke in Stralau, Wilhelmsstr. 5 statt.

Wir bitten alle Kollegen und Parteigenossen, die an der Beerdigung teilnehmen wollen, sich dort einzufinden.

Die Hauptverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser verehrter Speibeur

Richard Hackelbusch

am Sonntag, den 10. Mai, verstorben ist.

Wir verlieren in ihm einen der tüchtigsten korrekten Mitarbeiter. Seine Leiche wird am Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Heußlauer Gemeindefriedhofs, Rudower Straße.

Am Sonntag, den 10. Mai cr., abends 9 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, der Restaurateur

Georg Weißbach

im 52. Lebensjahre. Diesem tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Maria Weißbach geb. Gunkel nebst Kindern.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Heußlauer Gemeindefriedhofs, Rudower Straße.

Familie Klemke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Hans Voges

Krausstr. 44 am 6. Mai an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

118/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Berlin.

Am 9. Mai starb unser Mitglied, der Maurer

Adalbert Zahn

(Bezirkt. Schdtk.).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes im Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

142/15 Der Vorstand.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Trauerfeier meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Cäcille Krug

lage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der A. G. G. Demnächst und dem Vatervereine „Vinea“ meinen herzlichsten Dank.

1300/1 Paul Krug.

Bekanntmachung

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf

und Umgegend.

I. Nachtrag zur Satzung.

(Beschl. vom Aussch. am 23. Februar 1914.)

Zu § 51 der Satzung ist als erster Absatz einzuschalten:

§ 51. Die Beiträge für Versicherungspflichtige sind am Sonnabend jeder Woche fällig.

Als Zahlung wird der Montag der darauffolgenden Woche festgesetzt und ist dieser Tag auch für die Bemessung der Beiträge gemäß der §§ 51a, 51b der Reichsversicherungsordnung maßgebend.

Zu § 52 der Satzung ist als zweiter Absatz einzuschalten:

§ 52. Als Zahlung wird der Montag festgesetzt und ist dieser Tag auch für die Bemessung der Beiträge gemäß § 10 Absatz 4b der Satzung maßgebend.

Genehmigt Charlottenburg, den 5. Mai 1914.

Königliches Ober-Versicherungsdirektor (L. S.) G. v. Gostkowski.

Wo kehren wir in

Wo Rheinsberg (Mark) ein?

Beim Parteilosen Fritz Ulrich, Galtwitz Friedrichstraße 42.

Ich habe das Lokal

Urbanstr. 93

übernommen und stelle daselbe der Partei sowie den Gewerkschaften zur Verfügung. Bier: Münchener Brauhaus, 1/2 Liter 10 Pfennig.

42812 Hermann König.

Bad „Süd-Ost“

40 Mantelstr. 40 a. d. Oranienstr. Alle Arten Bäder.

Täglich: Russisch-römische und elektrische Bäder für Damen und Herren. Vorkosten für Berlin und Vororte.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schnell, sauber, gut.

von 25 Mark an. Maritz Laband, Neue Friedenstr. 11 (South. Str.).

Mohrenstr. 33

Kolonnen. Gr. Frankfurter Str. 113

Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc. Außerste Preise

Farbige Konfektion

in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen

Westmann

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69.

Sobon erschien:

Gegen den staatlichen Gebärzwang

Reden des Reichstagsabgeordneten Genossen August Brey, d. Genossen Dr. Silberstein u. der Genossin Luise Ziets.

Preis brosch. 15 Pf.

Seifen Schneewitte ben-Bleichseifen alver... Uhren und Goldwaren... Versicherungen

Iduna zu Halle a. S. Warenhäuser Carl Hoffmann... Weine, Liköre, Früchtläfte... Yoghurt-Präparate

Auerhof Alte Jacobstr. 129. Café Metropol... Zahnateller... Patzenhofer Ausschank

Riebeck-Bier-Ausschank... Zahnateller... Weiss, Max... Adlershof

Bohnsdorf... Fredersdorf... Königs-Wulferhausen... Butterhandlung Monopol

Mariendorf... A. Böckmann... Rud. Grunow... Neukölln

O. Käner, Pichelsdorferstr. 117... Schneberg... Strauberg... Weitland

Reste Damettuche... Kostümstoffe... C. PELZ

Grünzeitiges Ermüden Ein bewährtes Rezept gegen schnelles Ermüden ist das Tragen von Continental...

Dichte Dächer, farbige Pappdächer für Sommerhäuschen, Lauben etc. Dachpiz rot, grün, weiß (alle Farben)...

Verkäufe Teppiche! (schlechte) in allen Größen... Kleiderwagen! Teilzahlung 0,50 monatlich...

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! ausergewöhnlich billig!... Monatsanfrage und Sommer...

Brautliche Möbel auf Kredit! Der richtige Weg ist nur zu Innen-... Möbel ohne Geld! Bei kleiner...

Möbelteilzahlung, 10 Kart An- zahlung, keine Kosten. Bringen Sie beim Einkauf dieses Inzerat...

Goldschmelze läuft höchstehend Jahngedisse, alle Retalle. Blime Kieper, nur Röhrendenstraße 157.

Wohnungen. Admiralstraße 20. Stube, Küche 28,00, Stube 18,00. Zimmer. Hässlich möbliertes Herrn-Zimmer...

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Röntgenröhren, Glasbläser werden von großem Werk für dauernde Beschäftigung...

Sturm gegen die bayerische Reichsratskammer.

Die „befreiende Lat“ der bayerischen Reichsratskammer bezeichnet die „Deutsche Tageszeitung“ die Ablehnung Arbeitslosenversicherung durch die „geborenen Gelehrten“ Bayerns — hat das bayerische Volk aufgeschreckt zum Kampf gegen diese bevorzugten Vertreter des Kapitalismus. „Befreiende Lat“ hat in der Arbeiterkammer die heftigste Wirkung ausgelöst — das beweisen die Versammlungen, die sozialdemokratischer Seite im ganzen Lande arrangiert sind und die einen Massenbesuch aufwiesen.

In München wurde am Montag in 7 stark besuchten Versammlungen der kapitalistischen Oberkammer der Kampf angefaßt. Das gleiche geschah in Nürnberg in 6 Versammlungen, in welchen mehr als 8000 Teilnehmer beisammen waren.

In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Unsterblichkeit der Reichsratskammer, ihre eigene Auflösung, jedes sozialen Pflichtgefühl, die hochfahrende Art, sich über die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer, über allgemeine Wünsche und auch über die Bindung der Krone den Wünschen gegenüber hinwegzusetzen, erregt bei den Versammelten die schärfste Entrüstung. Die Versammelten sind überzeugt, daß die Reichsratskammer ein Gemüß jeder Sozialdemokratie, jeder volkstümlichen Geistesbildung ist und bleibt. Die Kammer erkennt in der Beschlußfassung der Reichsratskammer den engstirnigsten Egoismus. Aus ihr spricht der tiefste Haß gegen alle Bemühungen, die ohnehin durch die soziale Notlage gedrückten Arbeiter vor dem äußersten Elend zu führen. Die nun auch dem letzten sozialdemokratischen Vertreter klare Bedeutung der Reichsratskammer als einer Vertretung der Reichsten gegen das Volk macht eine Verfassungsänderung dringend notwendig, deren wichtigster Inhalt die Abschaffung der Reichsratskammer sein muß.“

Die rebellierende nationalliberale Jugend.

Am Sonntag war in Köln der rheinisch-westfälische Verband der Vereine der nationalliberalen Jugend versammelt. Er hatte folgende Entschlüsse gefaßt:

Der rheinisch-westfälische Verband der nationalliberalen Jugend schließt sich auf seiner Tagung vom 10. Mai zu Köln der öffentlichen Erklärung des Gesamtverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend zu Frankfurt am 19. April in allen Teilen an. Die Verhandlungen über die Auflösung des Reichsverbandes sind abgelehnt, Verhandlungen über die Beseitigung der Mißstände innerhalb der Partei aber zugelassen wurden.

„Allgemeinen Achtung verlustig“.

Dem „Volkswillen“ in Hannover wird geschrieben, daß die sämtlichen Reserveoffiziere von Hannover eine die Pflichten der Offiziere bei Ehrenhändeln betreffende Abhandlung zugegangen ist. In der folgenden ungeheuerliche Satz enthalten ist:

„Allgemein satzungsmäßig sind nur die Personen, welche durch ehrengerichtlichen Spruch aus dem Offiziersstand entfernt oder durch richterlichen Spruch ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind oder welche durch frühere oder gegenwärtige Verletzungen der Ehrenpflichten (z. B. Verletzung des Duells usw.) der allgemeinen Achtung verlustig gegangen sind.“

Diese Veröffentlichung kommt gerade recht; sie entspricht vollständig der widerspruchsvollen Haltung der Militärverwaltung im Hinblick auf die Reserveoffiziere werden alle Duellgegner auf der gleichen Stufe mit Verbrechern gestellt. Es wird darin die allgemeine Achtung kurzerhand abgehoben. Man kann neugierig sein, was der Kriegsminister zu dieser offenen Nichtachtung kaiserlicher Kundgebungen zu sagen haben wird.

Der Zuchthäuser als Polizeispiegel.

Am Sonnabend stand vor der Strafkammer in Breslau der Zuchthäuser vorbestrafte Ringkämpfer Theodor Wein wegen Diebstahls. Er hatte mit einem Komplizen und einer Dirne zusammengelebt. Diesen Raub haben die drei dann unter sich verteilt. Wein verteidigte sich damit, daß er als Polizeispiegel in dem Breslauer Polizeipräsidium angestellt sei und die Straftat nur „in Ausübung seines Amtes“ ausgeführt habe. Er sei sogar schon an andere Polizeibehörden abkommandiert und dahin instruiert worden, daß er strafbare Handlungen ruhig mitmachen solle, um die Täter dann so sicherer der Polizei auszuliefern. Die darüber befragten Kommissare bestätigten, daß Wein im Dienste der Polizei gewesen, erinnerten sich aber nicht genau der obigen Instruktion. Trotz dem setzten sie den Herrn Wein vor dem Gefängnis. Während die beiden anderen Angeklagten je ein Jahr Gefängnis erhielten, kam Wein frei. Das Gericht nahm an, daß er nur seine Spitzelpflicht erfüllt habe.

Die Staatskasse übernahm auch die Kosten für diesen Helfer der Breslauer Polizei!

Rekrutenmishandlungen bei den Gardebataillonen.

Vor dem Obergerichtsgericht des Gardekorps fand gestern ein Verhandlungsprozeß statt, bei dem der Kürassierdegen eine große Rolle spielte. Angeklagt waren der Gefreite Reichendrinck und der Kürassier Ludow, beide von der vierten Schwadron des Gardebataillonregiments. Einem Sonntag waren die beiden Angeklagten ausgegangen und in angebeitem Zustand kehrten sie wieder in der Nacht gegen zwei Uhr nach der Kaserne zurück. Gegen dem Verbot, Rekrutenstuben zu betreten, suchten sie nun eine ganze Reihe von Rekrutenstuben auf und verübten dort recht erhebliche Ausschreitungen gegenüber den jüngeren Kameraden.

Zunächst stürzten die Angeklagten der Stufe 29, auf der die Rekruten längst schliefen, ihre nächtliche Wirtin ab. Durch laute Juchzen wurden die Leute aus dem Schlafe geweckt, und mit gewaltigem Hallah schrien die Angeklagten an die Betten heran und trieben die Rekruten heraus. Sie mußten sich vor den Spinden aufstellen. Dem Kürassier Wichmann wurde sofort befohlen, mit den bloßen Händen auf den Tisch, auf dem sonst gegessen wurde, hinaufzukriechen und dort in der Hand eine Degen zu verbleiben. Dann mußte er wieder herunterspringen und erhielt von Ludow einen Stoß mit dem Degenfort gegen die Schulter. Hierauf gingen die beiden auf Stufe 30, wo sich das gleiche Manöver wiederholte. Sie schlugen mit dem Degen auf die Betten, wobei der Rekrut Martin einen Hieb mit der Klinge auf die Brust erhielt. Dann ging's auf Stufe 31. Auch hier wurden die Schlafenden aus den Betten herausgeholt. Der Angeklagte A. verfehlte dem Rekruten Josef einen Degenhieb, und dann wurde ihm befohlen, im Hand auf sein Spind zu klettern. Eben stehend, mußte er dann das Lied: „Vom Himmel hoch, da komm ich her“ singen. Die anderen Rekruten mußten das Lied mit ihm singen. Als er dann wieder vom Spind herunter gestiegen war, verfehlte ihm der Angeklagte Ludow einen Degenhieb auf den blauen Rücken. Ein anderer Rekrut, der im Bett lag, erhielt einen Hieb über die Brust. Auf der Stufe 32 mußten alle Rekruten aus den Betten heraus. Mit blanker Waffe schlug Ludow gegen die Leute vor und trieb sie aus ihren Logen heraus. Dem Rekruten Dorn verabsolgte er nicht weniger als sieben Degenhiebe über den Oberarm, während die Schulter und ins Gesicht. Er erlitt eine blutige Wunde an der Schulter und eine Wunde im Gesicht. Ein Rekrut schmiss Wasser, das auf der Stufe stand, wurde von Ludow dem im Bett liegenden D. übers Gesicht geschüttelt, so daß etwas davon dem Rekruten in den Mund floß. Auch die Stufe 34, auf der Rekruten liegen, wurde von den Angeklagten nicht verschont.

Hier wurden die Rekruten Tock und Köcherling mit der Waffe bearbeitet. T. wurde verwundet und mußte mehrere Tage in Rekrutenkammer bleiben. Die Angeklagten gaben im großen und ganzen die ihnen zur Last gelegten Straftaten zu, erklärten jedoch, sie seien so betrunken gewesen, daß sie nicht recht wußten, was sie taten. Dem widerspricht jedoch, daß sie förmlich planmäßig vorgegangen. Kriegserichtlich war Reichendrinck zu vier Wochen und Ludow zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hiergegen hatte jedoch der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil er die Strafen für zu milde ansah.

Das Obergerichtsgericht erhöhte das Strafmaß bei dem Angeklagten Reichendrinck auf sechs Wochen und bei Ludow auf drei Monate Gefängnis.

Die französischen Wahlen.

Paris, 12. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die reaktionäre Presse fährt fort, das rote Gespinnst zu beschwören. Graf Gauffonville appelliert im „Figaro“ an Poincaré, das Ministerium zu entlassen und einen Staatsmann zu berufen, der die Mehrheit hinter sich hat und eine Regierung nationaler Versöhnung konstituiert. Der radikale Sieg der Linken ermöglichte die Durchführung des Programms von Bau. Er lehnt energisch die Abschwächung der radikalen Politik ab, die dazu dienen solle, um mit den Gemäßigten eine zwitterhafte Mehrheit zu bilden. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Sozialisten denselben Regierungsgeist besitzen werden, den sie zur Zeit des ersten Blocks und in den letzten Monaten gezeigt haben.

„Lanterne“ erklärt, die Radikalen und Sozialisten würden sich zunächst zur zeitweiligen Durchführung eines Minimalprogramms verbinden, hernach aber beide ihre Freiheit wieder zurückzunehmen. Ihre Gegner fürchten nicht die Revolution, aber unmittelbare Reformen.

„Debats“ sagt Doumergue an, die sozialistischen Kandidaten protegiert zu haben. Wenn das Kabinett dem Gebrauch gemäß demissioniere, dann sei die Verantwortlichkeit der nicht gereinigten Radikalen gekommen.

Der „Temps“ hebt hervor, das Gewicht der Stärke der Sozialisten beruhe auf dem Parlament und die Regierung müssen Ministerielle ausüben. Eine Kombination geeigneter und nicht geeigneter Radikaler sei keine Lösung. Der „Temps“ spielt hier auf Briand an, der wegen seiner Halbheit bei der Bourgeoisie ausgespielt hat.

Jaurès fragt in der „Humanité“ spöttisch, was sich die Reaktionäre unter dem geforderten Kreuzzug gegen den Sozialismus eigentlich vorstellen. Er betont die Unabgängigkeit der Sozialisten und Radikalen. Cadin, einer der neugewählten Pariser Deputierten, schreibt in einem Zeitungsartikel, der Sozialismus werde in der Kammer der Schiedsrichter sein. Sein steter Blick auf das Endziel werde ihn vor Abwegen schützen. Die Fraktion werde auch weiterhin der Regierung fernbleiben; niemand denke daran, die Amsterdamer Beschlüsse aufzugeben. In der vom Klassenkampf geforderten Opposition verbleibend, würden die Sozialisten von jeder Verpflichtung den bürgerlichen Parteien gegenüber freibleiben.

Die „Humanité“ veröffentlicht die Glückwünsche des Internationalen Bureaus, des deutschen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, sowie die der Belgier, der Schweizer, der Desterreicher, der Italiener und der Holländer. Die Begeisterung der Internationalen erhöhe noch die Siegesfreude des französischen Proletariats.

Paris, 12. Mai. Die Blätter erörtern auch heute eifrig die Wahlergebnisse und deren Rückwirkung auf die Parteigruppierungen der Kammer. In der konservativen und gemäßigten Presse gelangt mehrfach die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Furcht vor der „sozialistischen Diktatur“ die Bildung einer Kammermehrheit herbeiführen werde, die genötigt sein werde, im wesentlichen das Programm des Brabantischen Verbandes der Linken zu verteidigen. Einzelne radikale Blätter sind nicht ganz ohne Besorgnis wegen der künftigen Stellung ihrer Partei. Die „Lanterne“ meint, der Erfolg der Sozialisten, der zweifellos alle Erwartungen ihrer Führer übertroffen habe, sei zum großen Teil der Zerfahrenheit zuzuschreiben, mit der die Radikalen in den Wahlkampf eintraten. Clemenceau schreibt im „Homme Libre“: „Es ist vorläufig unmöglich, die parlamentarische Lage der Radikalen genau zu bestimmen. Sie schreiben sich mittels der Ziffern einen Sieg zu, den ich nicht bestreiten will. Dieser Sieg kann ein wahrer sein und ich würde mich dazu nur beglückwünschen. Es ist aber auch möglich, daß schon die ersten Tage der neuen Kammer die Enttäuschung bringen werden.“

Gegen den Wahlschwindel.

Lille, 12. Mai. (Privat.) Einen besonders frohen Wahlschwindel leisteten sich die hiesigen Merikalen. Einige aus Belgien stammende Pfaffen wurden dabei ertrapt, daß sie auf falschen Stimmzetteln mehrfach Stimmen abgaben. Einige wurden arretriert. Gestern abend veranstalteten Tausende von Sozialisten eine große Straßendemonstration und verlangten den Rücktritt des gesamten Gemeinderates, den sie des Wahlbetruges zugunsten der rückschrittlichen Parteien beschuldigten. Der Bürgermeister hat bereits sein Amt niedergelegt.

Der mexikanische Konflikt.

Der Kampf um Tampico.

Mexico, 12. Mai. Der Kommandant von Tampico, General Zaragoza, meldet, die Rebellen hätten Tampico am Sonnabend angegriffen, seien aber unter ersten Verlusten geschlagen worden.

Er mordung von Engländern.

Washington, 12. Mai. Bei der hiesigen britischen Botschaft eingelaufene Berichte des britischen Konsuls in Guadaluajara melden, daß die Engländer Williams und Hoabley von aufrührerischen Stubenarbeitern in der Fabormine geistert wurden, während sie nach gestohlenen Silberbarren suchten. Als sie die Nachforschung vornahmen, wurden alle fremden Angestellten angegriffen. Williams und Hoabley gaben nun ihre Waffen ab, in der Meinung, daß dies die Arbeiter beschwichtigen werde, wurden aber beide sogleich niedergeschossen und schrecklich verstümmelt. Die übrigen Fremden wurden gefangen genommen, aber später wieder freigelassen.

Die Ausfahrten der Vermittlung.

Washington, 12. Mai. Ein führendes Mitglied des Washingtoner diplomatischen Korps soll gestern, um seine Meinung befragt, geäußert haben, daß die südamerikanische Aktion zu nichts führen werde. Die Vereinigten Staaten hätten das Angebot der Vermittlung nur angenommen, um Zeit zu gewinnen, damit Villa inzwischen Tampico erobern könne und die Rebellen einen Hafen bekommen, der ihnen die Waffeneinfuhr ermöglicht. Das einzige Ziel der Vereinigten Staaten sei Huertas Vertreibung und sie glauben dies leichter und billiger durch Carranza und

Villa besorgen zu können als direkt. Der Korrespondent des englischen Blattes fügt hinzu, daß diese Meinung auch fast von allen übrigen Diplomaten geteilt werde.

Schweiz.

Wahlen.

In Basel sind im zweiten Wahlgang auch die übrigen sechs Regierungsräte gewählt worden, unsere beiden Genossen Bullischleger mit 734 und Dr. Blocher mit 6261, die vier Bürgerlichen mit 6202 bis herab auf 4898 Stimmen. Die Regierung ist wieder wie bisher aus je zwei Sozialdemokraten, Freisinnigen und Liberalen und einem Parteiloseren zusammengesetzt. Im Großen Rat hat unsere Partei endgültig 44 Vertreter gegen 47 im vorigen Parlament. Der Verlust von drei Mandaten ist durch die Verminderung der Wahlkreise von 8 auf 3 verursacht, denn die sozialdemokratische Stimmzahl selbst ist gestiegen, da 4000 reine Parteilisten für sie abgegeben wurden gegen 4600 im Jahre 1911.

England.

Der wahre Grund.

London, 11. Mai. (Unterhaus.) Im Verlaufe der Budgetdebatte erklärte Finanzminister Lloyd George, er gebe zu, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer auf nicht selbstverdiente Einkommen bei keinem Einkommen eine Härte bedeuten könne. Die Regierung schlage daher vor, daß unverdiente Einkommen zwischen 300 und 500 Pfund Sterling den alten Satz von ein Schilling und zwei Pence für das Pfund bezahllen sollten, während unverdiente Einkommen unter dreihundert Pfund Sterling einen Schilling für je ein Pfund zahlen sollten. Diese Verringerung würde die Staatsfinanzen jährlich 370 000 Pfund kosten. Der Minister verteidigte sodann das Budget gegen den Vorwurf der Verschwendung und wies die Beschuldigung zurück, daß er in die Finanzpolitik Gefühlspolitik menge. Willkür im Lande erhöhen sich in Empörung gegen ihre Lage, und wenn die Reichen und Vermögenden sich nicht rechtzeitig ansichtigten, für ihre weniger begüterten Mitbürger Opfer zu bringen, so werde bald der Tag kommen, wo sie mit Erkaunen und Bedauern darauf zurückblicken würden, daß sie gegen eine Einkommensteuer von einem Schilling und vier Pence als Versicherung gegen die Revolution protestiert hätten.

Ein neues Homerulekompromiß.

London, 12. Mai. (Unterhaus.) Esquith brachte heute eine sogenannte Guiltinere Resolution ein, welche eine Diskussion über die den Grundsatz von Homerule für Irland festlegenden Paragraphen der Bill, die jetzt zum dritten Male seit Geltung der Parlamentsakte dem Unterhause vorliegt, ausschließen soll. Er erklärte, wenn eine Einigung über Homerule überhaupt möglich wäre, so wäre der einzige Weg, sie ins Werk zu setzen, eine Zusatzbill. Wenn, wie ich hoffe, ja, wie ich glaube, wir unsere uneinmündigen Ansichten in Einigung bringen können, so muß eine solche Einigung die Form einer Zusatz- oder Ergänzungsbill annehmen. Ich gehe noch einen Schritt weiter, als ich bisher je gegangen bin, indem ich im Namen der Regierung erkläre, daß wir in dem Wunsch, daß das Unterhaus die dritte Lesung der Homerule-Bill vor Pfingsten beendige, selbst die Verpflichtung übernehmen werden, eine solche Zusatzbill einzubringen, in der Hoffnung, daß eine Einigung über die Gegenstände von unmittelbarer und besonderer Wichtigkeit erreicht werden wird. In diesem Falle würde die Homerule-Bill und die Zusatzbill tatsächlich zur selben Zeit Gesetz werden. Das heißt: Die Homerule-Bill wird zwar von dem Oberhause abgelehnt, aber kraft der Parlamentsakte gleichwohl Gesetz werden, während die Zusatzbill wahrscheinlich von beiden Häusern in der gewöhnlichen Weise angenommen werden wird. Bonar Law erklärte, es wäre wesentlich, daß das Haus, bevor es sich zum dritten Male mit der Homerule-Bill befaßt, die Vorschläge der Regierung betreffend Ulster kennen lerne und sie zu beraten Gelegenheit hätte. Die Regierung stehe sich in ihrer gegenwärtigen Politik noch immer treiben und schlage einen Kurs ein, der über die Schwierigkeiten nur für ein paar Wochen hinweghelfe. Dieser Kurs wäre der denkbar schlechteste für das Land und mit großer Gefahr verbunden.

Letzte Nachrichten.

Eine Wahlrechtsdebatte in der bayerischen Kammer.

München, 12. Mai. Die Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich in ihrer heutigen Abend Sitzung mit den schon in der vorigen Session von den Liberalen und Sozialdemokraten eingebrachten Anträgen über die Einführung der Verhältniswahl bei den Landtagswahlen in Bayern. Die Redner der Liberalen und Sozialdemokraten traten für die Einführung dieses Wahlsystems ein. Ein Redner des Bauernbundes verhielt sich abwartend. Vertreter des Zentrums und des Bundes der Landwirte schützten dieses System ab, ebenso der Minister des Innern, Freiherr v. Soden, der erklärte, die Staatsregierung sei nicht in der Lage, den Anträgen gegenüber eine andere Stellung einzunehmen, als gegenüber ähnlichen Anträgen im Mai 1910 und im März 1912. Die Gründe lagen darin, daß die feinerzeit verlangte Verhältniswahl vom Landtag mit großer Mehrheit abgelehnt worden sei und daß sich selbst keine wesentliche Veränderung in den Anschauungen der Mehrheit des Hauses ergeben habe.

Die Regierung könne zu einem solchen Vorgehen nur die Hand bieten, wenn die Gesetze sich als veraltet erwiesen hätten, aber nach dem Wahlgeseh von 1906 seien erst zweimal allgemeine Wahlen durchgeführt worden. In zwei Wahlperioden lasse sich kein abschließendes Urteil über die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit des Wahlsystems fällen. In Bayern könnte an eine Änderung des bestehenden Wahlgesehes erst herangetreten werden, wenn eine entscheidende Mehrheit des Landtages sich über die Grundzüge eines neuen Wahlrechts, über die Bildung der Wahlkreise und die Verteilung der Mandate usw. geeinigt hätte und wenn Aussicht vorhanden wäre, daß sich auch die Kammer der Reichsräte damit einverstanden erkläre. Zurzeit sei aber die Staatsregierung nicht in der Lage, zu den Anträgen eine zustimmende Haltung einzunehmen. Die Abstimmung wird in der morgigen Sitzung erfolgen.

Daniel Delcon gestorben.

New York, 12. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Daniel Delcon, der Führer der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten und Mitglied des Internationalen sozialistischen Bureaus, ist Montag nacht gestorben.

Unwetterkatastrophe in Nordamerika.

Chicago, 12. Mai. In einigen Gegenden des Landes haben schwere Regengüsse großen Schaden an den Farmen und auch sonst angerichtet. Mehrere Personen sind in den Fluten umgekommen. In der Gegend von Michigan ist der Schaden besonders groß.

Ausnahme-Preise

bis 18. Mai

für moderne Herren- u. Jünglings-Anzüge

Nur einige Beispiele:

Herren-Jackett-Anzüge	neueste Ausmusterungen, 1- und 2-reihig	Ausnahmepreis	12.25
Herren-Jackett-Anzüge	neueste Popita-Muster, modernste Form	Ausnahmepreis	21.50
Herren-Jackett-Anzüge	braun, grau, oliv und fischgrün Cheviot	Ausnahmepreis	27.—
Herren-Jackett-Anzüge	blau Cheviot und lederfarb. Popita-Muster	Ausnahmepreis	36.—
Herren-Jackett-Anzüge	Kammgarn und Cheviots. Ersatz für Maß	Ausnahmepreis	45.—
Jünglings-Jackett-Anzüge	Buckskins in den neuest. Mustern, Größe 38	Ausnahmepreis	10.75
Jünglings-Jackett-Anzüge	neueste Popita-Muster, Größe 38	Ausnahmepreis	20.75
Jünglings-Jackett-Anzüge	modernste Cheviots, oliv, grau, braun, Gr. 38	Ausnahmepreis	29.50

Jackett-Anzüge
für große, starke, sowie kleine unteretzte Bauchafiguren
zu Ausnahme-Preisen

Jackett-Anzüge
für extra große, sowie für schlanke Figuren
zu Ausnahme-Preisen

BaerSohn

Nicht abgeholte
Maß-Anzüge
sind ganz besonders billig
ausgezeichnet

Chausseestraße 29/30
Gr. Frankfurter Str. 20
— Prompter Versand nach außerhalb —

BERLIN
Gegr. 1891

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10
— Sonntag nur von 8—10 geöffnet —

Riesen-Auswahl in
Knaben-Wasch-Anzügen
Blusen und Hosens
zu bekannt billigen Preisen

Der Hauptkatalog Nr. 49 (Neuzeltige Moden) kostenfrei

Theater.
Mittwoch, 13. Mai 1914.
Anfang 8 Uhr.
Vossage-Theater. Sino-Parität.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Cines Nollendorf-Theater.
Histoire d'un Pierrot.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Cuiquids.
Deutsch. Was ihr wollt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Kette um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Hochfirt der Jung-
frau.
Schauspiel. Ugnation.
Kammertheater. Scherchen.
Deutsches Künstler-Theater.
Schneider Wibbel.
Deutsches Opernhaus. Das Rhein-
gold.
Berliner. Die einst im Mai.
Königgräzer Straße. Nr. 20.
Theater des Westens. Polenblut.
Theater am Nollendorfplatz.
Der Juchbaron.
Kleines. Nachs großes Herz.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Trianon. Die Kette um die Welt.
Komödienhaus. Kammermusik.
Mantel Operetten. Jung-England.
Varietehaus. Die handliche Pflanze.
Schiller O. Die beiden Leonoren.
Schiller-Charlottenburg.
Weh' dem, der lügt.
Noie. Die Sino-Königin.
Kajino. So die Liebe hinläßt.
Reichshallen. Sächsischer Sönger.
Herrfeld. Ein Reinald. Neu!
H. übermorgen. Sächsischer Sönger.
Wintergarten. Sozialistinnen.
Apollo. Otto Reutter.
Palast-Theater. Das Mirakel.
Zirkus Busch. Das Mirakel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Jünger-Christi.
Theater an der Weidendammer-
Brücke. Der müde Theodor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Maria
Friedhammer.
Admiralpalast. Im Tangoklub.
Anfang 9 Uhr.
Berliner Gipspalast. Gipsballett.
Wieder auf Urlaub.
Cines Nollendorf-Theater.
Histoire d'un Pierrot.
Sternwarte. Anwaltsstr. 57-59

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
Schiller-Theater Char-
lotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Klein Eva.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Theater in der Königgräzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Die einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Deutsches Künstlertheater
Theater-Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Mittwoch, 8 Uhr:
Schneider Wibbel.
Donnerstag, 8 Uhr:
Schneider Wibbel.
Theater an der Weidendammerbrücke.
Täglich Anf. 8 1/2, Ende 10 1/2. **Der**
müde Theodor.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Christi.
Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr:
Der Juchbaron.
Residenz-Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten von Henri Roroul
und Albert Barré.
Wagen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 139.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten
von Konstantin und Freund. Musik
von Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr.
Donnerst.: **Die Kino-Königin.**
Zirkus Busch
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch
und A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.
Brauerei Friedrichshain.
Sonnabend, den 16. Mai 1914, abends 8 Uhr:
III. Sinfonie-Konzert.
Ausführende:
Blüthner-Orchester, Dir. Erich Ochs,
und der
Berliner Liederkreis.
Solisten: **Therese Gindra, Gesang,**
Felix Robert Mendelssohn, Cello-Virtuose.
Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 30 Pf.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Zum Hochfirt der
Jungfrau.
ZOOLOG
ischer Garten
Tägl. ab 4 Uhr:
Militär-Konzert.
Vom 15. Mai 1914 ab:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! **AQUARIUM**
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

WINTER GARTEN
Neues Programm:
Rajah
in ihren Tänzen
Johnson u. Dean / Jeannette Donarbor
Ragtime- mit ihrem
Sextett Ballon
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Entreeplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —
Apollo-Theater.
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
u. das übrige Mai-Varietéprogramm.
Rauchen gestattet!
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Gastspiel des Kolo-Theater-Ensembles
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Willner und
Weinbaum. Musik von Leo Fall.
Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 präglige:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Casino-Theater
Veltlinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Montag, den 18. Mai:
Der neue Lustspiel-Zyklus:
„Wo die Liebe hinläßt“
und das große Mai-Programm.
Schluss der Saison: Montag, 18. Mai.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
Herr D'rektor Kuhlicke
Burlade von
Reyfel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Volks-Sinfonie-Konzerte
des
Blüthner-Orchesters
Mittwoch, d. 13. Mai, abds. 8 1/2 Uhr.
Brauerei Friedrichshain
Dirigent: Max Wachmann.
Donnerstag, 14. Mai, abds. 8 1/2 Uhr.
Hoabiter Stadttheater
Dirigent: Eugen Sauerborn.
Freitag, den 15. Mai, abds. 8 1/2 Uhr.
Berliner Bock-Brauerei
Dirigent: Eugen Sauerborn.
Eintritt: 20 Pfennig.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Luftturner.
Das Karnickel-
das Erdbeben.
Voigt-Theater
Baderstraße 58.
Mittwoch, den 13. Mai 1914:
Don Casar oder Der Graf v. Iron
Kom. Schauspiel m. Ges. i. d. H. v. A. v. A.
Stoffeneröfen. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Freitag, den 15. Mai:
Benefiz D. Rein. „Der Liebe Erwachen“
Admiralpalast
Eis-Arena.
Die
Novität „Im Tangoklub“
und zum 255. Male das effen-
volle Eisballett „Die lustige
Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr.
halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung
— Wirtshaus zum —
Pankgrafen
Pankow. Inhaber:
Schloßstr. 6. Otto Nödrich.
Heute Mittwoch:
1. großes Kinderfest.
Onkel August zu Pferde.
Kinematograph. Eintritt frei.
Diese Kinderfeste finden jeden
Mittwoch statt.
Freitag, 15. Mai: Berliner Spaa-
vögel, früher Residenzänger.
Bei schlechtem Wetter im Saal.
Mein 4000 Person. laas. Garten
in neuer Theaterbühne stehen
den Vereinen zur Abhaltung v.
Sommerfesten m. freier Musik
u. Lichtspielen zur Verfügung.
Säle für 500 und 1000 Personen
Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion des
Publikum gegenüber feinerer
Verantwortung.